

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



April 2023

Vortrag „Rentenpolitik für Frauen – Ein Rück- und Ausblick“

Informiert sein zahlt sich aus

Im Monat März gab es gleich mehrere symbolträchtige Tage, die auf die nach wie vor bestehenden gravierenden Mängel bei der Gleichberechtigung von Frauen aufmerksam machten. Der SoVD-Landesverband organisierte eine frauenpolitische Veranstaltung zum Thema „Rentenpolitik für Frauen – Ein Rück- und Ausblick“.

Henriette Wunderlich, Referentin in der Abteilung Sozialpolitik des SoVD-Bundesverbandes, legte in ihrem Vortrag eindrücklich dar, was Frauen derzeit bei der Altersrente zu erwarten haben und wo die geschlechtsspezifischen Stolpersteine beim Zugang und Erwerb einer auskömmlichen, gesetzlichen Rente für Frauen liegen.

Zu Beginn des Vortrages wurde deutlich: Die Rente an sich gibt es nicht. Sie besteht aus mehreren Bausteinen, einer davon ist die gesetzliche Altersrente. Die Rente ist insbesondere für Frauen ein kompliziertes Thema, weil es viele Stolpersteine zu überwinden gilt, um überhaupt den Anspruch auf eine gesetzliche Altersrente zu erwerben. Tatsache ist, dass die Altersrente von Frauen unterdurchschnittlich ist und für die nächste Generation von Rentnerinnen auch bleiben wird. Warum ist das so und was kann die Lage von Frauen verbessern? Die Fragen aus dem Publikum, in dem gleichermaßen Frauen mit ost- und westdeutscher Biografie saßen, trugen entscheidend dazu bei, auch diesen Unterschied genauer in den Blick zu nehmen.

Beim Blick auf die Rente von Frauen muss immer die Lebens- bzw. Erwerbsbiografie angeschaut werden. Weil die sogenannten Rentenanwartschaften, also die nachweisbaren Versicherungsjahre und die zu berücksichtigenden Entgeltpunkte, die sich aus dem Erwerbseinkommen ableiten, entscheidend sind.

Zum Ausgleich der renten-



Brigitte Walter-Huß, Frauensprecherin des Kreisverbandes Berlin-Ost, bedankt sich bei Henriette Wunderlich (re.) für deren Vortrag.

mäßigen Nachteile zwischen den Ost- und Westlebensläufen wurde ein System auf Zeit zur Angleichung bei der Rentenberechnung zwischen Ost und West nach dem Mauerfall gesetzlich verankert. Dieses System wird zum 1. Januar 2025 von der Einführung einer einheitlichen Bemessungsgrenze abgelöst werden.

Weil es noch immer Berufe gibt, die Frauen häufiger ausüben als Männer, weil es eine Lohnlücke zwischen Frauen und Männern gibt und weil Sorgearbeit für Kinder oder pflegebedürftige An- und Zugehörige in der Regel von Frauen und weniger von Männern ausgeübt wird, sind die gesetzlichen Renten von Frauen niedriger. Und Frauen können aufgrund ihrer niedrigeren Einkommen meist nicht oder nicht so gut wie Männer über eine zusätzliche private Altersvorsorge für eine spürbare Erhöhung ihrer Altersrente vorsorgen.

Das sind nur einige der wesentlichen Erkenntnisse aus

dem Vortrag, die insbesondere jüngere Frauen zum Nachdenken bringen sollten: Weil die Erwerbsbiografien der jüngeren Frauen sich im Vergleich zu denen ihrer Mütter oder Großmütter deutlich verändert haben. z.B. wegen der Anforderung eines lebenslangen Lernens und der meist befristeten Arbeitsverträge, bietet die Deutsche Rentenversicherung mittlerweile spezielle Beratung für diese Generation an. Das Stichwort ist hier: Informiert sein, Vorsorgen und Planen zahlt sich später bei der Altersrente aus. Zumal viele junge Mütter bereits in die gleichen Fallen tappen wie die Mütter zuvor. Sie kümmern sich Voll- oder Teilzeit um die Kinder, tragen die überwiegende Verantwortung für den Haushalt, während die Väter sich auf ihre Vollzeitarbeit konzentrieren können. Und zwar nicht, weil sie das wollen, sondern weil es keine flächendeckenden Strukturen gibt, die genau das abfedern oder verhindern.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

die Wiederholungswahlen in Berlin haben zu einer neuen Regierungskoalition in Berlin geführt. Die in das Abgeordnetenhaus gewählten Parteien haben sich nach den erheblichen Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse für eine schwarz-rote Koalition mit dem CDU-Vorsitzenden Kai Wegner als Regierendem Bürgermeister entschieden.

Als Berliner Wähler erwarten wir bei den gleich mehrfachen Krisen eine funktionsfähige Verwaltung, vor allem in den Sozial-, Wohn- und Meldeämtern, aber auch in den Jobcentern. Die teilweise undurchsichtigen und langwierigen Verfahren haben viele Menschen an den Rand der Existenz gebracht. Als Steuerzahlende und Leistungsberechtigte haben wir alle einen Anspruch auf zügigen Bescheid von Anträgen und Anliegen.

Besonders empörend war der langwierige Streit zwischen Bund und Ländern um das 49-Euro-Deutschlandticket. Jetzt soll es endlich ab Mai eingeführt werden, ist allerdings für viele Menschen zu teuer. Als SoVD verlangen wir, dass Berlin auch weiterhin mit dem 29-Euro-Ticket und dem 9-Euro-Sozialticket Vorreiter bleiben muss. Und: Bezahlbare Mobilität für alle darf weder auf dem Rücken der Fahrgäste noch der Beschäftigten ausgetragen werden. Erforderlich ist mithin die Erhöhung des Personals mit Tarifbedingungen, aber auch ausreichende Fahrzeuge und Verkehrsinfrastruktur.

Auch ist die Mangelversorgung in Kliniken sowie bei Arzneimitteln umgehend zu beheben. Es darf nicht sein, dass Kinderkliniken geschlossen werden, lebenswichtige Medikamente nicht zur Verfügung stehen sowie die Notfallaufnahme versagt.

Dies gilt ebenso für alle anderen Bereiche der Daseinsfürsorge, insbesondere bezahlbaren Wohnraum; Schutz vor Wohnungskündigung und Energiesperren, wenn die hohen Kostensteigerungen nicht bezahlt werden können; Versorgung mit Energie und allen anderen Gütern und Leistungen des täglichen Lebensbedarfs.

Wir werden als SoVD nicht nachlassen, dies auch gegenüber der jetzt erneut gebildeten Regierungskoalition in Berlin einzufordern!

Eure Ursula Engelen-Kefer, Landesvorsitzende



Ursula Engelen-Kefer

Protesttag am 5. Mai



Der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen steht 2023 unter dem Motto „Zukunft barrierefrei gestalten“. Auch der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg ist wieder bei der Kundgebung dabei, um auf die noch immer bestehenden Defizite aufmerksam zu machen (siehe Foto von der Demo 2022).

Frohe Ostern

*Weit zieht der Winter sich zurück, es grünen Busch und Bäume.
Das Lied der Nachtigall heißt Glück im Glanz der Frühlingsträume.
Natur uns schon erahnen lässt, was wir bald nicht mehr missen
undweisend auf das Osterfest blühen leuchtendgelb Narzissen.*

Anita Menger

**Der Landesvorstand sowie das gesamte Mitarbeiterteam
wünscht allen Mitgliedern und Freunden des SoVD
eine fröhliche Osterzeit!**

Wichtige Informationen zum Berliner Entlastungspaket „Härtefallfonds Energieschulden“

Kostenübernahme kann jetzt beantragt werden

Mit dem „Härtefallfonds Energieschulden“ unterstützt der Berliner Senat Haushalte, die aufgrund der unerwarteten Energiepreissprünge von Energiesperren bedroht sind. Über ein Online-Verfahren können betroffene Berliner*innen schnell und einfach einen Antrag stellen, so dass Sperren zügig aufgehoben bzw. verhindert werden können.

Das Antragsverfahren steht seit 9. Januar im Service-Portal des Landes Berlin zur Verfügung. Link zum Antragsverfahren: <https://service.berlin.de/dienstleistung/331644>. Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg bietet jeden Freitag von 13 bis 15 Uhr in der Landesgeschäftsstelle Unterstützung beim Online-Antrag. Bitte melden Sie sich an unter Tel.: 030/26 39 38 27.

Zuschüsse für diverse Heizungsarten

Als erstes Bundesland bietet Berlin Haushalten und Gewerbetreibenden angesichts der Energiekrise eine 75 Millionen Euro schwere Heizkostenhilfe für Öl-, Pellet-, Kohle- und Flüssiggasheizungen. Die Heizkostenhilfe ist ein einmaliger Zuschuss, der von den Eigentümer*innen beantragt werden muss. Haushalte und

Unternehmen, für die der Energiepreis 2022 mehr als 1,7-mal höher als 2021 ausfällt, können die Heizkostenhilfe beantragen. Die Heizkostenhilfe wird erst ab einer Höhe von 100 Euro ausbezahlt. Die maximale Bewilligungssumme liegt bei 2.000 Euro. Der Antrag auf Heizkostenhilfe kann seit dem 31. Januar online auf den Seiten der Investitionsbank Berlin (IBB) ausgefüllt werden.

Wohngeldanträge können auch online gestellt werden

Seit dem 1. Januar 2023 ist das Wohngeld-Plus-Gesetz in Kraft. Dadurch können wesentlich mehr Menschen Wohngeld in Anspruch nehmen. Das Wohngeld ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten für Haushalte mit geringem Einkommen. Personen, die zur Miete oder Untermiete wohnen, erhalten das Wohngeld als Mietzuschuss,

Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung als Lastenzuschuss. Haushalte können mithilfe des Wohngeldrechners schnell überprüfen, ob sie einen Anspruch haben. Berliner*innen können ihre Anträge auf Wohngeld online stellen unter: <https://service.berlin.de/dienstleistung/120656/>.

29-Euro-Ticket und Sozialticket

Bis zur Einführung des Deutschlandtickets am 1. Mai besteht in Berlin ein 29-Euro-Ticket mit einer Gültigkeit im Tarifbereich AB als Abonnement. Mit dem 29-Euro-Ticket stellt der Berliner Senat eine zeitlich begrenzte Übergangslösung zwischen dem bundesweit gültigen 9-Euro-Ticket und dessen Nachfolgeangebot sicher. Das 29-Euro-Ticket sichert die Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen in Berlin während



Foto: pixabay

Wer seine Heizkostenrechnung nicht mehr zahlen kann, hat die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung zu beantragen.

der Herbst- und Wintermonate. Der Preis für das Berliner Sozialticket (Berlin-Ticket S) wird vorübergehend von 27,50 Euro auf 9 Euro pro Monat gesenkt. Die Preissenkung gilt für den Zeitraum 1. Januar bis 30. April 2023. Sie trägt dazu bei, die Mobilität und Teilhabe von Menschen mit wenig Geld vor dem Hintergrund stark steigender Lebenshaltungskosten sicher-

zustellen. Anspruchsberechtigt sind Berliner*innen, die staatliche Leistungen wie Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Opferrenten erhalten.

Weitere Informationen zum Sozialticket finden Sie auf der Seite der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.



Alle Wahlberechtigten bekommen die Unterlagen zur Sozialwahl 2023 per Post zugeschickt.

Sozialwahl 2023 - für Rente und Gesundheit

Mitbestimmung nutzen!

Seit 70 Jahren bestimmen Versicherte und Rentner*innen bei der Sozialwahl über ihre Rentenversicherung mit. Ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer, die selbst Versicherte der Rentenversicherung sind, geben den Kurs der Rentenversicherung vor.

Bei der drittgrößten öffentlichen Wahl nach der Bundestags- und der Europawahl sind rund 52 Millionen wahlberechtigte Versicherte, Rentnerinnen und Rentner der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Ersatzkassen aufgerufen, ihre ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertreter in die jeweiligen Sozialparlamente zu wählen.

Die Sozialwahl findet alle sechs Jahre statt, sie ist eine reine Briefwahl und die Stimmabgabe ausschließlich per Post portofrei möglich. Die Wahlunterlagen mit dem roten Wahlumschlag erhält man ab Mitte April automatisch per Post.

Wählen und mitbestimmen: den Brief mit den Wahlunterlagen öffnen, Stimmzettel ankreuzen, Zettel in den roten Umschlag stecken und Stimme abgeben bis zum 31. Mai.

Landesverband fordert die Armut von Alleinerziehenden verstärkt zu bekämpfen

Alarmierende Zahlen für Berlin

Die vor Kurzem veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zur Kinder- und Jugendarmut in Deutschland hat wieder einmal verdeutlicht, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Gerade in Berlin, und hier insbesondere bei den Alleinerziehenden, sind die Zahlen alarmierend. Dies sollte sich die Politik als Priorität vornehmen.

„Die Bekämpfung der Armut bei Alleinerziehenden und ihre Kindern muss in der Berliner Politik Vorrang erhalten“, fordert die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer von den politischen Parteien. Mit annähernd 40 Prozent ist die Armutsgefährdung der Kinder von Alleinerziehenden in Berlin besonders hoch. Dies gilt noch mehr für junge Erwachsene aus Haushalten von Alleinerziehenden. Deren Armutsgefährdung liegt in Berlin weit über dem Bundesdurchschnitt.

Von den politischen Parteien in Berlin fordert der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg, sich für eine umgehende Einführung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene einzusetzen. „Dabei kommt es vor allem darauf an, die bürokratischen Hürden bei den bereits vorhandenen finanziellen Fördermöglichkeiten abzubauen sowie die Informationen auch für Migrantenhaushalte zu verbessern“, weiß die Landesvorsitzende.

Ausschlaggebend seien weiterhin ausreichende institu-



Foto: gpointstudio / Adobe Stock

Alleinerziehenden bleibt kaum Zeit, um sich um ihre berufliche Karriere zu kümmern.

tionelle Strukturen und ihre personelle Ausstattung: von Ganztagskitas über Schulen und Hochschulen bis hin zur Ausbildung innerhalb und außerhalb der Betriebe.

„Darüber hinaus müssen für Alleinerziehende, zumeist Frauen, die Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Arbeit und Qualifizierung erweitert werden“, fordert Ursula Engelen-Kefer. „Dazu

gehören insbesondere reguläre Teilzeit sowie die Möglichkeiten der Arbeit von zu Hause.“



Die Studie kann auf der Online-Seite der Bertelsmann Stiftung (<https://www.bertelsmannstiftung.de>) kostenlos als pdf heruntergeladen werden.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



SoVD-Spaziergang der Landesgeschäftsstelle



OV Stadtverband Berlin-Ost

Landesgeschäftsstelle

Unter dem Motto „gemeinsam, barrierefrei, unterhaltsam“ findet jeden dritten Freitag im Monat der SoVD-Spaziergang statt. Die letzte Außen-Veranstaltung, eine „Pflanzen-Erlebnis-Führung“, führte durch den Park am Gleisdreieck mit vielen interessanten Infos zu seiner Geschichte und Pflanzenwelt.

Im Februar gab es eine Führung im Humboldt Forum (s. Foto), dem „Berliner Schloss“. „Es war ein wirklich interessanter Besuch. Vor allem ist hier alles barrierefrei, so kann ich mit meiner Frau, die am Rollator geht, wiederkommen“, sagte SoVD-Mitglied Bodo Feilke.

Organisiert werden die SoVD-Spaziergänge von der Landesgeschäftsstelle. Geplant sind bereits ein Spaziergang durch Frohnau und eine Dampferfahrt nach Werder/Havel. Die genauen Orte und Termine werden auf der Webseite: www.sovd-bbg.de bekannt gegeben. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Zwischen dem Ortsverband Treptow-Köpenick und dem Personalrat des Jobcenters Treptow-Köpenick besteht seit langer Zeit eine gute kooperative Verbindung. Anlässlich einer Personalveranstaltung, die zum Schwerpunkt das Thema Pflege hatte, konnten Michael Nako-

inz und Hartmut Schneider (s. Foto, v. li.) an einem Infostand die Mitarbeiter*innen des Jobcenters beraten und SoVD-Broschüren zur Verfügung stellen. Insbesondere das Pflagebuch wurde gerne mitgenommen, um die darin enthaltenen Informationen in den Gesprächen mit ratsuchenden Klient*innen zu nutzen. Man freut sich auf einen weiteren guten Austausch untereinander.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Gemeinsam kamen mehr als 60 Mitglieder des Sozialwerks Berlin und des SoVD Tiergarten-Wedding im Stadtteilzentrum Käte-Tresenreuter-Haus zusammen, um einem bebilderten Vortrag über die Geschichte des Berliner Kurfürstendamm zu lauschen.

Unter dem Titel „Vom Bohlenweg zum Boulevard“ berichtete Kreisvorsitzender Joachim Krüger (s. Foto) über die Geschichte dieser wichtigen Berliner Ost-West-Achse. Unter Kurfürst Joachim II. wurde er als einfacher Reitweg vom Berliner Stadtschloss zum Jagdschloss Grunewald im 16. Jahrhundert angelegt. Reichskanzler Bismarck setzte später den Ausbau zu einem breiten Boulevard vom Halensee zur Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und zum Berliner Zoo durch, Vorbild war der

Pariser „Champs-Élysées“.

Der Vortrag erinnerte viele Zuhörer*innen an ihre Jugendzeit, wenn zum Beispiel die Diskothek „Big Eden“, die „Sperlingsgasse“, die „Mampe-Stuben“, das „Café Kanzler“ und die Theaterbühnen genannt wurden.

Wegen des großen Interesses an den geschichtlichen Vorträgen wird Joachim Krüger im Herbst über die Flaniermeile „Unter den Linden“ berichten.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Unter dem Motto „Sozial und Engagiert“ fanden vom 23. bis 25. Februar die 16. Sozialtage des Bezirks Marzahn-Hellersdorf statt. Es präsentierten sich die sozialen Stadtteilzentren, das Amt für Soziales, die Seniorenvertretung, die Polizei, die Verbraucherzentrale und die Schuldnerberatung. Der SoVD-Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost beteiligte sich mit einem Infostand. Die Besucher*innen wurden mit umfassendem Infomaterial zu Themen wie Pflege, Rente und Behinderung versorgt. Die ehrenamtlichen Standbetreuer*innen (s. Foto, v. li.: Ursula Engelen-Kefer, Alexander Senger und Heike Ross-Ritterbusch) nahmen viele Nachfragen bezüglich der Sozialberatung des Landesverbandes entgegen.



Ortsverband Treptow-Köpenick



Kreisverband Tiergarten-Wedding

Informative Schulung für Sozialberater*innen

Auf dem neuesten Stand

Viele neu in den SoVD eingetretene und langjährige Mitglieder kommen mit den unterschiedlichsten Fragen bezüglich ihrer Rentenansprüche in die Beratungsstellen des SoVD. Häufig geht es um die Beantragung einer Erwerbsminderungsrente, aber auch um den Übergang in die Altersrente für schwerbehinderte Menschen.

Damit die Sozialberater*innen auf die Fragen aus dem Themenbereich Rente gut vorbereitet sind, müssen sie auch die neuesten gesetzlichen Veränderungen kennen. Daher fand in den Räumen der Landesgeschäftsstelle eine praxisorientierte Schulung statt. Hans-Werner Hofmann, der die Schulung durchführte, ist Rentenberater bei der Deutschen Rentenversicherung und ehrenamtlich für den SoVD in der Beratungsstelle Neukölln im Bürgerzentrum Neukölln gGmbH in der Werbellinstraße 42 in 12053 Berlin tätig.



Rentenberater Hans-Werner Hofmann.

Hans-Werner Hofmann hat sich schon vor Jahren zur Aufgabe gemacht, umfangreiche und leicht verständliche Hilfe bei der Antragstellung der verschiedenen Rentenarten zu leisten. Im Rahmen der Fortbildung erläuterte er dem interessiert lauschenden Publikum die Voraussetzungen und den Weg, um als Rentenberater*in der Deutschen Rentenversicherung anerkannt zu werden.

Neben einer Darstellung des gesamten Rentengefüges ging er im Besonderen auf die Frühverrentung mit Abschlägen und auf die Erwerbsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Verrentung ein. Anschließend konnten die Teilnehmer*innen Fragen stellen, die Hans-Werner Hofmann detailliert und praxisnah beantwortete.

Es war eine äußerst nützliche sowie informative Veranstaltung für alle Teilnehmenden.

Patientenrechtengesetz muss verbessert werden

SoVD macht Vorschläge

Der SoVD-Landesverband macht sich stark für eine Verbesserung des Patientenrechtgesetzes. Neben vielen anderen Forderungen gehört auch eine verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Ländern dazu. In einem eigenen Gutachten erläutert der SoVD seine Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge.

Das Patientenrechtgesetz verankert das Arzt-Patienten-Verhältnis als eigenen Vertrag im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuches und schreibt wesentliche Rechte der Patient*innen wie zum Beispiel das Recht auf umfassende und rechtzeitige Aufklärung oder das Einsichtsrecht in Behandlungsunterlagen fest.

Doch zehn Jahre später zeigt sich, dass es Nachbesserungsbedarf und weiterhin zahlreiche Baustellen gibt. Das sind die Fakten: anhaltend hohe Zahl von Patientenfehlern unter anderem bei OPs von Knie, Hüfte und Zahnbehandlungen. Überlastung von Ärzten und medizinischem Personal, Bürokratie, Organisation, familienfeindliche Arbeitsbedingungen für das Personal, unfaire Entlohnung der Pflegekräfte sowie das unpraktikable Beweislastverfahren für Patienten.

Der SoVD Berlin-Brandenburg fordert daher, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu verbessern. Das Patientenrechtgesetz von 2013 zu verbessern, die Beweislast für Patienten verringern, Sanktionen für medizinische Mängel zu erhöhen, Schutz für Patienten vor Störung des Vertrauens zu Ärzten, bessere Entlohnung, humane Arbeitsbedingungen, Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen durchsetzen, Personalmanagement für Ärzte und Pflegekräfte verbessern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Abbau von Bürokratie, Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pflegekräften.

Mit dem in Auftrag gegebenen Gutachten hat der SoVD wichtige Vorarbeit geleistet, um die Rechte von Patient*innen zu stärken. Nachzulesen ist es in der Februar-Ausgabe „Soziales im Blick“.

Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem etwaigen Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), *Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.*

Sozialrechtsberatung: dienstags 9–12 Uhr und 13–15 Uhr sowie donnerstags 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, *E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.*

Geschäftsführung: Birgit Domröse, *Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovd-bbg.de.*

Mitgliederverwaltung / Buchführung: Bernhard Kippert, *Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sovd-bbg.de.*

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, *Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovd-bbg.de.*

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Lofßin, *E-Mail: Ute.Lossin@sovd-bbg.de.*

Jeden Mittwoch, 14–16 Uhr (auf Anfrage auch länger): SoVD-Hörbibliothek. Kostenlose Ausleihe für Mitglieder und Interessierte. Wer möchte uns dabei ehrenamtlich unterstützen?

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 15.30–17.30 Uhr: „Unser Mittwoch digital“. Sicherer Umgang mit digitalen Geräten und Inter-

net lernen. Bitte eigene Geräte wie Laptop, Smartphone oder Tablet mitbringen. Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. *Anmeldung: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.*

Jeden 4. Donnerstag im Monat, 14.30–16.30 Uhr: Angeleitete Gruppe für pflegende An- und Zugehörige. Leiterin ist Gabriele Schönfeld, gelernte Krankenschwester mit langjähriger Erfahrung in der Leitung von Selbsthilfegruppen.

Jeden 4. Sonnabend im Monat, 10 Uhr: Traditioneller Frauenstammtisch mit Austausch der SoVD-Frauen über spezielle Frauenthemen, Ort: Restaurant „Ännchen von Tharau“, SoVD-Bundesverbandshaus. *Anmeldung: Barbara Kubanke, Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.*

22. April: Landesverbandstagung. SoVD Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Vorankündigung: 5. Mai: Europäischer Protesttag zur Gleichstellung vom Menschen mit Behinderung. Motto „Zukunft barrierefrei gestalten“.

Kreisverband Berlin-Ost

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl (Vertretung Michael Nakoinz), Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de, Henriette Wunderlich (Referentin), Tel.: 030/72 62 22 125, E-Mail: henriette.wunderlich@sovd.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

18. April, 14 Uhr: Mitgliedertreffen. Berichterstattung über

Arbeitsschwerpunkte in den bezirklichen Behindertenbeiräten von Pankow, Kommunale Begegnungsstätte, Ruschestr. 43, 10367 Berlin. *Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Treptow-Köpenick

Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/81 78 682, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

12. April, 16 Uhr: Mitgliedertreffen. Ort: Restaurant Rouladenhaus, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.

18. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. Stadtteilzentrum Nehringstr. 8, 14059 Berlin. *Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Wilmersdorf

20. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. Vortrag: „Seniorenvertretung, wichtiger Bestandteil in der Berliner Seniorenpolitik“. Seniorenzentrum Werner-Bockelmann-Haus, kleiner Saal, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. *Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Neukölln

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

17. April, 16 Uhr: Mitgliedertreffen. Sozialpolitische Themen, mit Gast, Gemeindesaal der evangelischen Dorfkirche Alt-Buckow 36-38, 12349 Berlin. *Ansprechpartnerin: Edith Masow bzw. Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Reinickendorf

15. April, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit Frühstücksbüfett und sozialpolitischem Austausch, Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin, Anfahrt: Bus 221, Bus 322, S25 (Haltestelle S-Bhf. Eichborndamm). *Ansprechpartnerin und Anmeldungen bei Angelika Golumbek, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. Sorgentelefon: 030/54 49 77 71.*

Kreisverband Spandau

Sozialberatung: dienstags 10–12 Uhr, Nachmit-

tagstermine nach Vereinbarung. *Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Spandau-Mitte

27. April, 18.45: Mitgliedertreffen, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstr. 10 a, 13597 Berlin. *Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.*

Ortsverband Spandau Nord / Süd

20. April, 18.30 Uhr: Mitgliedertreffen, aktuelle soziale Themen, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstr. 10 a, 13597 Berlin.

22. April, 12.30 Uhr: Sozialpolitischer Spaziergang nach dem Frauenstammtisch, SoVD Bundesverbandshaus, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. *Ansprechpartnerin: Susanne Witte, Tel.: 0170/9 38 43 15 (mobil), E-Mail: SoVD_OV_Spandau_Nord-Sued@gmx.de.*

Ortsverband Falkensee

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Sozialberatung nach vorheriger Anmeldung.

12. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, letzte Hinweise zur Landesverbandstagung. Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, Bus M82, X83.

21. April, 14 Uhr: Mitgliedertreffen, letzte Hinweise zur Landesverbandstagung. „Café Lebensart“, Zehlendorf, Clayallee 346, 14169 Berlin, Bus X10/X11/101/112/115/118/285/623, Halt: Zehlendorf Eiche. *Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Tiergarten-Wedding

4. April, 14.30 Uhr: Gemütliches vorösterliches Treffen.

18. April, 14.30 Uhr: Vorbereitung der SoVD-Landesverbandstagung, letzte Informationen für Delegierte und Gäste. Sozialberatung durch Joachim Krüger, dienstags, nach tel. Vereinbarung.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstr. 48, 10551 Berlin, *Anmeldung erforderlich. Ansprechpartnerin: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.*

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

15. April, 15 Uhr: Mitglie-

dertreffen, Freizeitstätte „Am Mühlberg“.

Sprechstunde und Sozialberatung jeden dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bahnhof Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil

Das SoVD-Sozialmobil kommt zu Ihnen! Stützpunkt: SoVD-Beratungsstelle, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. *Persönliche Terminvereinbarung: Thilo Krause, Tel.: 0151/17 85 18 41 E-Mail: mobil(at)sovd-bbg.de.*

Sozialberatungsstellen Finsterwalde

Persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung. *Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.*

Cottbus

Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83 (mobil), E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Bad Saarow / Oder Spree

Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 033631/40 96 98, mobil: 0177/46 31 307, E-Mail: ks.bad-saarow@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg an der Havel, Tel.: 03381/55 15 131, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Jüterbog

Ansprechpartner: Marlies Zappe, Neuheim 6, 14913 Jüterbog, Tel.: 030/26 39 380, E-Mail: ks.jueterbog@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: kv.brnbordost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin@sovd-bbg.de.



Herzlichen Glückwunsch

Im Namen des gesamten Vorstandes sowie des Mitarbeiter*innenteams wünschen wir unseren Mitgliedern von Herzen alles Gute, beste Gesundheit, Glück und zahlreiche positive Überraschungen für das neue Lebensjahr!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 7.4.: Ursula Kudlik, Berlin; 12.04.: Annemarie Koch, Berlin; 15.04.: Jutta Nakonz, Berlin; 28.04.: Inge Spiesbach, Berlin.

91 Jahre: 4.4.: Anni Kulke, Berlin; 16.4.: Günter Schlickeiser, Berlin; 18.4.: Anneliese Luna, Berlin.

92 Jahre: 25.4.: Anita König-Hirsch, Berlin; 27.4.: Wolfgang Hollmann, Berlin.

93 Jahre: 5.4.: Wolfgang Koch, Berlin.

94 Jahre: 28.4.: Dieter Eulberg, Berlin.

95 Jahre: 29.4.: Werner Sugge, Berlin.

97 Jahre: 6.4.: Ilse Werner, Berlin; 18.4.: Sieghard Schmidt

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband:

für 35 Jahre: 14.04.: Ellen Jache, Berlin.

für 40 Jahre: 1.4.: Christel Grieger, Berlin.

für 55 Jahre: 16.4.: Berndt Dubke, Berlin.

Stand: 23.02.2022

Alzheimer Forschung Initiative e. V. stellt sieben Irrtümer über Alzheimer richtig

Keine normale Alterskrankheit

Es gibt immer noch viel Verunsicherung im Zusammenhang mit der Alzheimer-Krankheit. Deshalb stellt die gemeinnützige Alzheimer Forschung Initiative e. V. (AFI) sieben Irrtümer richtig, die über die über die Erkrankung kursieren.

Irrtum 1: Alzheimer ist eine ansteckende Krankheit

Es gibt keinen wissenschaftlichen Nachweis, dass die Alzheimer-Krankheit beim Menschen ansteckend ist. Im Tierexperiment ist es zwar unter Laborbedingungen möglich, die Alzheimer-Krankheit zu übertragen. Diese Ergebnisse sind aber nicht auf die realen Bedingungen beim Menschen anwendbar.

Irrtum 2: Alzheimer und Demenz sind das Gleiche

Unter dem Begriff „Demenz“ werden mehr als 50 Erkrankungen zusammengefasst, welche die Funktion des Gehirns beeinträchtigen. Die Alzheimer-Krankheit ist mit rund zwei Drittel aller Erkrankten die häufigste und bekannteste Demenzform. Demenz ist also ein Oberbegriff und nicht gleichzusetzen mit der Alzheimer-Krankheit. Weitere Demenzformen sind beispielsweise die Vaskuläre Demenz, die Lewy-Körperchen Demenz, die Frontotemporale Demenz oder die Demenz bei Parkinson.

Irrtum 3: Aluminium verursacht Alzheimer

Bei Gehirn-Autopsien von verstorbenen Alzheimer-Erkrankten wurde zwar eine erhöhte Aluminium-Konzentration festgestellt. Forscher*innen gehen jedoch davon aus, dass es sich um eine Begleiterscheinung und nicht um die Ursache der Krankheit handelt. Einen ursächlichen Zusammenhang von erhöhter Aluminiumaufnahme

und dem Auftreten der Alzheimer-Krankheit konnte bisher wissenschaftlich nicht belegt werden. Auch Studien zur Entstehung und Verbreitung von Alzheimer zeigen keine Hinweise auf eine Verbindung.

Irrtum 4: Alzheimer ist eine normale Alterserscheinung

Diese Behauptung wird in populärwissenschaftlichen Debatten immer wieder aufgestellt. Mittlerweile ist es jedoch möglich, die Eiweiß-Ablagerungen aus Beta-Amyloid und Tau, die für die Alzheimer-Krankheit charakteristisch sind, durch bildgebende Verfahren sichtbar zu machen. Ein organisch gesundes Gehirn kann bis ins hohe Alter sehr leistungsfähig sein, auch wenn es in der Regel langsamer wird. Alzheimer dagegen ist eine Erkrankung, die diagnostiziert, behandelt und weiter erforscht werden muss.

Irrtum 5: Erkrankte sterben, weil sie vergessen zu atmen

Menschen mit Alzheimer vergessen nicht zu atmen. Sie sterben auch nicht unmittelbar an der Alzheimer-Krankheit, sondern an Begleiterkrankungen. Im letzten Krankheitsstadium bauen Patient*innen auch körperlich immer mehr ab und sind schließlich rund um die Uhr pflegebedürftig. Weil das Immunsystem dadurch erheblich geschwächt ist, steigt die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten. Viele Alzheimer-Erkrankte sterben an Atemwegsinfektionen.

Irrtum 6: Man kann noch nichts dagegen tun

Es stimmt, dass Alzheimer bisher noch nicht heilbar ist. Trotzdem kann man Alzheimer behandeln. Mit Medikamenten kann der Krankheitsverlauf verlangsamt werden und auch Begleiterscheinungen wie Depressionen oder Aggressionen lassen sich medikamentös behandeln. Nicht-medikamentöse Therapien wie die geistige, körperliche und emotionale Mobilisierung können die Selbstständigkeit der Patient*innen länger erhalten und das Wohlbefinden fördern.

Irrtum 7: Alzheimer wird zwangsläufig vererbt

Die Erkrankung eines Elternteiles bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Krankheit an die Kinder vererbt wird. Nur rund ein Prozent aller Alzheimer-Erkrankungen sind eindeutig erblich bedingt. Betroffene erkranken in der Regel sehr früh, zwischen dem 30. und 65. Lebensjahr. Bei 99 Prozent aller Alzheimer-Erkrankungen ist das Alter der größte Risikofaktor. Die Symptome beginnen meistens erst ab dem 65. Lebensjahr. Auch hier gibt es genetische Varianten, die das Erkrankungsrisiko erhöhen können. Zu einem sicheren Ausbruch der Krankheit führen sie jedoch nicht.



Die Alzheimer Forschung Initiative e. V. (AFI) ist ein gemeinnütziger Verein. Seit 1995 fördert die AFI mit Spendengeldern Forschungsprojekte und Forschende und stellt kostenloses Infomaterial für die Öffentlichkeit bereit, zum Beispiel die Broschüre „Was ist Alzheimer?“. Sie bietet einen kompakten Überblick über die Krankheit und kann kostenfrei (gegen eine Spende) bestellt werden bei der Alzheimer Forschung Initiative e. V., Kreuzstraße 34, 40210 Düsseldorf; Tel.: 0211/86 20 660; Download: <https://www.alzheimerforschung.de/alzheimer/broschueren-downloads>.



Foto: Uwe / Adobe Stock

In Deutschland werden immer mehr Routen ausgebaut, die mit dem Fahrrad besonders gut erfahrbar sind.

„Deutschland per Rad entdecken“ neu erschienen

Tipps für den Radurlaub

Als Inspiration für den nächsten Radurlaub hat der Fahrradclub ADFC jetzt die 14. Auflage seines Magazins „Deutschland per Rad entdecken“ veröffentlicht. Auf 64 Seiten stellt der ADFC ausgewählte Routen und Regionen von den Küsten bis an die Alpen vor.

ADFC-Tourismusvorstand Christian Tänzler sagt: „Radreisen haben sich als krisenfest etabliert und bieten in unruhigen Zeiten die Möglichkeit, auch kurzfristig die Sachen zu packen und loszufahren. Dazu ist die Reiseform ein echter Gewinn für alle Beteiligten: Reisende tun etwas für ihre Gesundheit, sind klimafreundlich unterwegs und können durch die Vielfalt der Unterkünfte das Reisebudget im Blick behalten.“

Ein Blick in das neue ADFC-Magazin „Deutschland per Rad entdecken“ lässt kaum daran zweifeln: Deutschland ist ein Radreiseland. Das 64 Seiten starke Magazin stellt eine Auswahl der schönsten Radrouten und Radregionen zwischen Küstenwind und Alpenblick vor. Insgesamt 37 Radfernwege, sechs Radregionen und sechs Bundesländer finden sich im neuen Radtourenplaner für 2023/2024. QR-Codes, die direkt zu passenden Bett+Bike-Unterkünften entlang der vorgestellten Routen und Regionen verlinken, machen das Finden einer passenden Unterkunft und somit die Urlaubsplanung leicht. Außerdem gibt der ADFC Tipps zur Planung einer Radreise und legt die praktische ADFC-Checkliste für den Radurlaub obendrauf – sie zeigt, was auf Radreisen wirklich wichtig ist. Das Magazin kann gegen eine Versandkostenpauschale bestellt oder als E-Paper auf www.deutschland-per-rad.de gelesen werden.

Mit der Auszeichnung als ADFC-Qualitätsradroute verbinden Radurlauber*innen hervorragende Radwege mit begleitender Infrastruktur. Dass dieses Qualitätssiegel nicht nur für Radelnde wichtig ist, sondern auch für die entsprechende Region, zeigt Baden-Württemberg: Insgesamt vier der sechs neuen ADFC-Qualitätsradrouten, die im ersten Quartal 2023 ausgezeichnet werden, liegen dort. Das Land hat die Qualitätsentwicklung der Routen massiv vorangetrieben, 20 der 21 Landesradfernwege vom ADFC auszeichnen lassen und die Routenbetreiber dafür bei der Entwicklung unterstützt. Zwei weitere Routen werden in Nordrhein-Westfalen und im angrenzenden Niedersachsen ausgezeichnet. Dazu kommen 15 erneuerte Auszeichnungen bundesweit. Damit gibt es aktuell 47 ADFC-Qualitätsradrouten und sechs ADFC-RadReiseRegionen.

Quelle: ADFC



Foto: ADFC

Das Cover des ADFC-Magazins für die Saison 2023/2024.



Foto: Sergio Yoneda / Adobe Stock

Eine weit verbreitete These besagt, dass der häufige Gebrauch von Aluminium Alzheimer verursacht.

Der Bezug von Kindergeld endet nicht immer automatisch mit dem Erreichen der Volljährigkeit

So kann der Anspruch verlängert werden

Für viele Familien ist das Kindergeld eine wichtige finanzielle Säule, ohne die sie nicht oder nur unter großer Anstrengung über die Runden kommen würden. Seit Januar 2023 gibt es einheitlich 250 Euro monatlich pro Kind. Diese Zahlung endet dem Grunde nach mit dem 18. Geburtstag des Nachwuchses. Die Stiftung Warentest erklärt, wann der Anspruch auch über die Volljährigkeit des Kindes hinaus bestehen bleiben kann.

In vielen Fällen steht das Kindergeld auch über den 18. Geburtstag hinaus zu. Dafür muss rechtzeitig ein Antrag bei der Familienkasse gestellt werden, die bei der Bundesagentur für Arbeit angesiedelt ist. Das ist auch digital über die Homepage der Arbeitsagentur möglich. Rückwirkend gibt es Kindergeld für bis zu sechs Monate. Die Familienkasse zahlt weiter, wenn die erwachsenen Kinder studieren oder eine Schulausbildung oder Lehre absolvieren. Wenn die Ausbildung insgesamt abgeschlossen ist, stoppt die Förderung. Dies gilt auch, wenn ein Kind, wie bei einem dualen Studium, schon einen Berufsabschluss in der Tasche hat. Endgültig Schluss ist im Regelfall mit dem 25. Lebensjahr. Doch es gibt weitere Fälle, in denen das Kindergeld fließt.

Kein Ausbildungsplatz: Die Familienkassen müssen zahlen, wenn Kinder nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden. Voraussetzung: Das Kind hat sich nicht nur punktuell, son-

dern vielfach und ernsthaft bei vielen Unternehmen um einen Platz bemüht. Eine Bewerbung pro Monat reicht nicht aus (BFH, Az. VI R 10/14)

Krankheit: Kann das Kind eine Ausbildung nicht beginnen oder muss es sie unterbrechen, weil es länger als sechs Monate krank und ein Ende nicht abzusehen ist, darf die Familienkasse das Kindergeld streichen. Dem kann entgegengewirkt werden, indem – rechtzeitig – die Zahlungen auslaufen – ein ärztliches Attest eingeholt wird, mit dem der Familienkasse bestätigt wird, dass das Kind innerhalb eines überschaubaren Zeitraums voraussichtlich gesund und anschließend die Ausbildung fortsetzen wird.

Arbeitssuchend: Kinder bis 21 Jahre, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben und auf Jobsuche sind, fördert die Familienkasse ebenfalls, wenn sich das Kind bei der Agentur für Arbeit als arbeitssuchend meldet. Tut es das, nehmen weder Familienkassen

noch Finanzämter weitere Prüfungen vor.

Praktikum: Gehört die berufspraktische Zeit zur Berufsausbildung, gibt es währenddessen Kindergeld. Sollten Ausbildungs- oder Studienordnung oder die Ausbildungsstelle das Praktikum als ausbildungsergänzendes Element nicht vorschreiben oder zumindest empfehlen, müssen Eltern inhaltlich argumentieren, warum das Praktikum Ausbildungscharakter besitzt. Dazu eignet sich etwa ein Ausbildungsplan, der die Praktikumsinhalte und -ziele definiert. Es werden auch Praktika akzeptiert, die den Zugang zu Studium oder Ausbildung erst ermöglichen.

Freiwilligendienst: Die Familienkasse unterstützt junge Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten, wenn der Träger zugelassen und anerkannt ist. Leistet das Kind etwa im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) oder eines Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) Dienst, so gibt es



Foto: industrieblick/Adobe Stock

Wer eine Ausbildung macht, bekommt auch nach Erreichen der Volljährigkeit weiter Kindergeld.

Kindergeld. Allerdings geht der Anspruch verloren, wenn der Nachwuchs einen Freiwilligendienst wegen Krankheit vorzeitig beendet (BFH, III R 15/20).

Auslandsaufenthalt: Für Zeiten im Ausland, wie zum Beispiel als Au-pair, besteht Anspruch auf Kindergeld, wenn währenddessen an einem Sprachunterricht mit mindestens zehn Wochenstunden teilgenommen wird. Der Kurs muss der Ausbildung dienen (BFH, III R 3/16). Auch für Kinder, die am Erasmus-Programm teilnehmen und sich darüber

im Ausland weiterbilden, gibt es Kindergeld. Eine rein private Auszeit im Ausland wird nicht gefördert.

Übergangszeit: Eltern können für ihre Kinder, die das 18., aber noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben, für eine maximal viermonatige Übergangszeit zwischen zwei Abschnitten Kindergeld erhalten. Das ist insbesondere wichtig für die Fälle, in denen das Kind einen Ausbildungs- oder Studienplatz in der Tasche hat, dieser sich jedoch nicht direkt an das Schulende anschließt. mh

Termine

Ortsverband Bayreuth

4. April und 2. Mai, 14 Uhr: Mitgliedertreffen im Gasthaus Moosing, Oberobsang 11, 95445 Bayreuth.

Glückwünsche



Foto: smileus/Adobe Stock

Über die Zukunft zu reden, ist der beste Vorwand, sich von der Gegenwart zu drücken.

Mark Twain

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 19.4.: Karl Bassek, Mitterteich; 29.4. Astrid Lenz, Füssen.
75 Jahre: 1.4.: Ernst Wohlwend, München; 10.4.: Johann Renter, Regensburg; 11.4.: Renate Altschwager, Burgwindheim; 19.4.: Bruno Tittel, Marktkeugast, 24.4.: Dieter Kutzer, Mitterteich; 28.4.: Wiltraud Würdemann, Waldmünchen.

80 Jahre: 19.4.: Siegfried Bonschab, Ingolstadt; 22.4.: Norbert Krause, Bad Abbach; 24.4.: Heinz Vogl, Mitterteich; 25.4.: Wolfgang Hagel, Ebensfeld; 26.4.: Gisela Riecker, Tirschenreuth.

85 Jahre: 8.4.: Rita Kohler-Küper, München; 12.4.: Brigitte Metzner, Greding; 27.4.: Hubert Rosner, Plößberg.

Sozialberatung



Foto: pictworks/Adobe Stock

Wegen der Corona-Krise finden die Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den genannten Telefonnummern, ob und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implersstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach Voranmeldung bei Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache, Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.:

09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle Würzburg: nach Anmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70 (mobil).

Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen im Ortsverband Bad Wildungen

Vorsitz und Ehrung für Schmidt

Die Mitglieder des Ortsverbandes Bad Wildungen haben ihren Vorstand neu gewählt: Als Vorsitzender wurde Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt in seinem Amt bestätigt und zum Delegierten für die Kreisverbandstagung gewählt.

Zum 2. Vorsitzenden und Delegierten wählten die Mitglieder des Ortsverbandes Bad Wildungen Ralf Schober. Gerhard Martin wurde ebenfalls zum Stellvertreter gewählt. Weiterhin wählten die anwesenden Mitglieder Rudolf Matscha zum 1. Schatzmeister und Helga Heidenreich zur Schriftführerin. Zur Frauensprecherin wurde Tanja Stange, zur 2. Schatzmeisterin und 2. Schriftführerin wurde Susanne Hofmann, zum Beisitzer Mat-

thias Höhle gewählt. Letzterer fungiert auch als Vertreter im Seniorenbeirat und Pressewart. Cornelia Wenzel und Antonio De Figueiredo Oliveira sind die Revisor*innen.

Mit der Versammlung kehrte im Gemeinschaftsleben des Ortsverbandes wieder ein Stück Normalität ein, nachdem die Mitglieder wegen der Corona-Beschränkungen lange nicht mehr solche Versammlungen abhalten konnten, die unter anderem das gemeinschaftli-

che Verbandsleben im SoVD seit Jahrzehnten prägen. Daher freuten sich die Mitglieder auch besonders, die Vorsitzende des Kreisverbandes Kassel Irmgard Fohr, sowie die stellvertretende Vorsitzende Marita Schliephorst und den Geschäftsführer des Landesverbandes, Thomas Hammer, begrüßen zu können.

Eine besondere Ehrung erhielt der Ortsvorsitzende Hans-Jürgen Schmidt, der sich seit inzwischen 40 Jahren ehrenamtlich in der Sozialberatung engagiert. Einfühlsam und kompetent berät Schmidt die ratsuchenden SoVD-Mitglieder und findet mit ihnen auch in komplexen sozialrechtlichen Fällen sachdienliche Lösungswege. Dabei kommen den Mitgliedern seine Kenntnisse und Fertigkeiten aus seiner 35-jährigen beruflichen Tätigkeit in verschiedenen Zweigen der Berliner Verwaltung zugute. Unterstützt wird er von seiner Lebensgefährtin Helga Heidenreich, die sich ebenfalls im Vorstand des Ortsverbandes engagiert.

Der SoVD hat Hans-Jürgen Schmidt zudem als ehrenamtlichen Richter beim Bundessozialgericht vorgeschlagen.



Tolle Gespräche beim gemeinsamen Abendessen in einer hessischen Traditions-gaststätte in Frankfurt (von links): Thomas Hammer, Sigrid Jahr, Evelyn Kaletsch-Damm, Dirk Hertel (2. Vorsitzender, Ortsverbandes Frankfurt), Michaela Engelmeier und Annette Mulo-Carvajal.

Michaela Engelmeier beim Landesverband Hessen

Infos aus erster Hand

Hoherfreut waren die Gastgeber*innen aus den verschiedenen Ortsverbänden und der Sozialberatung des SoVD in Hessen über den Besuch der neuen Vorsitzenden im Bundesverband, Michaela Engelmeier.

Die Delegation aus der Landesgeschäftsstelle traf sich in Frankfurt mit der SoVD-Vorsitzenden Michaela Engelmeier. Für das ursprünglich in der Landeshauptstadt Wiesbaden verabredete Treffen wäre es für einige Teilnehmer*innen zu weit gewesen, erfuhr Michaela Engelmeier, die sich dabei ein Bild machen konnte, wie groß das flächenmäßig oft unterschätzte Hessen wirklich ist. Engelmeier berichtete über die aktuellen Aktivitäten auf sozialpolitischer Ebene und über Entwicklungen zu den Strukturen im Bundesverband und den nicht selbstständigen SoVD-Landesverbänden im Süden Deutschlands.

„Es war mal interessant, Informationen aus erster Hand zu erhalten“, resümierte die Gießener Kreisvorsitzende Evelyn Kaletsch-Damm. Rechtsberaterin Sigrid Jahr freute sich über Frau Engelmeiers Offenheit für die Fragestellungen im Hessischen Landesverband. Landesfrauenbeauftragte Annette Mulo-Carvajal war beeindruckt von Engelmeiers Engagement gegen Altersarmut hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen in Minijobs.

Michaela Engelmeier wurde bei ihrem ersten Besuch in Hessen von Landesgeschäftsführer Thomas Hammer begleitet.



Ein Teil des neu gewählten Vorstandes stellte sich für ein Foto zusammen (v. li.): Helga Heidenreich, Hans-Jürgen Schmidt, Rudolf Matscha, Tanja Stange und Ralf Schober.

Land Hessen fördert die Anschaffung von Lastenfahrrädern ohne Elektroantrieb

Klimafreundlich mobil sein

Hessen startet die dritte Runde der beliebten Lastenradförderung. Seit März können Anträge für Unterstützung beim Kauf von Lastenrädern oder -anhängern mit oder ohne Elektroantrieb gestellt werden.

Bisher konnten so bereits rund 3.400 Hessinnen und Hessen beim Kauf eines Lastenrades oder Anhängers durch das Land unterstützt werden. Sie tragen dazu bei, die Emissionen im Verkehrsbereich zu senken. Dieser verursacht in Hessen den größten Anteil am CO₂-Ausstoß.

„Wir haben nochmal draufgelegt und können mit den nun zur Verfügung stehenden zwei Millionen Euro rund 2.600 Lastenräder auf Hessens Straßen bringen“, sagte Umweltministerin Priska Hinz.

Die Auswertungen der ersten Förderrunden zeigen: Für

die Mehrheit ersetzt das angeschaffte Lastenrad oder der Anhänger die Nutzung eines Autos, ein Viertel der Antragstellerinnen und Antragsteller verzichtet in diesem Zuge sogar komplett auf die Anschaffung eines Autos. Nicht nur in den Großstädten kommt das Förderangebot sehr gut an: In 2022 kamen fast zwei Drittel der bewilligten Anträge aus den ländlicher geprägten Landkreisen.

Gefördert werden Lastenräder oder -anhänger mit oder ohne Elektroantrieb. Für ein Lastenrad ohne Elektroantrieb gibt es 500 Euro vom Land, für ein E-Lastenrad 1.000 Euro.

Lasten- und Kinderanhänger werden mit 100 bzw. 200 Euro gefördert, je nachdem ob mit oder ohne Motor. Auf der Förderplattform kann nach einer Registrierung der Antrag direkt online gestellt werden. Für die Antragsstellung wird ein Kostenvoranschlag mit dem Namen und den Gesamtkosten benötigt. Dieser sollte also vorher eingeholt werden. Wenn der Kostenvoranschlag vorliegt, dauert die Antragsstellung nur rund 15 Minuten. Nach dem Erhalt der Förderzusage kann das Lastenrad oder der Anhänger gekauft werden. *Quelle: Hessisches Umweltministerium*

Unterstützung gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben in den Orts- und Kreisverbänden des SoVD sind so vielfältig wie die Menschen, die als Mitglieder die Solidargemeinschaft des SoVD stärken. Deshalb engagieren sich in ganz Hessen und auch bei Ihnen vor Ort Mitglieder je nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und sonstigen Stärken bei den vielseitigen Aufgaben, damit alles wie am Schnürchen läuft. Da muss mal ein Treffen oder ein Ausflug organisiert, Glückwunschkarten verschickt oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden und vieles mehr.

Wer Lust hat, sich einzubringen oder neue Kontakte knüpfen und dabei seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0611/85 108 oder der E-Mailadresse: info@sovd-hessen.de melden, um mehr zu erfahren. Die ehrenamtlichen Mitstreiter*innen können jede Unterstützung gebrauchen und freuen sich auf Sie!



Glückwünsche



Foto: Aleks/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratuliert der Landesverband Hessen herzlich. Seinen kranken Mitgliedern wünscht er baldige Genesung.

60 Jahre: 4.4.: Uwe Pfeiffer, Schwarzenborn; 9.4.: Doris Marczek, Fulda; 21.4.: Elke Spieß, Solms; 25.4.: Heidrun Richter,

Hattersheim; 30.4.: Mathias Jungermann, Fritzlar; 30.4.: Holger Stein, Hofgeismar.

65 Jahre: 10.4.: Cornelia Wenzel, Bad Wildungen; 18.4.: Birgit Muck, Frankfurt; 19.4.: Harald Seeger, Calden; 22.4.: Manfred Engelhart, Gießen; 27.4.: Helga Kläs, Kirchhain.

75 Jahre: 11.4.: Günter Welcker,

Rabenau; 15.4.: Horst Fuchs, Hofgeismar; 24.4.: Monika Hellwig, Grebenstein; 29.4.: Marlene Stunz, Wildeck.

80 Jahre: 6.4.: Klaus-Dieter Kodym, Biedenkopf; 22.4.: Ursula Pflum, Calden; 27.4.: Emil Schmidt, Geisenheim.

85 Jahre: 4.4.: Ruth Eckhardt, Hofgeismar.

90 Jahre: 1.4.: Irma Wehrheim, Oberursel

91 Jahre: 12.4.: Rosemarie Bick, Rotenburg; 16.4.: Aron Neufeld, Waldsolms.

96 Jahre: 5.4.: Erwin Roglin, Bebra.

97 Jahre: 14.4.: Heinrich Fesch, Vellmar.

101 Jahre: 16.4.: Irmgard

Steinberg, Hochheim.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder, die der Veröffentlichung nicht zugestimmt haben, werden ihrem Wunsch gemäß hier nicht genannt.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen alle genannten Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen. Für Fragen oder Informationen zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis freitags 9–13 Uhr.

Info-Telefon Pflege: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nr. 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvergabe unter Tel.: 06432/92 49 480, mobil 0151/43 10 67 54, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Freigericht

Sozialberatung bei Thomas Hammer im Rathaus Freigericht, samstags 8–13 Uhr, nur nach Terminvereinbarung unter Tel. 0151/50 71 01 56.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde bei Evelyn Kaletsch-Damm nach telefonischer Anmeldung zur Beratung im Beratungszentrum Gießen unter Tel.: 06033/74 88 999.

Sozialrechtsberatung bei

Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt/Main, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung in der Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang: Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Termine unter Tel.: 06432/92 49 480, oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat jeden ersten, zweiten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr und jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/20 55 216, Fax: 0611/85 043 oder E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau: Anfragen und Terminvereinbarungen an die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/85 108.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden dritten Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.
34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/32 777.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Beratung durch den zertifizierten Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen.

Die Sozialrechtsberatung

erfolgt nur nach Anmeldung beziehungsweise Terminvereinbarung unter Tel.: 05621/96 78 787 oder 0151/19 18 19 99 (mobil) oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhoof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra-Ringau-Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege. Jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Niederstadt 41, 36205 Sontra.

Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden ersten Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (Erdgeschoss). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45, E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, Neues Rathaus, „Altenstube“, 1. OG, 36199 Rotenburg. Anmel-

dung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45, E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung im Sozialkompetenzzentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Korbach

Die Sozialberatungsstelle in Korbach ist jeden Mittwoch 10–13.30 Uhr sowie nach telefonischer Terminvergabe auch außerhalb dieser Zeiten für alle Ratsuchenden geöffnet. Montags bis freitags 9–17 Uhr ist sie unter Tel.: 05631/57 88 724 erreichbar.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden ersten und dritten Montag im Monat, 15.30–18 Uhr, Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter.

Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil); außerhalb der Zeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/89 87 202, oder Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Die Beratung erfolgt durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden ersten Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach Terminabsprache über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung findet zurzeit beim Ortsverband Münchhausen-Wetter statt (*Ort und Zeiten siehe oben*).

Krankentransporte und Krankenfahrten – wann die Krankenkasse zahlt

Vorher die Verordnung besorgen

Immer wieder erreichen den SoVD Anfragen, ob und wann die Kostenübernahme für Krankentransporte oder Krankenfahrten durch die Krankenkasse möglich ist. Hier werden die wesentlichen Voraussetzungen erklärt.

Ein Krankentransport unterscheidet sich im Wesentlichen von einer Krankenfahrt darin, dass eine medizinische Fachkraft den Transport begleitet.

Voraussetzungen für die Verordnung

Die Krankenfahrt zu einer Gesundheitsuntersuchung oder Krebsfrüherkennungsuntersuchung (z. B. Brustkrebs-, Gebärmutterhalskrebsvorsorge) kann für Versicherte verordnet werden, die einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „aG“, „Bl“ oder „H“ oder einen Einstufungsbescheid gemäß Sozialgesetzbuch XI in den Pflegegrad 3, 4 oder 5 vorlegen und bei einer Einstufung in den Pflegegrad 3 wegen dauerhafter Beeinträchtigung ihrer Mobilität einer Beförderung bedürfen.

Ferner sind die Verordnungsvoraussetzungen auch bei Versicherten erfüllt, die bis zum 31. Dezember 2016 in die Pflegestufe 2 eingestuft waren und seit 1. Januar 2017 mindestens den Pflegegrad 3 erhalten haben.

Fahrten, für die ein zwingender medizinischer Grund nicht vorliegt, zum Beispiel Fahrten zum Abstimmen von Terminen, Erfragen von Befunden, Abholen von Verordnungen, sind grundsätzlich keine Krankenkassenleistung.

Wann muss eine Genehmigung eingeholt werden?

Ärztinnen und Ärzte müssen bei den oben genannten



Foto: Alexander Rath/Adobe Stock

Krankenkassen zahlen nicht ohne ärztliche Verordnung.

Gruppen ausnahmsweise keine Genehmigung der Verordnung durch die Krankenkasse einholen, wenn die Krankenfahrt beispielsweise mit einem Taxi oder Mietwagen verordnet wird (Krankenfahrt).

Ist während der Fahrt eine medizinisch-fachliche Betreuung oder eine fachgerechte Lagerung der Patientin oder des Patienten notwendig (Krankentransport), dann muss grundsätzlich für die Krankenfahrt mit dem Krankentransportwagen vorab eine Genehmigung eingeholt werden.

Eine Verordnung von Krankenfahrten zur ambulanten Behandlung ist auch für Versicherte möglich, die keinen der oben genannten Nachweise besitzen, wenn diese von einer vergleichbaren Beeinträchtigung der Mobilität betroffen sind und einer ambulanten Behandlung über einen längeren

Zeitraum bedürfen. Hier sollte eine vorherige Genehmigung mit entsprechender Begründung erfolgen.

Krankentransport-Richtlinie vom Oktober 2022

Bis vor Kurzem legten gesetzliche Krankenkassen den Anspruch von dauerhaft in ihrer Mobilität beeinträchtigten Menschen unterschiedlich aus. Der Gesundheitliche Bundesausschuss (G-BA) hat daher eine Klarstellung der Krankentransport-Richtlinie vorgenommen – zugunsten der Betroffenen.

Am 20. Oktober 2022 ergänzte der G-BA die Krankentransport-Richtlinie, sodass dauerhaft in ihrer Mobilität beeinträchtigten Personen nicht nur Anspruch auf Krankenfahrten zu „ambulanten Behandlungen aus zwingend medizinischen Gründen haben“.

Ab sofort müssen gesetzliche Krankenkassen auch Fahrten übernehmen zu:

- Gesundheitsuntersuchungen für Erwachsene und Kinder gemäß den Paragraphen 25 und 26 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) sowie
- Krebsfrüherkennungsuntersuchungen einschließlich den organisierten Krebsfrüherkennungsprogrammen gemäß den Paragraphen 25 und 25 a SGB V.

Mit der Klarstellung will der G-BA sichergehen, dass auch Versicherte mit einer dauerhaft eingeschränkten Mobilität – beispielsweise durch eine Behinderung oder Pflegebedürftigkeit – einen Zugang zu Früherkennungsangeboten erhalten.

Dieser Text erhebt ausdrücklich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da die Regelungen teilweise viel komplexer zu bewerten sind. Im konkreten Fall wenden Sie sich bitte am besten vor der beabsichtigten Fahrt an die SoVD-Sozialrechtsberatung.

Weitere Informationen zu Krankenbeförderung unter: Krankentransportrichtlinie: www.g-ba.de/richtlinien/25/.

Die Klarstellung vom 20.10.2022: www.g-ba.de/beschlusse/5673/.



Foto: dusanpetkovic1/Adobe Stock

Jugendliche haben meist noch kein eigenes Auto und wenig Geld – für sie ist eine billige Monatskarte ein tolles Angebot.

Landesregierung Saarland bietet neues ÖPNV-Ticket an

Junge-Leute-Ticket

Die Landesregierung löst ihr Versprechen ein – saarländische Schülerinnen und Schüler, Azubis und Freiwilligendienstleistende können künftig für 365 Euro im Jahr das Angebot des Nahverkehrs nutzen, dank Deutschland-Ticket sogar bundesweit.

30,40 Euro wird das Deutschland-Ticket für junge Leute pro Monat kosten (365 Euro im Jahr), die saarländische Landesregierung schießt 18,60 Euro je Junge-Leute-Ticket zu. Schülerinnen und Schüler sparen pro Jahr im Vergleich zum heutigen Saarland-Schüler-Abo fast 40 Prozent beziehungsweise 223,20 Euro pro Jahr, Azubis und Freiwilligendienstleistende sogar bis zu 343,20 Euro pro Jahr. Die Landesregierung gleicht die dadurch verursachten Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen mit fast 10 Millionen Euro pro Jahr aus. Das Deutschland-Ticket wird im Saarland voraussichtlich weitere 20 Millionen Euro kosten und hälftig von Bund und Land finanziert.

Das Junge-Leute-Ticket wird eingeführt, wenn auch das Deutschland-Ticket für 49 Euro offiziell startet. Nach den Verhandlungen des Bundes mit der EU-Kommission zu beihilferechtlichen Fragen und dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zur Finanzierung des Bundesanteils findet das am 1. Mai statt.

Mit dem neuen Deutschland-Ticket sind Fahrgäste künftig mit Bus und Bahn für 49 Euro im Monat mobil – und das bundesweit im gesamten Nahverkehr. Das Deutschland-Ticket wird im Saarländischen Verkehrsverbund (saarVV) als Chipkarte und als Handyticket vertrieben.

Das Deutschland-Ticket wird bundesweit in allen öffentlichen Nahverkehrsmitteln gelten, auch in der 2. Klasse in allen Regionalzügen. *Quelle: Saarländisches Verkehrsministerium*



Foto: Imaginis/Adobe Stock

Wer ohne ärztliche Betreuung nicht in der Lage ist, zum Arzttermin zu kommen, darf einen Krankentransporter bestellen.

Frohe Ostern



Foto: drubig-photo/Adobe Stock

Bunte Eier, Frühlingsdüfte, Sonnenschein und Bratendüfte, heiterer Sinn und Festtagsfrieden sei zu Ostern Dir beschieden.

Der Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland wünscht seinen Mitgliedern und deren Familien schöne Ostern.

Termine



Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Bezirksverband Rheinhessen-Nahe

15. April, 10 Uhr: Mitgliederversammlung, Stadtteilzentrum ZWOZWO, Koblenzer Str. 22, 55411 Bingen.

Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631 / 73 657 oder 06131 / 69 30 165**, die Ihnen den*die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236 / 46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151 / 22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 92 49 480 zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosowa mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151 / 43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Gabriele Schepplmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176 / 34 03 41 58; Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272 / 61 60 sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382 / 80 01) nach Terminvereinbarung mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631 / 73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26–30, 55116 Mainz, Tel.: 06131 / 69 30 165.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e. V. Sozialrechtsberatungen vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht Ihnen dafür persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich.

Sprechstage nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 oder 0151 / 41 49 15 98.

Spiesen-Elversberg: 12. April, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 12. April, 13.30–16 Uhr, AWO-Kreisverband Saarpfalz, Lappentascherstraße 100, (Gebäude 10 a).

Nonweiler: 26. April, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim, Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 26. April, 14–16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

www.sovd-rps.de



Foto: mojoto/Adobe Stock



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Rheinpfalz

Kreisverband Rheinpfalz

Am 4. März fand die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Rheinpfalz im Gebäude der AWO in Ludwigshafen statt. Neben der Wahl der Delegierten zur Landesverbandstagung und dem Gedanken- und Ideenaustausch zur Weiterentwicklung des Landesverbandes informierte Landesschatzmeister Thorsten Greiner die anwesenden Mitglieder darüber, dass der Kreisverband mit seinem Ortsverband zukünftig als Abteilung beim Landesverband geführt wird.

Anschließend wurde Anke Simon (siehe Foto, mit Thorsten Greiner) für ihre zehnjährige Mitgliedschaft geehrt.

Kreisverband Saar / Pfalz

Am 11. Februar fand in der AWO-Begegnungsstätte in Spiesen die Versammlung des Bezirksverbandes statt, der sich auf der Veranstaltung zum Kreisverband Saar / Pfalz umbenannte. Der 2. Vorsitzende Rochus Hauck eröffnete die Tagung und begrüßte gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Norbert Weber die Gäste. Norbert Weber stellte sich anschließend kurz den Gästen vor. Landesgeschäftsführer Christian Dirb richtete Grußworte aus und



Kreisverband Saar / Pfalz

berichtete, dass auf der Landesverbandstagung neue Weichen gestellt werden für den Bezirksverband.

Es folgte die Wahl des neuen Vorstandes, der sich zusammensetzt aus (s. Foto, v. li.): Schatzmeisterin Inge Schmidt, 1. Vorsitzender Volker Liebhang, Schriftführerin Kerstin Kühn-Halter, Frauensprecherin Gabriele Schepplmann, Beisitzer Rudi Haus, 2. Vorsitzende Monika Six, Beisitzer Manfred Piro und 2. Vorsitzender Rochus Hauck. Nicht auf dem Foto: Beisitzer Peter Welsch und die Revisor*innen Donata Piro, Martin Esser und Joachim Schaum.

Ortsverband Unnau

Am 5. Februar kamen 45 Mitglieder im „Landgasthaus zur

Quelle“ in Nistertal zusammen. Vorsitzender Jürgen Metzger begrüßte besonders den Kreisvorsitzenden Richard Klünder. Man gedachte den verstorbenen Mitgliedern und bedankte sich beim Vorstand für die Unterstützung und gute Zusammenarbeit. Nach dem Mittagsbüfett hielt Eberhard Birk einen humorvollen Vortrag.

Ortsverband Berzhahn

Am Aschermittwoch, den 22. Februar, trafen sich die Mitglieder zum traditionellen Heringsessen. Mit Hilfe von Andrea und Dietmar Kempf sowie Waltraud Herger wurden 80 Portionen vorbereitet. Ab 17.30 Uhr konnten dann die vorbestellten Portionen abgeholt oder aber in netter Gemeinschaft zusammen gegessen werden.



Ortsverband Unnau



Glückwünsche

60 Jahre: 3.4.: Heike Dietze, Andernach; 14.4.: Ayse Kurnaz, Ludwigshafen; 20.4.: Dorothea Sans, Lorzweiler; 21.4.: Jürgen Steinebach, Berzhahn; 23.4.: Hubert Klöffler, Hagenbach; 25.4.: Brigitte Heiderich, Merzweiler; 27.4.: Martina Lachnit, Kandel.

65 Jahre: 2.4.: Alfred Schmitt, Westheim; 11.4.: Thomas Schäffner, Rülzheim; 17.4.: Gudrun Neurohr, Herxheim.

70 Jahre: 7.4.: Gerhard Miltz, Hagenbach; 13.4.: Ernst Günter Weber, Boppard; 14.4.: Christa Stude, Lauterecken; 20.4.: Ur-

sula Stein, Bellheim; Hannelore Weschenfelder, Rheinstetten; 26.4.: Rita Wemmer, Andernach; 27.4.: Manfred Klose, Giesenhäusen.

75 Jahre: 9.4.: Otmar Hesel, Merzweiler; 12.4.: Werner Lauer, Lauterecken; 14.4.: Peter Mieth, Worms; 15.4.: Johann Andreas Fernbach, Ludwigshafen; 19.4.: Karin Senner, Waldalgesheim; 20.04.: Peter Schultheis, Homburg; 24.4.: Norbert Steinmetz, Saarbrücken; 26.4.: Reinhilde Strasser, Edesheim.

80 Jahre: 1.4.: Rainer Schönfeld, Jockgrim; Günter Jagusch,

Bad-Neuenahr-Ahrweiler; 7.4.: Irmtraud Roßner, Worms; 8.4.: Volkmar Pees, Baumholder; 12.04.: Adolf Held, Bölsberg; 14.4.: Karlheinz Geiger, Rülzheim; 20.4.: Karl Schwindhammer, Rülzheim; 21.4.: Franz Wolf, Kuhard.

85 Jahre: 18.4.: Irmgard Kuhn, Homburg; 24.4.: Gerda Deubig, Rülzheim; 25.4.: Ursula Wengenroth, Berzhahn; 27.4.: Berthold Jung, Spiesen-Elversberg.

90 Jahre: 24.4.: Marie-Luise Hartenburg, Worms.

97 Jahre: 24.4.: Resi Weber, Weißenthurm.

SoVD-Sozialrechtsberater Dario Becci setzt Hilfsmittel für Blinde durch

Kostenübernahme erkämpft

Die Kosten für Hilfsmittel durch die eigene Krankenkasse werden nicht immer übernommen. Das beinahe 90-jährige SoVD-Mitglied Herr Y bekam trotz fundierter Gründe eine Absage sowohl beim Antrags- als auch beim Vorverfahren. Es blieb dann nur der Weg zur Klage mithilfe des SoVD.

Herr Y war 88 Jahre alt, als er eine spezielle Kamera für seine Brille bei seiner Krankenkasse beantragte. Diese Kamera, die auf das Brillengestell montiert wird, hilft Blinden und hochgradig Sehbehinderten zum Beispiel beim Einkaufen, auf der Straße oder bei der Medikamenteneinnahme, indem sie Preisschilder, Zutatenlisten, Fahrpläne, also Texte vorliest, aber auch Gesichter erkennt. Dies ist enorm wichtig für die soziale Teilhabe und den Behinderungsausgleich. Blinde und hochgradig Sehbehinderte gewinnen dadurch an Selbstständigkeit. Diese Kamera ist bereits im Hilfsmittelverzeichnis der gesetzlichen Krankenversicherung enthalten.

Herr Y hatte sich bereits einem Erprobungstest unterzogen und diesen positiv abgeschlossen. Bildschirmlesegeräte sowie Vorlesegeräte waren leider nicht ausreichend. Was sprach nun dagegen, dass das Antragsverfahren bei der Krankenkasse schnell abgewickelt wird, damit Herr Y in seinem fortgeschrittenen Alter davon profitiert?

Die erste Absage bekam Herr Y von der Krankenkasse mit der Begründung, seine Frau würde die Einkäufe für ihn erledigen und ihn außerhalb der Wohnung ständig begleiten, somit brauche er die Kamera nicht.

Dagegen legte Herr Y selbst Widerspruch ein mit der Begründung, seine Frau sei 86 Jahre alt, könne ihn nicht jeden Tag auf allen Wegen außerhalb der eigenen Wohnung begleiten und er sei dadurch gezwungen, selbst Einkäufe zu erledigen.

Dann kam die zweite Absage: Mit einer Lupe sei die notwendige Versorgung sichergestellt. Das klingt für einen Menschen, der nahezu erblindet ist, wie eine Ohrfeige.

Herr Y hielt an seiner Motivation, oder besser gesagt, seiner Not fest, bat den SoVD um Unterstützung und erhob Klage. Letztendlich wollte er noch ein paar Jahre gut leben und seine kranke Frau so weit wie möglich entlasten. Er nutze kein Handy, könne dieses auch nicht bedienen, aber die



Foto: DariaTrofimova / Adobe Stock

Wenn die Sehkraft stark nachlässt, wird alleine Einkaufen ohne zusätzliche Hilfsmittel fast unmöglich.

Funktionen dieser besonderen Kamera habe er bereits erfolgreich getestet.

Während des Klageverfahrens kam die Stellungnahme der Krankenkasse mit einer dritten, negativen Begründung: Herr Y sei zwar geistig sehr rege, aber körperlich kaum belastbar und



Dario Becci

würde dieses Hilfsmittel nicht gebrauchen. Darüber hinaus gäbe es in der Zwischenzeit eine App für Smartphones, die ähnliche Leistungen erbringen würde.

Schade nur, stellte SoVD-Rechtsberater Dario Becci fest, dass Herr Y kein Handy bedienen könnte, man beide Hände sowie eine überdurchschnittliche Fingerfertigkeit für die Bedienung der App benötige und der Akku in sehr kurzer Zeit leer werde. All das klinge nicht wirklich wie eine Alternative, da unter ande-

rem die Hände für den Rollator gebraucht würden.

Damit konnte Herr Becci

Der SoVD klagte für sein Mitglied mit Erfolg vor dem Sozialgericht

nachweisen, dass diese ärztliche Leistung die drei Kriterien erfüllt und somit der gesetzlichen Krankenversicherung als wirtschaftlich gilt: Laut Paragraph 12 des Sozialgesetzbuches müssen die Leistungen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein. Sie dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.

Bei dem Erörterungstermin beim zuständigen Sozialgericht konnte sich die Richterin vergewissern, dass Herr Y nicht nur geistig sehr rege, sondern für sein Alter noch ziemlich fit ist und dass diese Kamera zurzeit das einzige geeignete Hilfsmittel auf dem Markt ist. Damit steht sie ihm zu.

Der Beklagtenvertreter gab vor Ort die Anerkennung ab, den negativen Bescheid zu erheben und die Kosten für die Brillenkamera inklusive Schulung zu übernehmen.

Es sind in der Zwischenzeit etwa anderthalb Jahre seit der Antragstellung vergangen. Herr Y verließ den Gerichtssaal mit einem Satz an den anwesenden Vertreter der Krankenkasse, der nett, aber entschieden formuliert wurde: „Warten Sie jetzt bitte nicht noch lange, um mir den Bescheid zu senden! Ich werde dieses Jahr 90 und möchte ihn noch erleben!“ *Dario Becci*

Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

die Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine machen sich auch in unserem Land empfindlich bemerkbar: Ständige Preiserhöhungen bei den Lebenshaltungskosten, insbesondere bei der Energieversorgung, aber auch in vielen anderen Lebensbereichen, haben bei den Menschen eine große Unsicherheit ausgelöst. Die Prognosen werden von der Mehrheit der Bevölkerung, aber auch von den Zukunftsforschern nicht gerade als rosig angesehen.

Darum ist es jetzt besonders wichtig, dass die Gesellschaft zusammenhält, aufeinander aufpasst und sich vor allem den „Schwächeren“ annimmt. Dafür steht der SoVD, der sich vor mehr als 100 Jahren aus dem Krieg heraus gegründet hat. Er setzt sich für die sozialen Belange der Menschen, für Frieden und Solidarität ein.

So ist es eine logische Folge, dass gerade in dieser schwierigen Zeit die neue Kampagne des SoVD unter dem Motto „Gemeinsam gegen einsam“ zur gegenseitigen Stärkung und Unterstützung in der Gesellschaft mit der außerordentlichen Bundesverbandstagung am 3. März in Berlin angestoßen wurde.

*Diese Aktion soll Ehrenamtliche mit ihren speziellen Fähigkeiten ermutigen, sich zur Unterstützung Betroffener in den unterschiedlichsten Lebensbereichen einzubringen, beispielsweise als Alltagsbegleiter*in für andere einzukaufen oder bei Terminen bei Ärzt*innen oder Behördengängen zu begleiten. Dies kann, wie uns Corona gezeigt hat, eine große Erleichterung sein. Als Digitallotse kann man zumeist älteren Menschen, denen es schwerfällt, digitale Geräte zu bedienen, helfen. Auch eine telefonische Begleitung mit einem kurzen Guten-Morgen-Gruß und der Frage, ob alles in Ordnung ist, kann einer alleinstehenden Person das Gefühl der Zusammengehörigkeit vermitteln und die soziale Isolation verringern. Als Kinderpate*in spielen Sie mit Kindern, betreuen sie bei den Hausaufgaben oder springen als Babysitter*in ein. So können Sie für die Eltern eine Hilfe und für die Kinder ein großer Gewinn sein, aber auch Ihr Alltag kann dadurch erfüllter werden. Als Krankenbesucher*in können Sie mit Einfühlungsvermögen und einem „offenen Ohr“ bei einem kranken oder pflegebedürftigen Menschen, der vielleicht kein familiäres Netzwerk hat, für sozialen Kontakt und Abwechslung sorgen.*

Sie haben schon immer ein großes Organisationstalent? Dann heißen wir Sie im „Team Projektmanagement“ ganz herzlich willkommen. Denn all unsere Aktivitäten und Projekte müssen gut geplant und koordiniert werden, Bringen Sie gerne Ihre Erfahrung und Ihr Wissen als Organisatorin oder Organisator ein.

Um für diese Aktion zu werben und in Ihrer Region bekannt zu machen, wird der Landesverband Baden-Württemberg in den nächsten Wochen jedem Kreis- und Ortsverband und jedem interessierten Mitglied auf Anfrage persönliche Hilfs- und Werbemittel für diese Aktion zukommen lassen.

Wenn Sie also gerne anderen Menschen helfen und deren Alltag erleichtern möchten oder eine eigene Idee haben, melden Sie sich gerne per E-Mail unter: ehrenamt@sovd-bawue.de, telefonisch in der Landesgeschäftsstelle oder direkt bei mir.

Ohne viel Zeitaufwand können Sie so Menschen unkompliziert „unter die Arme greifen“ und deren Leben ein wenig lebenswerter gestalten. Ihre Unterstützung ist uns mehr als willkommen!

*Der SoVD sieht hier jedoch besonders die Politiker*innen in der Pflicht, um die Ursachen von Einsamkeit zu reduzieren und hat seine Forderungen und Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit formuliert. Denn nur so ist es möglich, eine solidarische Gemeinschaft zu bleiben. In diesem Sinne bleiben Sie zuversichtlich!*

**Ihre Heike Sommerauer-Dörzapf,
Landesgeschäftsführerin**



**Heike
Sommerauer-Dörzapf**

Digitales Interventionsprogramm für Long-Covid-Patient*innen in Baden-Württemberg gestartet

Zwölf Wochen ganzheitliche Betreuung

Wissenschaftler*innen der Medizinischen Fakultät Mannheim, der Universität Heidelberg und der SRH Hochschule Heidelberg haben ein zwölfwöchiges digitales Gesundheitsförderungs- und Präventionsprogramm für Long-Covid-Patient*innen entwickelt, das im Januar 2023 mit 600 Teilnehmer*innen in Baden-Württemberg startete.

Die Studie heißt „MiLoCoDaS“, was sich aus „mild to moderate long covid digital intervention study“ zusammensetzt. Aktuell läuft die Aufnahme der interessierten Patient*innen in das Studienprogramm über die teilnehmenden hausärztlichen Praxen. Betroffene können sich hierzu an die Studienkoordination über die folgende Homepage wenden: <http://www.wieder-fit-nach-covid.de/>. Teilnehmen können Betroffene zwischen 18 und 67 Jahren. Sie benötigen zur Teilnahme lediglich ein mobiles Endgerät und einen Internetzugang. Lediglich für das Eingangsgespräch und den Studieneinschluss müssen Sie einmalig zu Ihrer Hausärztin oder Ihrem Hausarzt in die Praxis kommen.

600 Patient*innen erhalten Zugang zu der digitalen Lernplattform und können über einen Zeitraum von zwölf Wochen an einem Online-Gesundheits-training teilnehmen. Hierzu ge-

hören unter anderem Module wie Akzeptanz, Schmerz- und Emotionsregulation, kognitive Leistungsfähigkeit, Ressourcentraining oder Stressbewältigung. Ein Teil der Patient*innen erhält zusätzlich zu den zum Teil interaktiven Übungen auf der Lernplattform auch einen Zugang zu einem kursleitergestützten Webinar, in dem die Modulhalte zusammen mit anderen Betroffenen im geschützten Rahmen erarbeitet werden.

Ziel der Studie ist es, das allgemeine Befinden und die Selbstkompetenz der Patient*innen mit den Folgen ihrer Covid-19 Infektion besser umgehen zu können, signifikant zu verbessern. Gelingt dies den Wissenschaftler*innen, wäre hiermit ein wichtiger Schritt in Richtung evidenzbasierter digitaler Gesundheitsanwendungen (DiGa) getan. Die Digitalisierung in der medizinischen Versorgung zu verbessern, ist

auch ein erklärtes Ziel des Gesundheitsstandortes Baden-Württemberg.

„Und genau diese Herausforderung im Kontext von Long-Covid gilt es zu meistern! Die Patient*innen brauchen Unterstützung. Die Studienlage zeigt, wie heterogen und individuell das Beschwerdebild postviraler Krankheitsverläufe speziell nach einer Covid-19-Infektion ist. Das Spektrum reicht unter anderem von Erschöpfung, über respiratorische, kardiovaskuläre oder neurologische Symptome hin zu diversen psychologischen Beschwerden“, sagt Prof. Dr. Nadia Sosnowsky-Waschek, Studiengangsleiterin und Studiendekanin der SRH Hochschule Heidelberg.

„Im Rahmen des MiLoCoDaS-Programms haben wir eine große Bandbreite zentraler Gesundheitskompetenzen abgedeckt. Evidenzbasierte psychologische Techniken der Gesundheitsförderung haben



Foto: Maria / Adobe Stock

Mit Long-Covid braucht man nicht nur Hilfe bei den körperlichen Beschwerden, sondern auch Unterstützung für die Psyche.

wir multiprofessionell und systematisch mit ärztlichen und ernährungsphysiologischen Informationen sowie physiotherapeutische Übungen kombiniert. Dieser Ansatz kann durchaus als innovativ und zeitgemäß bezeichnet werden“, so die Professorin.

Die Studie nutzt bestehende hausärztliche Prozesse, um ein digital-basiertes, patientenzentriertes Pandemie-Behand-

lungskontinuum mit Fokus auf Post-COVID-19-Erkrankungen zu etablieren. Das Projekt wird vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg gefördert. Aktuell ist ein Folgeprojekt im betrieblichen Setting geplant, kündigte das wissenschaftliche Projektteam an. Hierfür werden noch teilnehmende Unternehmen gesucht.

Quelle: SRH Hochschule Heidelberg

Glückwünsche



Foto: smileus / Adobe Stock

*Wer sich allein langweilt,
ist auch zu zweit nicht sehr unterhaltend.*

Ben Kingsley

60 Jahre: 11.4.: Caterina Barrale, Albstadt; 22.4.: Brigitte Kudla, Biberach.

65 Jahre: 2.4.: Michael Hilkert, Weinheim; 17.4.: Karen Keller, Heilbronn.

70 Jahre: 11.4.: Johanna Kleiner, Schwenningen; 21.4.: Sonja Heinzmann, Eppingen; 26.4.: Bernd Huck, Bühl.

75 Jahre: 4.4.: Hans-Jürgen Wiest, Freiburg; 6.4.: Sonja Frieda Waßmer, Lörrach; 28.4.: Ewald Krampfert, Bühl.

80 Jahre: 17.4.: Dieter Theiß, Altlufheim; 29.4.: Lothar Schneider, Kressbronn.

94 Jahre: 7.4.: Lieselotte Apel, Albstadt.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im April ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Den Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an.

Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

5 Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße 35, 88045 Friedrichshafen.

Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den einzelnen Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt. Bei dringenden Anliegen können nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung auch außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden. Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online- bzw. Videoberatungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 13 Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach vorheriger Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 Uhr bis 11.30 Uhr im Gasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283/54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in den Räumen der Zehntscheune, Untere Mühlestraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Termin-

vereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Heidegard Busch (1. Vorsitzende), Tel.: 06205/15 190.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden jeden ersten und dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heselach, Gebrüder-Schmid-Weg 13 in 70199 Stuttgart, statt.

Bitte melden Sie sich bei Bedarf bitte unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621/84 14 172 oder Wolf-Dieter Klink (1. Vorsitzender) unter Tel.: 07071/92 09 090 zur Beratung an.

Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Beratungstermine vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.

Landesvorsitzender Joachim Wittrien im Rathaus: Austausch mit Bürgermeister

„Wir lassen niemanden allein“

Mitte Februar war der Landesvorsitzende des SoVD Bremen, Joachim Wittrien, zum Gespräch beim Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD). Beide kennen sich lange und gut – und so ergab sich sofort ein sehr offener Meinungsaustausch.

Drei Themen standen im Mittelpunkt: die Sicherheit im Bereich des Bahnhofes und damit auch der SoVD-Landesgeschäftsstelle, die Energiepreiskrise und die wirtschaftlichen Probleme einiger Pflegeheime.

Zum letzten Punkt machte Bovenschulte klar, dass die Stadt sich in letzter Konsequenz um Menschen in Pflegeheimen kümmern würde, deren Betreiber insolvent sind: „Niemand muss Sorge haben, zurückgelassen zu werden. Man muss jetzt aber erst einmal die in die Verantwortung nehmen, die die Verantwortung tragen.“ Das sind: Insolvenzverwalter, Investoren und Pflegekassen. Sie müssten Lösungen finden, die den Interessen der Bewohnenden entsprechen. „Nur, wenn es gar keine Lösung gibt, muss die Stadt dafür sorgen, dass niemand Schaden an Leib und Leben nimmt“, so der Bürgermeister.

Strategie für Pflegeheime, Energiekrise und Sicherheit

Diese Festlegung begrüßte Wittrien sehr: „Unsere Mitglieder haben große Sorgen: ‚Wenn mir so etwas passiert, was wird dann?‘ – Das Wort des Bürgermeisters ist ihnen da wichtig.“

Zur Energiepreiskrise stimmten Wittrien und Bovenschulte darin überein, dass sie für viele Menschen eine schwere Belastung darstellt. Bund und Länder würden nach Kräften mit mehreren Instrumenten dagegenhalten, so Bovenschulte – etwa mit den Preisbremsen für Gas, Öl



Fotos: Senatspressestelle

Sprachen im Rathaus: Bremens Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte und der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien (v. li.).

und Holzpellets, dem Wohngeld Plus oder dem auf Bremer Initiative vom Bundesrat beschlossenen Moratorium für Energie-sperren für Verbraucher*innen, die ihre Rechnung nicht bezahlen können. Gleichzeitig beobachtet aber Wittrien: „Für unsere Mitglieder ist das keine leichte Situation. Den meisten ist aber auch sehr bewusst, dass ein Krieg eine noch viel schlimmere Situation ist.“

Hinsichtlich des Drogen- und Sicherheitsproblems rund um den Bahnhof sei zu beobachten, dass die Lage sich entspannt habe, seit die Polizei dort verstärkt auftritt, hob Wittrien hervor. Die Besucher*innen, aber auch die Beschäftigten der Landesgeschäftsstelle würden das merken – und begrüßen. Bovenschulte erläuterte, dass die Stadt mit der Doppelstrategie von „Härte und Hilfe“

vorgehe: Härte gegenüber Drogendealern, Hilfsangebote für Drogenabhängige, Obdachlose und Alkoholranke. Zwar dürfe niemand erwarten, dass es rund um den Bahnhof eines Tages überhaupt keine Probleme mehr gebe. „Unser Ziel ist es aber, das auf ein Niveau zu bringen, mit dem die Gesellschaft umgehen kann.“

Stimme des SoVD stößt bei Politik auf offene Ohren

Wittrien betonte nach dem Gespräch, dass „Sicherheit, Pflege, Energiepreise für unsere Mitglieder sehr wichtige Themen sind. Sie wollen sich in der Öffentlichkeit bewegen können, sich ihre Wohnung leisten und später gut und in freundlicher Umgebung gepflegt werden, wenn es nötig wird. Alles sind Themen, die sich nicht von allein regeln, sondern die bewusstes und aktives Eingreifen der Politik brauchen. Daher freue ich mich, wenn wir dort auf offene Ohren stoßen.“

Bürgermeister Bovenschulte würdigte abschließend die Arbeit des SoVD ausdrücklich: „Der Sozialverband Deutschland nimmt eine wichtige Rolle ein und tritt für seine Mitglieder ein. Er ist damit gerade in sozialpolitischen Fragen eine wichtige Stimme. Ich schätze es daher, wenn er nicht nur über Politik spricht, sondern auch den Kontakt in die Politik hält und dort mit Rat und Tat, mit Kritik und Information zur Verfügung steht.“

Quelle: Senatspressestelle



Angeregte Diskussion über aktuelle soziale Themen, die die Mitglieder des SoVD in Bremen besonders beschäftigen.



Ansichten

Liebe Mitglieder,

haben Sie auch den Eindruck, dass sich die Corona-Lage entspannt und wir in ruhigeres Fahrwasser einbiegen? Endlich wieder ohne Einschränkungen die Osterwiese genießen, endlich wieder die ganze Familie zu Ostern einladen, endlich wieder sorglos bummeln? Das tut richtig gut!

Auch unserem Verbandsleben kommt diese Entwicklung zugute, denn jetzt können die alten Aktivitäten wieder aufleben: Schulungen und Veranstaltungen wie vor Corona, und auch die Wahlen in den Kreis- und Ortsverbänden konnten bereits wie geplant stattfinden.

Das freut uns besonders, denn 2023 verspricht ein spannendes Jahr zu werden – ein Jahr der Wahlen! Nach den Wahlen in den Kreisverbänden (in denen die 1. Kreisvorsitzenden übrigens einstimmig bestätigt wurden) schauen wir auf die Landesverbandstagung im Mai. Sie mündet in die Bundesverbandstagung im November.

Natürlich ist dieses Stück Normalität mit Vorsicht zu genießen, aber es gibt Licht am Ende des Tunnels, das finde ich sehr beruhigend.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Osterfest! Genießen Sie den Frühlingsanfang!



Joachim Wittrien

Beste Grüße

Joachim Wittrien, 1. Landesvorsitzender

Monatlicher Newsletter

Mitglieder, die gern einmal im Monat (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen und Tipps erhalten möchten, bittet der Landesverband um eine E-Mail an: newsletter@sovd-hb.de.

Unterstützer*innen im Ehrenamt gesucht

Sich aktiv einbringen

Zur Unterstützung seiner Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Bremen noch Interessierte.

Möchten Sie gerne neue Kontakte knüpfen und etwas aus Ihrer freien Zeit machen? Suchen Sie eine neue Aufgabe?

Wer sich davon angesprochen fühlt und Näheres über die Tätigkeiten erfahren möchte, wendet sich bitte an die zuständige SoVD-Kreisgeschäftsstelle – wir freuen uns auf Ihren Anruf!

- Kreisverbände Bremen, Bremen-Nord: Tel.: 0421/16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471/28 006.

www.sovd-hb.de



Foto: Ulrich Müller / Adobe Stock

KV/OV Termine

Ortsverband Bremen Blumenthal-Farge

19. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Bremen Gröpelingen

5. April, 10 Uhr: Frühstück.
15. April, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen. Näheres folgt.

Veranstaltungsort für beides: „Kultur vor Ort“ e. V., Liegnitzstraße 63 a, 28237 Bremen.

Die Rundschreibenverteilung fällt in der Zeit von März bis Juni aus!

Ortsverband Bremen Lesum

17. April, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Vorstandssitzung im Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack bei „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

Ortsverband Bremen Vegesack

27. April, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum E03, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Ortsverband Bremerhaven Leherheide

14. April, 15 Uhr: Infonachmittag in der Lukaskirchengemeinde, Louise-Schröder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

11. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Altbürgerhaus, Neulandstraße 48, 27576 Bremerhaven.

Tagesordnung

... für die Jahreshauptversammlungen mit Wahlen:

- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisor*innen,
- Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung,
- Wahl des Ortsvorstandes,
- Wahl der Revisor*innen,
- Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung,
- Entlastung des Ortsvorstandes.

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Er wünscht für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

All denjenigen, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremen hat gewählt – Klaus Möhle bleibt Vorsitzender

Tagung mit Vorstandswahlen

Der Kreisverband Bremen tagte am 11. Februar im „Forum K“ des Rotes Kreuz Krankenhauses Bremen. Zu den Höhepunkten zählte die Wahl des neuen Vorstandes, damit auch die des Kreisvorsitzenden: Die Delegierten bestätigten Klaus Möhle zum zweiten Mal einstimmig als 1. Kreisvorsitzenden.

Vor der Eröffnung gedachten alle der Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien. Möhle begrüßte dann die stimmberechtigten Mitglieder sowie hauptamtliche Mitarbeitende und Gäste. Er freute sich sehr, Bremens Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte (SPD) und den 1. Landesvorsitzenden Joachim Wittrien willkommen zu heißen.

Nach den Grußworten und Geschäftsberichten verlas Uwe Poggenhorn, Sprecher der Revisor*innen, den Revisionsbericht. Der ganze Vorstand wurde entlastet.

Die Wahl ergab den neuen Kreisvorstand: Der 1. Vorsitzende ist erneut Klaus Möhle, flankiert von den beiden 2. Vorsitzenden Erhard Flemming und Marco Bockholt. Zum Schriftführer wurde Udo Schmidt gewählt, zur Schatzmeisterin Andrea Sedlaczek und zur Frauensprecherin Rosemarie Kovač.

Revisor*innen sind Gisela Nawroth, Guido Wilharm, Thomas Rivero Garcia und Axel Stemmer. Als Beisitzer*innen wurden gewählt: Monika Bretthauer, Gonda Flemming, Gundula Müller-Drefahl, Marion

Muhs, Elke Scharff, Marianne Stelzenmüller, Christian Darge, Jürgen Höptner, Joachim Jung, Uwe Poggenhorn, Volker Scharff und Thomas Schwerdtner.

Der 1. Vorsitzende zählt auf die aktive Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Kreisvorstand: „Vor uns stehen echte Herausforderungen“, so Möhle, „in diesen schwierigen Zeiten sind wir als SoVD gefragt! Natürlich bleibt die Mitgliederberatung Kernaufgabe, aber darüber hinaus müssen wir auch politische Orientierung bieten, sozusagen als Kompass in rauen Zeiten.“



Geschäftsführender Vorstand, v. li.: Rosemarie Kovač, Marco Bockholt, Erhard Flemming, Andrea Sedlaczek, Klaus Möhle, Udo Schmidt.



Grußwort des Bürgermeisters Dr. Andreas Bovenschulte.

Damit letzte Wünsche todkranker Menschen in Erfüllung gehen

Spende an den Wünschewagen

Der SoVD besuchte am 22. Februar den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Bremen. Dabei überreichten der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien und Reinhard Röpke, 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Lesum, einen Spendenscheck in Höhe von 500 Euro an das ASB-Projekt „Wünschewagen“.

Der speziell ausgestattete Krankenwagen erfüllt sterbenskranken Kindern und Erwachsenen am Ende ihres Lebens noch einen Herzenswunsch: Sie werden kostenlos ein letztes Mal an ihren Lieblingsort gefahren.

Das Projekt startete im Frühjahr 2019, ist rein ehrenamtlich getragen und nur durch Spenden finanziert – für Todkranke aus Bremen und Umgebung. Es setzt da an, wo Angehörige überfordert sind, weil der*die Patient*in

nur liegend transportiert werden kann, pflegerische oder medizinische Betreuung braucht oder sich die Familie den Ausflug nicht zutraut. Damit die Fahrt sicher verläuft, sind Pflegekräfte, Rettungsfachkräfte und Ärzt*innen freiwillig im Einsatz.

„Wir haben uns gefreut, die Arbeit des ASB vor Ort kennenlernen zu dürfen. Es war ergreifend, die Geschichten des Wünschewagen-Teams zu hören. Vom Engagement der beteiligten Profis sind wir sehr beeindruckt“, so Wittrien nach dem Gespräch mit Projektleiterin Sarah Stahmann. Er war mit Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski und Reinhard Röpke vom Kreisverband Bremen-Nord beim ASB in Walle. „Unsere Institutionen haben viele thematische Schnittpunkte. Wir bleiben im Kontakt. Wenn sich gemeinsame Projekte ergeben, sind wir dabei!“



SoVD-Scheckübergabe am Wünschewagen, v. li.: Joachim Wittrien, Reinhard Röpke, Sarah Stahmann (ASB) und Diana Maleschewski.

Kinder- und Jugendarmut im Anstieg – neues Hamburger Gesetz kommt endlich

Kinderrechte in die Verfassung

Drucksache 22 / 10946: Hinter diesem Kürzel verbirgt sich ein Meilenstein, nämlich der „Antrag der Fraktionen der SPD, Grünen und CDU“ an die Bürgerschaft, „Kinderrechte in der Präambel der hamburgischen Verfassung (zu) verankern“. Der SoVD begrüßt diesen nötigen Schritt: „Dass Hamburg die UN-Kinderrechtskonvention von 1992 umsetzt, ist überfällig“, sagt Landeschef Klaus Wicher.

Schon lange setzen sich Pädagog*innen dafür ein, Kinderrechte ins Grundgesetz und in die Landesverfassungen der Bundesländer zu nehmen. „Diese Institutionalisierung von Kinderrechten ist gut, weil sie die Rechte der Kinder stärkt und ihre Bedeutung für die Zukunft würdigt. Das ist gerade angesichts der aktuellen Situation geboten. Denn die derzeitige Inflation bedrängt auch in Hamburg Kinder und ihre Familien.“

Zum Schutz gehört auch, Armut zu bekämpfen

Kinderarmut aber ist kein neues Problem. Wicher verweist auf eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Danach sind in Deutschland 2,88 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie 1,55 Millionen junge Menschen zwischen 18 bis 25 Jahren armutsgefährdet (2021). Mehr als jedes fünfte Kind ist von Armut bedroht. „Dies gilt auch für Hamburg mit 20,7 Prozent. Seit 2005 steigt die Quote.“

Die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung setzt ein Zeichen. Konkret Hilfe leistet eine Kindergrundsicherung. Wicher kritisiert, dass sie zu

Beginn der Legislatur zentrale sozialpolitische Aufgabe des Bundes war, derzeit aber aufgrund finanzieller Kalküle neu diskutiert wird. „Angesichts der steigenden Kosten für Miete, Energie und Lebensunterhalt dürfen Familien mit Kindern nicht in einen Strudel von Armut und Bildungsungleichheit gezogen werden. Hamburg kann zwar das Sozialsystem nicht umgestalten, aber eigene Wege gehen und kommunale Lebens- und Arbeitsbedingun-

gen modellieren: Hamburg kann Eltern pädagogisch beraten, die berufliche Lage der Eltern verbessern, das soziale Umfeld verändern und Kinder aus schwächeren Familien in Kita und Schule fördern und ein Landesfamiliengeld einführen.“

SoVD für höhere Regelsätze und Kindergrundsicherung

Von Armut betroffen oder bedroht sind vor allem Kinder in Alleinerziehenden- und Mehrkinderfamilien. Junge Erwachsene in Hamburg trifft Armut noch mehr: Fast jede*r Dritte (29 Prozent) zwischen 18 und 25 ist gefährdet, so die Studie; Frauen stärker als Männer (31 und 27 Prozent). Insgesamt haben junge Erwachsene das höchste Armutsrisiko aller Altersgruppen – in allen Bundesländern. „Viele dieser jungen Menschen oder Familien mit Kindern brauchen Sozialleistungen wie Bürgergeld. Aber die Regelsätze sind zu niedrig, gerade angesichts der Inflation“, so Wicher. „Wir fordern nicht nur die Erhöhung des Bürgergeldes um mindestens 150 Euro, sondern auch eine schnelle Umsetzung der geplanten Kindergrundsicherung.“



Kinder brauchen Schutz – und gleiche Chancen im Leben.

Hamburg kann eigenen sozialpolitischen Weg bei der Hilfe für Familien gehen

Familiengeld wie in Bayern?

„Schau'n mer mal“ ... gen Süden: In München ist es im Winter zwar durchschnittlich zwei Grad kälter als in Hamburg, aber zuweilen zeigt Bayern doch (soziale) Wärme. Eltern erhalten dort für Kinder im zweiten Lebensjahr 250, im dritten Jahr 300 Euro Familiengeld pro Monat – und zwar unabhängig vom Einkommen und ohne Anrechnung auf Sozialleistungen.

Das entlastet ordentlich. Die hohen Ausgaben für den Lebensunterhalt, Mieten, Nahrungsmittel oder Energie, treffen besonders Familien. SoVD-Landeschef Klaus Wicher fordert ein Hamburger Familiengeld – wie in Bayern. Denn Hamburg kann zwar die Sozialgesetzbücher nicht neu schreiben, aber interpretieren. Es kann eigene sozialpolitische Wege zur Unterstützung von Familien gehen. Wicher fragt: „Warum folgt Hamburg nicht dem Beispiel von Bayern?“

Dort entschied der Landtag 2018, Familien mit kleinen Kin-

dern durch ein Familiengeld zu unterstützen. Unabhängig von elterlichem Einkommen und von der Betreuung (in der Kita oder zu Hause) gibt es im zweiten und dritten Lebensjahr Zuschüsse. Und: Das Familiengeld zählt nicht als Einkommen, unterliegt also nicht der Steuer oder möglicher Pfändung und wird beim Bürgergeld nicht angerechnet.

Hier hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales interveniert: Die Förderung müsse auf das Bürgergeld angerechnet werden. Doch die Landesregierung obsiegte. „Das zeigt, dass Länderlösungen

machbar sind!“, so Wicher. Dass Länder sozialpolitisch nicht eigeninitiativ werden können, sei ein Mythos – wie der, dass es in Hamburg mehr regnet als in München.

Für Wicher ist das Familiengeld verwaltungstechnisch einfach umzusetzen. Kritisch sieht er das Gießkannenprinzip: „Wenn Empfänger*innen von Bürgergeld, Geringverdienende und wohlhabende Familien das Gleiche bekommen, verwässert das den Gedanken der Hilfe in Not. Hier sollte das Hamburger Familiengeld nach Möglichkeit unterscheiden.“



Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

der SoVD ist der größte und leistungsfähigste Sozialverband in Hamburg. Ich nehme an dieser Stelle jeden Monat Stellung zu aktuellen Themen.

Eine gute Nachricht zuerst: Trotz der schwierigen Situation für viele Menschen in der Stadt – der SoVD Hamburg wächst, denn wir gewähren Stabilität, Sicherheit und Unterstützung.

Nun zur Politik: In Hamburg haben Bündnis 90/Die Grünen ihre soziale Politik weiter gestärkt. Das ist gut so, denn viele hatten schon den Eindruck, dass sie sich zu einer Ein-Thema-Partei entwickeln. Sie haben auf ihrem Landesparteitag Ende Februar beschlossen, dass mehr Sozialwohnungen gebaut werden sollen. An der Frage, wie das umgesetzt werden soll, muss allerdings noch gearbeitet werden.

Eine Partei, die sich zu Volkspartei entwickeln will, muss sich auch solcher Themen wie Armut und soziale Gerechtigkeit stärker annehmen. Denn Armut wächst in der Stadt rasant. Das bedeutet, dass eine zunehmende Zahl Menschen nicht mehr über den Monat kommt. Der SoVD erwartet von der bei den letzten Wahlen erstarkten Regierungspartei nicht nur Appelle an die Bundesregierung, der sie ja selbst angehört, sondern konkrete öffentliche Initiativen zur Überwindung der sozialen Spaltung in der Stadt und konkrete Hilfen für Menschen in Not. Ein Anfang ist auf dem Landesparteitag gemacht. Die Grünen sind sich nicht zu schade, in ihrem Thema Klima- und Umweltschutz öffentlich Position auch gegen den Regierungspartner zu beziehen. Dieses vehemente Eintreten für eine Position wünschen wir uns ebenfalls auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Unsere Vorstellungen liegen auf dem Tisch: die Erhöhung der Grundsicherung im Alter, Hilfen für einkommensschwache Pflegebedürftige durch Übernahme der Investitionskosten des Pflegeheimes oder die Einführung eines Familiengeldes. Das alles ist bekannt, möglich und würde sofort entlasten.

*Ganz dringend ist die Arbeit in den Behörden zu reformieren. Grundsicherungsanträge beispielsweise sind zu lang und zu kompliziert, Bescheide schwer lesbar und kommen spät, Auszahlungen lassen auf sich warten. Die Probleme sind bekannt und kommen jetzt in schwieriger Zeit auf den Tisch. In dieser Phase muss die Arbeit der Behörden erneuert werden, sodass man auch regelmäßig persönliche Beratungstermine bekommt. Einmal ganz klar gesagt, nicht alles ist mit der Digitalisierung zu lösen. Nicht alle können mit dem Internet und Smartphone umgehen, und viele können es sich nicht leisten. Sie brauchen den unmittelbaren, unkomplizierten Zugang zu den Behördenmitarbeiter*innen. Der SoVD wird die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder und der Menschen in schwierigen Situationen weiter im Blick behalten.*

Eine starke Gemeinschaft kann mehr erreichen – jetzt Mitglied werden!

**Ihr Klaus Wicher
1. Landesvorsitzender**



Foto: JFL Photography / Adobe Stock



Klaus Wicher, Sabine Ritter und Thomas Iwan tauschten sich aus.

Politischer Dialog des SoVD Hamburg

Im Gespräch: Die Linke

Im Rahmen seines Parteidialoges trifft der SoVD Hamburg alle demokratischen Parteien an der Elbe, dieses Mal Die Linke: Die im Herbst gewählten Sprecher*innen machten ihren Antrittsbesuch.

SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher sprach mit Sabine Ritter und Thomas Iwan von der Hamburger Linkspartei über kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, Straßenbahn, Mietpreise, sozialen Wohnraum, einen Hamburger Mindestlohn von mindestens 15,50 Euro pro Stunde und über Entlastungen für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, etwa in Form eines Klimabonus. Man war sich einig – besonders in der Forderung, dass soziale Gerechtigkeit weit oben auf der Polit-Agenda rangieren muss.

Kooperation mit Ergo

Die Ergo-Versicherung wirbt mit dem Slogan „günstig“, der SoVD Hamburg hat ihn erweitert: günstig, weil Ergo ein Partner des SoVD ist. Denn Mitglieder, aber auch ihre Ehe- oder Lebenspartner*innen, mit denen sie zusammenleben, haben Vorteile beim Versicherungsschutz. Wer möchte nicht, dass man selbst, aber auch Familie und Angehörige gut abgesichert sind? Für viele Versicherungen hat der SoVD vergünstigte Konditionen ausgehandelt – von der privaten Unfallversicherung über Sterbevorsorge bis zum Rechtsschutz: SoVD-Mitglieder können Leistungsvorteile und Rabatte in Anspruch nehmen.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, ob unter Tel.: 040/611 60 70 oder per E-Mail an: info@sovd-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr, Fr 9–14 Uhr.

- **SoVD-Beratungszentrum Harburg**
Achtung, nach Umzug neue Adresse: im Mieterverein, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg, Beratung zum Rentenantrag nach Terminvereinbarung. Öffnungszeiten: Di 9–12 Uhr.

- **SoVD-Beratungszentrum Altona (neu)**
Mieterverein, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di–Do 9–12 Uhr.

- **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt (neu)**
Kulturhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: Mi 9–12 Uhr.

- **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf**
DGB-Gewerkschaftszentrum, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr 10–12 Uhr.

Weitere Infos online auf: www.sovd-hh.de oder telefonisch unter: 040/611 60 70.

SoVD fordert Vernetzung – soziale Gerechtigkeit grün, Klimawandel sozial

Soziale Ökologie entwickeln

Wer im kürzlich verabschiedeten Entwurf zur Novellierung des Hamburgischen Klimaschutzgesetzes das Wort „sozial“ sucht, findet – nichts. Klaus Wicher, Hamburgs SoVD-Landeschef, kritisiert: „Sonst wird oft eine vernetzte Strategie gefordert. Das sollte auch bei Ökologie und Sozialpolitik so sein.“

Wicher verweist auf drei Kernbereiche einer nachhaltigen, (nicht unbedingt parteipolitisch-)grünen Politik: Mobilität, Klimaschutz & Wohnen, Ernährung & Landwirtschaft. „Wir sagen: Soziale Gerechtigkeit muss grün gedacht, der Klimawandel sozial sein“, sagt er. Es gebe viele Schnittstellen zwischen grünen und sozialpolitischen Themen, zwischen Umwelt- und Sozialökologie.

Er gibt Beispiele: „Eine Verkehrswende muss berücksichtigen, dass Ältere den Arzt in der City erreichen müssen, dass der ÖPNV günstig und für bedürftige Menschen kostenfrei ist und viele Menschen aufgrund hoher Mieten am Stadtrand oder außerhalb der Stadt wohnen und auf das Auto angewiesen sind.“ Zu Ernährung und Landwirt-

schaft führt er aus: „Gesunde Nahrung muss auch möglich sein bei wenig Einkommen oder Rente“; zu Wohnen und Bauen: „Wärmeisolierung und Photo-



Wärmedämmung etwa ist teuer.

voltaik sind sinnvoll. Aber energetische Maßnahmen müssen auch für die bezahlbar sein, die zum Beispiel ein altes Haus bewohnen. Das betrifft besonders ältere Menschen mit kleinen Einkommen. Umgelegte Sanierungskosten dürfen Mieten nur soweit verteuern, wie sie Heizkosten einsparen.“

Wicher erinnert ans Hamburger Klimaschutzgesetz 2020. Darin steht: „Im Rahmen der Erreichung der Ziele nach Absatz 1 sind das Prinzip der Sozialverträglichkeit und das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu berücksichtigen“. Das sei mehr als im 2021er-Entwurf des Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes; da steht: „Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen werden berücksichtigt.“

Equal Pay Day am 7. März gab Urteil Nachdruck: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Beim Gehalt kein „Gendern“

Im März unterstrich der Equal Pay Day (Tag der Entgeltgleichheit) die Bedeutung eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts. Nur knapp drei Wochen, bevor am 7. März der Aktionstag im Kalender stand, fiel am 16. Februar eine wegweisende Entscheidung zur Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern.

Arbeitgebende müssen grundsätzlich dem Prinzip „Gleicher Lohn für alle“ folgen, auch wenn ein männlicher Kollege individuell mehr Gehalt fordert und bekommt. „Das Urteil stellt zum ersten Mal klar, dass nicht das Verhandlungsgeschick über Bezahlung entscheidet“, sagen SoVD-Landeschef Klaus Wicher und SoVD-Landesfrauensprecherin Susanne Langhagel.

Der Equal Pay Day brachte es wieder zutage: Der Gender Pay Gap, die geschlechtsspezifische Lohnlücke, liegt auch in Hamburg

bei 18 Prozent. Frauen verdienen 2022 durchschnittlich 22,19 Euro brutto pro Stunde, Männer 27,15 Euro. In Hamburg war der Unterschied in den Vorjahren größer gewesen als im Bundesdurchschnitt. Er hatte 2021 an der Elbe bei 21 Prozent gelegen, im Bund bei 18 Prozent. Allerdings liegt den Daten eine andere Methode als bisher zugrunde, sodass die Ergebnisse nur eingeschränkt vergleichbar sind.

Der Gender Pay Gap bedeutet, dass Frauen bis zum 7. März 2023 unentgeltlich arbeiteten,

um die Einnahmen der Männer von 2022 zu erreichen.

„Der Entscheid am obersten Arbeitsgericht ist ein Zeichen, Entgeltgleichheit zu fordern, obwohl individuelle Löhne ausgehandelt wurden“, so Wicher und Langhagel. Einzelne Abmachungen bei gleicher Leistung sind nicht erlaubt und nicht durch arbeitgeberische Vertragsfreiheit gedeckt. Arbeitgeber*innen dürfen Verdienstunterschiede von Frauen und Männern nicht mit unterschiedlichem Verhandlungsgeschick begründen.

SoVD Hamburg hilft – über soziale Projekte und Einrichtungen

Fonds für Menschen in Krisen

Der SoVD Hamburg hat mit jeweils 3.000 Euro bedürftige Frauen über verschiedene Einrichtungen unterstützt. Hierzu gehören die „Kemenate“, ein Projekt für wohnungslose Frauen, die „Fähre“ und auch das SoVD-Sozialkaufhaus.

Die Kemenate hilft wohnungslosen Frauen etwa bei der Wohnungssuche. Bei der Fähre ist der Name Programm: Die Hamburger Institution will durch vermeintlich unpassierbare Fährnisse (des Lebens) führen. Seit 1972 begleitet sie Menschen in psychischen Krisen. Die Fähre setzt über zu einem möglichst selbstbe-

stimmten Leben und betreut – ambulant oder stationär – Menschen auf ihrem Weg in die eigene Wohnung, in eine betreute Wohngemeinschaft, in Arbeit oder in Reha-Maßnahmen. Und das SoVD-Sozialkaufhaus schließlich ermöglicht Menschen mit „kleinem Geldbeutel“ einen günstigen Einkauf.





Kerstin Römer am Tisch mit Bundespräsidenten Walter Steinmeier und seiner Gattin.



Bundeskanzler Olaf Scholz und Kerstin Römer.



Foto: Monika Lück

Monika Lück lauschte Sarajevos Vize-Bürgermeisterin Anja Margetic (links), die per Internet dazugeschaltet war.

Landesvorsitzende beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten

Große Ehre für Kerstin Römer

Die Überraschung war groß, als Landesvorsitzende Kerstin Römer eine Einladung zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten ins Schloss Bellevue erhielt. Sie zählte zu den 70 Gästen, denen für besondere Verdienste um das Gemeinwohl gedankt wurde.

Mit einer solchen Auszeichnung hätte die Halberstädterin nie gerechnet. Kerstin Römer freute sich: „Es ist schon eine besondere Wertschätzung, mit all den vielen Menschen aus ganz Deutschland von unserem Staatsoberhaupt und seiner Frau empfangen und begrüßt zu werden. Mit Sicherheit für jeden Einzelnen ein unvergessliches Erlebnis.“

Das Schloss Bellevue ist bar-

rierefrei zugänglich – mit optisch schönen Lösungen, wie Kerstin Römer nach ihrem Besuch berichtete. Im Anschluss an den Empfang begegnete sie auch Bundesministern und dem Bundeskanzler. Sehr beeindruckend waren vor allem die Gespräche mit den Menschen, die sich in allen Lebensbereichen ehrenamtlich engagieren.

SoVD-Landesvorsitzende Kerstin Römer setzt sich neben

ihrem ehrenamtlichen Engagement für den SoVD seit über 30 Jahren aktiv für mobilitätseingeschränkte Menschen in ihrem Landkreis sowie in der Stadt Halberstadt ein. Sie versucht, Entscheidungsträger und Mitmenschen für das Thema Barrierefreiheit zu sensibilisieren und weist immer wieder auf die Wichtigkeit der Barrierefreiheit hin, gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel.

Internationaler Aktionstag „One Billion Rising“ in Magdeburg

Mit Tanzen aufmerksam machen

Sachsen-Anhalt Ein Magdeburger Aktionsbündnis aus Frauenprojekten und Sozialverbänden wie dem SoVD beteiligten sich am 14. Februar an der weltweiten Aktion „One Billion Rising“. Seit 2013 beteiligen sich Frauen, Männer und auch Kinder einmal im Jahr an diesem Aktionstag.

Um ein Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen und für Gleichstellung und Solidarität mit allen Frauen zu setzen, trafen sich die Frauen des Netzwerkes in diesem Jahr vor dem Landtag in Magdeburg.

Kinder und Jugendliche hatten eine Choreografie einstudiert. Den Startschuss zum Tanzen auf dem Domplatz in Magdeburg gab der Song „One Billion“ von der Rapperin „Sookee“. „Für mich war es sehr beeindruckend, mit wie viel Leidenschaft die Tanzschritte einstudiert und dargeboten wurden“, stellte SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück fest. „Sie zeigten damit kollektive Stärke und globale Solidarität über alle Grenzen hinweg.“



Foto: Monika Lück

Mit Leidenschaft präsentierten die Frauen und Mädchen ihren Tanz vor interessiertem Publikum.

Brücken zwischen Sarajevo und Magdeburg

Freundschaftliche Bande

Sachsen-Anhalt Auf der Tagesordnung des jüngsten Politischen Runden Tisches der Frauen stand ein Austausch mit Frauen aus der Partnerstadt Sarajevo sowie die Vorstellung der Geschichten aus dem Buch „Fenster nach Sarajevo und Magdeburg“ anlässlich der seit 45 Jahren bestehenden Städtepartnerschaft.

Heike Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg, begrüßte die Netzteilnehmerinnen im Hansesaal des Alten Rathauses sowie die live aus Sarajevo zugeschaltete stellvertretende Bürgermeisterin Anja Margetic, die ehemalige Leiterin der Musikschule, eine Dichterin und eine Mitarbeiterin des Goethe-Instituts, die als Kind in Magdeburg lebte. Autorin Cornelia Marks übersetzte die Gespräche, sodass ein reger Austausch möglich war.

Bei dem aktuellen Treffen diskutierten die Teilnehmerinnen über Erfahrungen aus Frauenprojekten in Magdeburg und Sarajevo. Gemeinsam bekräftigten alle Beteiligten, unter ihnen auch SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück, weiterhin die Kontakte zu pflegen und Projekte zu unterstützen. Heike Ponitka erinnerte daran, dass zum Beispiel 2020 mit Hilfe von Spenden ein Krankenwagen an die Verantwortlichen in Sarajevo übergeben werden konnte.

Vizebürgermeisterin Anja Margetic aus Sarajevo bedankte sich für die jahrelange Städtepartnerschaft und informierte über die Situation der Frauen während des Krieges und in der heutigen Zeit. So ist es für Frauen nicht immer einfach, wegen der drei Religionen im Land politisch aktiv zu werden. In der Kultur dagegen sind Frauen sehr aktiv, was häufig den Neid der Männer hervorruft. Zudem ist Korruption immer noch das größte Problem im Land.

Ein weiterer Programmpunkt des Treffens war die Vorstellung des Buches „Fenster nach Sarajevo und Magdeburg“ von Cornelia Marks. Es wurde in Kooperation mit dem Gleichstellungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg anlässlich des Jubiläums „45 Jahre Städtepartnerschaft Sarajevo und Magdeburg“ erstellt. In dem Buch werden Lebensgeschichten von Frauen im 20. und 21. Jahrhundert in Zusammenhang mit Krieg, Flucht und Exil erzählt. Die Autorin interviewte Frauen in Sarajevo und Magdeburg und entdeckte erstaunliche Gemeinsamkeiten trotz der unterschiedlichen Lebensumstände.

Einige Frauen, die als bosnische Flüchtlinge nach Sachsen-Anhalt kamen, haben sich hier kennengelernt und angefreundet. Die Freundschaft und Verbundenheit hält bis heute an. Diese Freundschaften existieren seit über fünfzehn Jahren auch zwischen Schriftstellerinnen aus Bosnien und Herzegowina und Sachsen-Anhalt. Ihre Lebendigkeit und Verbundenheit spiegelt sich im vorliegenden Buch in Texten und Bildern. Neben Prosa finden sich auch Gedichte und ein Essay von den bedeutendsten Lyrikerinnen aus Bosnien und Herzegowina, die von diesen schönen und kreativen Beziehungen erzählen. Dazu gibt es Fotos, die Sarajevo zeigen und die Erzählungen veranschaulichen.



Die Veranstaltungsangebote des Kreisverbandes Wernigerode werden gerne angenommen und sind gut besucht.

Apothekerin zu Gast im Kreisverband Wernigerode

Beratung im Mittelpunkt

Sachsen-Anhalt Im Februar stand die Gesundheit auf dem Plan des Kreisverbandes Wernigerode. Zu dem Termin konnten die Mitglieder die Mitarbeiterin der Westerntor-Apotheke, Sybille Stagge, begrüßen.

Sybille Stagge erklärte einige Dinge, die bei der regelmäßigen Einnahme von Medikamenten zu beachten sind. Viele Menschen kennen nämlich oft nicht die wichtigsten Fakten über die Tabletten, Sprays und Tropfen, die sie regelmäßig einnehmen. „Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“, heißt es in der Werbung. Am besten wendet man sich direkt an die Apotheke. „Dort werden wir professionell beraten“, meint Birgit Jungtorius, Vorsitzende des Kreisverbandes, und ergänzt: „Wir wollten unseren Mitgliedern beim richtigen Umgang mit ihren Medikamenten helfen und zeigen, dass ein Gespräch mit der Apotheke hilft, Fragen zu klären.“

In der Gesprächsrunde konnte die Apotheken-Mitarbeiterin Fragen zur Einnahme von Blutdrucksenkern, was am besten bei Erkältung hilft, ob man Nahrungsergänzungsmittel benötigt und vieles mehr beantworten.

Interessant waren auch die Ausführungen zur Preisbindung der Medikamente, welche viel Überzeugungsarbeit in der Politik erforderlich macht. In der Coronapandemie wurde den Apotheken auch viel abverlangt.

Die Mitglieder des Kreisverbandes waren sich einig, dass es zum Wohle der Bevölkerung wichtig ist, dass Apotheken vor Ort erhalten bleiben. Sie sind „Lotsen“ im Gesundheitssystem und erfüllen viele Gemeinwohlpflichten. Kern ihrer Aufgabe ist eine individuelle Beratung, aber auch die Beantwortung von Fragen zu Fernreisen, Impfungen, Prüfung auf Wechsel- und Nebenwirkungen sowie zu Auto-Verbandskästen und Hausapotheken.

Mit viel Wissen und hilfreichen Hinweisen verabschiedeten sich die Wernigeröder von Sybille Stagge und sagten der Westerntor-Apothekenleiterin Dankeschön.



Besonders die weiblichen Mitglieder waren zu dem Vortrag der Apothekerin gekommen.

Gleichgewicht mit App testen

Mit der neuen kostenlosen App „Up & Go“ können ältere Menschen ihre persönliche Kraft und das eigene Gleichgewicht testen. Die App wertet die Ergebnisse aus und weist auf mögliche Probleme hin, beispielsweise die Gefahr eines Sturzes. „Wir wollen damit erreichen, dass auch Menschen im hohen Alter möglichst lange mobil bleiben, ihre individuelle Gesundheitssituation richtig einschätzen und ein Screening oder Monitoring zu Hause durchführen kön-

nen“, sagt Professor Clemens Becker, Experte der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie (DGG) und Leiter der Abteilung Digitale Geriatrie an der Universitätsklinik Heidelberg. Er hat mit seinem Team die wissenschaftliche Grundlage für die App geliefert und empfiehlt den Einsatz auch im Alltag.

Zunächst ist die App für ältere Personen gedacht, die eine quantitative Bewertung ihrer körperlichen Konstitution durchführen wollen. Sie soll auch weiterentwickelt werden, um ein Monitoring nach der

Entlassung oder eine Benutzung während des Aufenthalts in Kliniken für Fachpersonal zu ermöglichen.

Die App „Up & Go“ enthält eine Testung von Kraft und Gleichgewicht, die mit dem Smartphone einfach und selbstständig zu Hause durchführbar ist. Es gibt sie im Google Play-Store zum Herunterladen. Ab Herbst soll die App auch für iPhones im App-Store zur Verfügung stehen.

Quelle: Deutsche Gesellschaft für Geriatrie



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: -98. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr sowie freitags 9–13 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle Magdeburg, nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg zu den angegebenen Sprechzeiten wenden.

Kreisverband Halberstadt

In den Räumlichkeiten der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit:

mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeiten: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechstunde: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg erfragen.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden ersten Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung unter: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags 9–12 Uhr und nach Vereinbarung.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: jeden

zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr sowie nach Vereinbarung. Anmeldung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechzeiten: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: jeden ersten und zweiten Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz.

Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester unter Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49 oder per E-Mail an: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. Etage (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau.

Beratung nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Vereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022, Ansprechpartner: Olaf Anders.

5 Termine

Kreisverband Wernigerode

4. April, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff. Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode.

Kreisverband Schönebeck

25. April, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen im KT Sportforum Union 1861, Barbarastraße 25, 39218 Schönebeck. Anmeldung erforderlich! Persönlich in der Geschäftsstelle während der Sprechstunde oder unter Angabe von Vor- und Zunamen auf den AB unter Tel.: 03928/70 20 20.

PFAS – Weltweit verbreitet in der Umwelt und in Menschen und Tieren

Die Ewigkeits-Chemikalie

Sie verschmutzen nicht nur dauerhaft Wasser und Boden, sondern reichern sich über die Nahrung und verbrauchernahe Produkte auch in Mensch und Tier an: Fluorchemikalien (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen, kurz PFAS).

Bei PFAS handelt sich um mehrere tausend chemisch hergestellte Verbindungen. Allen PFAS gemeinsam ist grob gesagt, dass sie extrem stabile Kohlenstoff-Fluor-Bindungen enthalten. PFAS werden oft auch als PFC (Poly- und Perfluorcarbone) bezeichnet.

Diese Substanzen werden vielfältig in Produkten eingesetzt, unter anderem weil sie fett-, schmutz- und wasserabweisend wirken.

Ob ein Produkt PFAS enthält, lässt sich in der Regel nicht erkennen, da es in den meisten Produktbereichen keine Kennzeichnungspflicht für diese Ewigkeits-Chemikalien gibt.

So erkennt man, wo überall PFAS enthalten sind

- „PFOA / PFOS-frei“ oder „GenX-frei“: zum Beispiel auf Pfannen, Textilien oder Imprägniermitteln bedeutet nur, dass zwei bestimmte Einzelstoffe von mehr als 10.000 PFAS nicht enthalten sind, deren Einsatz mittlerweile sowieso verboten ist. Im Gegenteil: Die Werbung ist oft ein Hinweis darauf, dass das Produkt PFAS enthält!
- „Frei von PFAS“, „frei von PFC“, „fluorfrei“: Diese Werbeaussagen umfassen tatsächlich die gesamte Stoffgruppe mit ihren mehr als 10.000 Mitgliedern. Wenn mit solchen Aussagen geworben wird, sollte das Produkt tatsächlich PFAS-frei sein.
- Antihafbeschichtungen: Meistens sind PFAS enthalten, wenn antihafbeschichtete Pfannen, Backformen etc. nicht über ca. 200 Grad oder nicht leer erhitzt werden sollen. Auch wenn die Beschichtung nur mit Holz- oder Kunststoffpfannenwendern und keinen scharfen, spitzen Gegenständen in Kontakt kommen soll, wurden höchstwahrscheinlich PFAS eingesetzt. Denn diese Antihaf-Beschichtungen sind kratzempfindlich und zersetzen sich bei hohen Temperaturen.
- Textilien, Kleidung, Polster, Teppiche: Begriffe wie „fleckgeschützt“, „wasserabweisend“, „ölabweisend“ können



Foto: Alex Tihonov / Adobe Stock

Beschichtete Pfannen enthalten eine gefährliche Chemikalie.

Hinweise darauf sein, dass PFAS verwendet wurden.

- Vorsicht bei ungewöhnlichen Materialeigenschaften: Papier, Pappe, Stoff oder andere Materialien wie Zuckerrohr saugen Wasser und Fett auf. Wenn Öl auf der Oberfläche dieser Materialien runde Tropfen bildet, dann kann dies ein Hinweis auf den Einsatz von PFAS sein.

Laut Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) werden diese Chemikalien hauptsächlich über Lebensmittel und das Trinkwasser aufgenommen. Weitere Quellen sind die Außen- und Innenraumluft, Hausstaub und der Kontakt mit Verbraucherprodukten, die PFAS-haltige Chemikalien enthalten. Gestillte Kinder können PFAS über die Muttermilch aufnehmen.

Warum PFAS so gefährlich für Lebewesen sind

PFAS sind extrem stabil und werden daher als Ewigkeits-Chemikalien bezeichnet. Sie sind quasi nicht abbaubar und reichern sich in der Umwelt, in Mensch und Tier an. Das trifft auf Industrieländer wie Deutschland zu und selbst in den entlegensten Bergregionen oder in Eisbären sind diese Chemikalien schon nachweisbar.

Bisher ist nur von einem kleinen Teil der PFAS bekannt, welche gesundheitlichen Schäden sie bewirken können. Oftmals werden sie von Mensch und Tier nur langsam abgebaut und ausgeschieden, sodass sie sich im Körper sogar anreichern

können. Studien an größeren Bevölkerungsgruppen weisen darauf hin, dass bestimmte PFAS die Leber, das Hormon- und Immunsystem schädigen und den Fettstoffwechsel stören, die Wirkung von Impfungen verschlechtern, ein geringeres Geburtsgewicht zur Folge haben, die Fruchtbarkeit verringern oder Krebs erzeugen können.

Ein Verbot ist dringend erforderlich, weil alle der deutschlandweit mehr als 1.000 untersuchten Kinder (GerESV-Studie) mit bestimmten PFAS belastet waren. Ein erheblicher Teil der Kinder wies so hohe Blutwerte auf, dass eine Gesundheitsgefährdung nicht mehr sicher ausgeschlossen werden kann. Als Ursachen wurden in dieser Studie Muttermilch, kontaminiertes Trinkwasser und Imprägniersprays identifiziert. Auch im Blut von Erwachsenen sind in Europa PFAS nachweisbar.

Wo in Deutschland PFAS hergestellt oder verwendet werden, sind Boden und Wasser und auch die Menschen häufig mit PFAS belastet. Die Herstellung und Verwendung von PFAS muss weltweit beschränkt werden. Auch die Entsorgung kann zu einer Gesundheits- und Umweltbelastung führen.

Zusammen mit vier weiteren EU-Staaten setzt sich Deutschland inzwischen für ein Verbot der Ewigkeits-Chemikalien ein. Konkret sollen rund 10.000 Substanzen nicht mehr eingesetzt werden dürfen.

Quelle: Verbraucherzentrale NRW



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein nicht einfaches Treffen in Berlin, diese außerordentliche Bundesverbandstagung. Am Abend des dritten Tages konnten die Delegierten und sonstigen Teilnehmenden eine positive Bilanz ziehen. Es bestand Einigkeit darin, dass ein Strukturprozess jetzt und nicht erst zur ordentlichen Bundesverbandstagung im November 2023 satzungsfest gemacht werden musste. Damit wurden Voraussetzungen für die Weiterführung, nicht den Abschluss, des laufenden Strategieprozesses geschaffen.

Die dafür notwendigen Änderungen in der Satzung, lange erarbeitet, diskutiert, vielfach geprüft und ergänzt durch die Bundesrechtsabteilung und das den Verband betreuende Rechtsanwaltsbüro, erhielten die Zustimmung der Mehrheit der Delegierten. Auch die nicht zustimmenden Abstimmungsberechtigten akzeptierten das Votum des Gremiums und werden die neue Satzung in den Landesverbänden leben. Deren Satzungen werden im Verlauf der des Bundesverbandes angepasst.

Die wesentlichen Änderungen betreffen die Strukturen an der Verbandsspitze. Das höchste Organ des SoVD ist und bleibt die Bundesverbandstagung und, dies wurde vielfach betont, der SoVD ist und bleibt ein Mitgliederverband, in dem das Ehrenamt die Priorität hat. Die Organe des Verbandes: Vorstand, Verbandsrat, Bundeskonferenz und Bundesverbandstagung sichern auch künftig die vorrangige Teilnahme der ehrenamtlich tätigen Mitglieder an allen Entscheidungsprozessen. Die in der Satzung nunmehr verankerte Stärkung des Hauptamtes garantiert die permanente Ansprechbarkeit des Verbandes, die zeitnahe Reaktion auf aktuelle sozialpolitische Themen und auch künftig die hohe Qualität von Sozial- und Rechtsberatung sowie Rechtvertretung unserer Mitglieder unter den sich rasch ändernden gesamtgesellschaftlichen und sozialpolitisch-sozialrechtlichen Bedingungen.

Die offenen Gespräche in den Arbeitsgruppen und die ergebnisorientierten Diskussionen in der Bundesverbandstagung trugen dazu bei, dass von den Delegierten mehrheitlich den neuen Organen und den neuen Personen an der Verbandsspitze das Vertrauen ausgesprochen wurde. Diese haben nun die sehr großen Aufgaben, bis zu ordentlichen Bundesverbandstagung im November 2023 den Strategieprozess weiter anzuführen, die Arbeit des Verbandes für die Zeit nach Genehmigung der neuen Satzung vorzubereiten, Personen und Strukturen handlungsfähig zu machen und somit den SoVD in seiner Rolle und seinen Aufgaben als ältesten Sozialverband in Deutschland zu stärken.

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern wird sich dabei im Ehren- wie im Hauptamt aktiv einbringen. Zum Landesverbandstag im Mai 2023 wird der Landesvorstand die Delegierten darüber umfassend unterrichten.

**Dr. med. Helmhold Seidlein,
1. Landesvorsitzender**



Helmhold Seidlein



Foto: Li Ding / Adobe Stock

Menschen mit Übergewicht sollten gelenkschonende Sportarten zum Abnehmen auswählen

Maß, Spaß und Regelmäßigkeit bringen Erfolg

Wer an Übergewicht leidet und abnehmen möchte, sollte zum einen seine Ernährung umstellen und zum anderen die Kalorienbilanz durch regelmäßige Bewegung weiter verbessern. Entscheidend dabei ist jedoch die richtige Sportart. Denn Übergewicht belastet schon von sich aus die Gelenke. Daher ist es für den Einstieg wichtig, auf gelenkschonende Sportarten zu setzen.

Schwimmen, Wassergymnastik, Aquajogging und andere Bewegungsformen im Wasser sind wohl die besten Einstiegs-sportarten für Übergewichtige. Die Auftriebskraft des Wassers verringert die Gewichtskraft des Körpers, wodurch Gelenke und Knochen entlastet werden. Zudem wird beim Schwimmen der ganze Körper mit allen wichtigen Muskelpartien beansprucht. Obendrein verbraucht der Körper im Wasser zusätzliche Energie, um die Körpertemperatur konstant zu halten. Wassersportarten sind also ein ideales Ganzkörpertraining für Übergewichtige.

Für all diejenigen, die sich auf dem Fahrrad sicher fühlen, ist

Radfahren eine ideale Sportart zum Abnehmen. Fahrradfahren lässt sich gut in den Alltag integrieren, zum Beispiel mit einer Fahrt ins Büro oder zum Schwimmtraining. Zusätzlich werden beim Radfahren die ohnehin schwer belasteten Beingelenke geschont. Parallel wird Muskulatur aufgebaut und gestärkt. Tipp: Elektrisch unterstützte Fahrräder (E-Bikes) ermöglichen einen leichten Einstieg in den Radsport.

Nordic Walking, das schnelle Gehen mit zwei speziellen Wanderstöcken, zählt zu den sanften Ausdauersportarten und ist damit empfehlenswert für Menschen mit Übergewicht. Allerdings nur dann, wenn die

Stöcke richtig geführt werden. Denn erst durch sie werden Hüft-, Knie- und Knöchelgelenke entlastet. Um Bewegungsfehler zu vermeiden, sollten sich Anfänger die richtige Technik zunächst von einem Trainer oder einer Trainerin zeigen lassen. Tipp: Einfache Spaziergänge sind ein guter Einstieg.

Cardio Training mit Geräten wie Crosstrainer oder Ruderggerät bieten ebenfalls die Möglichkeit zu einem gelenkschonenden Ganzkörpertraining. Beide Sportgeräte sind in jedem Fitnessstudio zu finden, eignen sich jedoch auch als Sport für Übergewichtige zu Hause.

Tanzen ist ebenfalls ein Sport, der das Abnehmen unterstüt-



Foto: runzelkorn/Adobe Stock

Nordic Walking ist ein empfehlenswerter Sport bei Übergewicht.

zen kann. Gleichzeitig schult es die Koordinationsfähigkeit. Regelmäßige Termine in einer Tanzschule und die Freude an der Bewegung zur Musik unterstützen die Motivation.

Bei der Auswahl gilt: Gehen

Sie es langsam an, haben Sie Spaß, setzen Sie auf richtige Ernährung und konsultieren Sie Ihren Arzt oder Ihre Ärztin, bevor Sie mit einem neuen Sport beginnen.

Quelle: AOK Gesundheitsmagazin

Nachruf



Im Alter von 90 Jahren verstarb am 30. Januar 2023 unser langjähriges Mitglied

Käte Bertulat.

Seit 1991 war Frau Bertulat Mitglied im SoVD. Mehr als 20 Jahre lang war sie Mitglied im Kreisvorstand Schwerin. Durch ihre gewissenhafte Arbeit war sie erfolgreich und beliebt.

Besonderen Einsatz leistete sie mit großem Engagement und Hilfsbereitschaft in ihrem Ortsverband Görries. Hier war sie eine große Hilfe für die Mitglieder und Bürger*innen.

Wir werden Käte Bertulat stets in guter Erinnerung behalten.

Andrea Preuß-Borowsky,
1. Vorsitzende SoVD-Kreisverband Schwerin

5 Termine

Kreisverband Schwerin

13. April, 17 Uhr: Vorstandssitzung, Geschäftsstelle, Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin.

Vorschau: 5. Juni: Tagesfahrt nach Berlin mit Besuch des Reichstages und Stadtrundfahrt. Abfahrt: 6 Uhr Grunthal-

platz, 6.15 Uhr: Von-Stauffenberg-Straße, Bushaltestelle am Kiosk / Straßenbahn. Kosten: 8.30 Euro.

Anmeldung erforderlich bis 11. Mai bei Andrea Preuß-Borowsky, Tel.: 0152/51 21 32 093, genaue Infos gibt es auch auf

der Homepage unter: www.sovd-schwerin.de.

Ortsverband Dreesch

25. April, 14 Uhr: Vorstandssitzung in der Geschäftsstelle, Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin.

Rechtsberatung

Parchim: 19. April (Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle Rostock). **Grevesmühlen / Wismar:** 26. April.

Es berät Doreen Rauch.

Grimmen: 4. April, **Greifswald:** 18. April, **Bergen / Stral-**

sund: 25. April.

Es berät Donald Nimsch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“.

Die Beraterinnen und Bera-

ter sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Nachruf



„Deine Schritte sind verstummt,
doch die Spuren deines Lebens bleiben.“

Wir erhielten die traurige Nachricht, dass unser Mitglied

Werner Heinemann

am 1. Februar im Alter von 85 Jahren verstorben ist.

Er setzte sich viele Jahre als Vorsitzender des Ortsverbandes Nordstadt-Neubrandenburg und als Vorsitzender des Kreisverband Neubrandenburg aktiv für die Anliegen und Sorgen unserer Mitglieder ein.

Wir haben Herrn Heinemann viel zu verdanken und werden sein Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpom-

mern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Politische Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut sowie sichere Löhne müssen im Fokus stehen

SoVD fordert Einsatz gegen steigende Armut

Alarmierende Zahl: 18,3 Prozent der Menschen in Niedersachsen sind von Armut betroffen. Gegenüber 2020 ist das ein Anstieg um vier Prozent. Das geht aus einer Neuauflage des Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hervor. Damit ist klar: Armut in Niedersachsen verfestigt sich nicht nur, sondern steigt sogar. Angesichts dieser erschreckenden Entwicklung fordert der SoVD in Niedersachsen schnelle Maßnahmen der Politik.



Foto: weyo / Adobe Stock

In Niedersachsen zählen besonders viele Menschen zu den Geringverdienenden – das betrifft im Bundesland ungefähr ein Fünftel der Erwerbstätigen. Durch die hohe Inflation sind sie zusätzlich belastet.

Immer mehr Bürger*innen in Niedersachsen leben in Armut. „Für ein reiches Land wie Deutschland ist das wirklich beschämend“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen und ergänzt: „Wir weisen seit Jahren auf diese gefährliche Entwicklung hin. Offenbar nimmt die Politik die Zahlen nicht ernst genug, denn es passiert viel zu wenig.“ Dies führe dazu, dass mittlerweile zahlreiche Menschen nicht mehr wissen, wie sie finanziell über die Runden kommen sollen und so von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind.

„In punkto Armutsbekämpfung muss deshalb an verschiedenen Stellschrauben gedreht werden“, fordert Sackarendt. Die Kindergrundsicherung

müsse endlich kommen und es brauche eine Anhebung des Rentenniveaus. Dies sei für die Vermeidung von Altersarmut dringend notwendig.

In diesem Zusammenhang fordert Niedersachsens größter Sozialverband zudem die Einführung armutsfester Löhne. „In Niedersachsen ist nicht nur die Armutsquote höher als im Bundesdurchschnitt, sondern auch der Anteil der Geringverdiener*innen. Da niedrige Löhne aber automatisch zu kleinen Renten führen, muss es mehr Tarifbindung, weniger Leiharbeit und weniger Minijobs geben“, so der niedersächsische SoVD-Chef. Nur so könnten Menschen finanziell gut ihr Leben bestreiten und seien nicht auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen.

SoVD fordert mehr Mittel für Regelschulen

Auslaufen der Förderschule Lernen

Der SoVD in Niedersachsen begrüßt den Beschluss der rot-grünen Landesregierung, die Förderschule Lernen auslaufen zu lassen und fordert gleichzeitig die niedersächsische CDU auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und stattdessen den Prozess konstruktiv zu begleiten.

Seit 2009 gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unter anderem zur Inklusion im Bildungsbereich verpflichtet. „Obwohl das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ein Menschenrecht ist, hat sich die Landesregierung viel zu lange gesperrt, Inklusion in Niedersachsen komplett umzusetzen“, so Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Deshalb begrüße Niedersachsens größter Sozialverband die Entscheidung von Rot-Grün, die Förderschule Lernen auslaufen zu lassen.



Foto: Africa Studio / Adobe Stock

Regelschulen benötigen finanzielle Mittel und das richtige Personal, um die inklusive Schule umsetzen zu können.

Das ist jedoch nicht geschehen.“ Das Thema „Inklusion in der Schule“ habe offensichtlich nicht ganz oben auf der Agenda der Partei gestanden. „Zum Wohl der Kinder muss die CDU jetzt ihre Blockadehaltung aufgeben und den Prozess konstruktiv begleiten, anstatt ihn zu

torpedieren“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef weiter.

Die Politik müsse jetzt dafür sorgen, dass Regelschulen die notwendigen finanziellen Mittel und das Personal erhalten, um Inklusion für alle Schüler*innen bedarfsgerecht umzusetzen.

An die Adresse der CDU, die diesen Beschluss massiv kritisiert, sagt Sackarendt: „Die CDU war jahrelang in der Regierungsverantwortung. In dieser Zeit hätte sie dafür sorgen können, dass das gemeinsame Lernen so umgesetzt wird, dass Kinder mit Behinderung eine Regelschule besuchen können und das Sondersystem der Förderschulen überflüssig wird.“

„Klima für unsere Zukunft“ und „SoVD-Olympiade“

Veranstaltungen der SoVD-Jugend

Der Jugendorganisation des SoVD in Niedersachsen gehören mehr als 9.000 junge Menschen bis 27 Jahre an. Die SoVD-Jugend organisiert für ihre jüngeren Mitglieder vielfältige Angebote zum Mitmachen. Sie treffen sich niedersachsenweit, um gemeinsam Freizeit zu verbringen und Projekte zu gestalten. Für die Aktivitäten der SoVD-Jugend gilt: „Alle inklusive“. Im Sommer und Herbst 2023 lädt die SoVD-Jugend zu Wochenendfreizeiten ein.

4. – 6. August: JuCon in Bremerhaven

Unter dem Motto „Klima für unsere Zukunft“ besucht die SoVD-Jugend das Klimahaus Bremerhaven und veranstaltet Workshops zum Thema „Klima“. Anmeldeschluss ist der 15. Mai.

20. – 22. Oktober: Jugend-Rallye in Hannover

Bei der kleinen „SoVD-Olympiade“ stehen jede Menge Gemeinschaftsaktivitäten und Spaß auf dem

Programm. Anmeldeschluss ist am 15. August.

Die SoVD-Jugend freut sich über Teilnehmer*innen mit und ohne Behinderung von 14 bis 27 Jahren. Diese müssen kein SoVD-Mitglied sein. Auch Freund*innen und Verwandte sind herzlich willkommen. Für beide Wochenenden gibt es eine Teilnahmegebühr von 20 Euro.

Wer Fragen hat oder sich anmelden möchte, kann die SoVD-Jugendreferentin Sara Opitz unter 0511 70148-93 oder sovd-jugend@sovd-nds.de kontaktieren.



Foto: Lidia Wübbelmann

Die SoVD-Jugend 2022 bei der Bundesjugendkonferenz in Berlin

SoVD-Landesvorstandsmitglied verstorben

Trauer um Ernst-Bernhard Jaensch



für Verbandsstrategien und er war außerdem Sprecher der Bezirksarbeitsgemeinschaft Braunschweig. Auf Bundesebene war Ernst-Bernhard Jaensch Präsidiums- und Bundesvorstandsmitglied.

Voller Enthusiasmus und Tatkraft hat er sich für die Weiterentwicklung und Zukunftsausrichtung des SoVD starkgemacht. Der Vorsitz des Ausschusses für Verbandsstrategien im Land Niedersachsen sowie im Bundesverband war daher wie maßgeschneidert für ihn. Unvergessen bleibt beispielsweise sein Einsatz für die wichtige Verselbstständigung des Landesverbands Niedersachsen.

Ernst-Bernhard Jaensch hat sich mit seiner langjährigen und engagierten ehrenamtlichen Arbeit für unsere soziale Gemeinschaft große Anerkennung und beispielhaften Respekt erarbeitet.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen spricht den Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus. Er wird dem Verstorbenen ein dankendes und ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesvorstand, die Geschäftsführung, die Mitarbeitenden und Mitglieder des SoVD-Landesverbands Niedersachsen trauern um Ernst-Bernhard Jaensch, Landesvorstandsmitglied und 1. Vorsitzender des Kreisverbands Wolfsburg. Er verstarb unerwartet am 9. März 2023 im Alter von 76 Jahren.

Jaensch gehörte seit 1987 dem Ortsverband Fallersleben an. Seit 1988 bekleidete er dort die Funktion des 1. Vorsitzenden. Darüber hinaus führte er seit 1996 den Kreisverband Wolfsburg als 1. Vorsitzender. Im Landesvorstand Niedersachsen leitete er seit 2003 den Ausschuss

Neue Podcast-Folge: Jetzt reinhören und abonnieren!

Was tun bei finanziellen Problemen?

Immer mehr Menschen haben finanzielle Probleme. Die Ursachen dafür sind ganz unterschiedlich: Arbeitslosigkeit, Krankheit, aber auch die derzeit explodierenden Preise. Dabei gibt es staatliche Unterstützung, die Betroffenen unter die Arme greift – etwa das neue Bürgergeld. Was genau das ist, für wen es infrage kommt und was man beachten muss, besprechen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel in dem Fall der aktuellen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof“.

Doch häufig haben sich durch schwierige Situationen bereits Schulden angesammelt. Der Gast der Folge, Annett Postel von der Schuldnerberatung der Landeshauptstadt Hannover, erläutert, warum man sich in solchen Fällen unbedingt professionelle Hilfe suchen sollte, wie eine Beratung weiterhelfen kann und wie man eine seriöse Schuldnerberatung finden kann.

Die aktuelle Ausgabe des SoVD-Podcasts ist im Internet unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge von „Kein Ponyhof“ auf allen gängigen Podcast-Plattformen.

INKLUSIONSPREIS

Bis 14. April bewerben!

Gemeinsam mit dem LandesSportBund (LSB) Niedersachsen verleiht der SoVD – nach einer pandemiebedingten Pause – wieder seinen Inklusionspreis. Mit dieser Auszeichnung möchten die beiden Verbände Preisträger*innen würdigen, die sich auf herausragende Weise für Inklusion einsetzen.

Der Inklusionspreis ist mit insgesamt 19.000 Euro dotiert und wird in den Kategorien Ehrenamt, Medien und Sport verliehen. Bewerben können sich ehrenamtlich Engagierte, Medienschaffende sowie LSB-Mitgliedsvereine – die Bewerbungsfrist wurde verlängert und endet am 14. April.

Die Preisverleihung findet am 16. Juni im Sprengel Museum in Hannover statt. Schirmherr des Inklusionspreises ist Ministerpräsident Stephan Weil – er wird auch die Preise überreichen. **Infos zur Bewerbung sind unter www.inklusionspreis-niedersachsen.de abrufbar.**

Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co: SoVD informiert

Online-Vortrag des SoVD

„Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“. Um diese Frage dreht sich der nächste Online-Vortrag der digitalen Vortragsreihe des SoVD in Niedersachsen am 27. April von 16 bis 17.30 Uhr. Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen, sich bis zum 24. April für die Veranstaltung anzumelden.

Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung – durch eine Erkrankung kann davon jede*r betroffen sein. In seinem digitalen Vortrag widmet sich Referent Kai Bursie deshalb vor allem der Frage „Kann man durch Krankheit arm werden?“.

In der Online-Veranstaltung erfahren die Teilnehmenden wie es um die soziale Absicherung steht, wenn es nicht mehr möglich ist, den Beruf auszuüben. Dabei weist der Referent auch auf Fallstricke und Lücken hin, die Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co. mit sich bringen und gibt wertvolle Tipps, wie diese vermieden werden können.

Unter weiterbildung@sov-nds.de können sich Mitglieder und Interessierte bis zum 24. April anmelden. Mehr Informationen zur digitalen Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de verfügbar.



Foto: Jacob Ammentorp Lund / Adobe Stock

Regelmäßig veranstaltet der SoVD in Niedersachsen seine kostenfreien Online-Vorträge für Mitglieder und andere Interessierte.

Adira.de: Das einzige kostenlose Portal für barrierefreien Wohnraum

Wohnung finden und anbieten

Eine neue Mietwohnung zu finden, ist häufig eine Herausforderung. Noch schwieriger ist es, eine barrierefreie oder sogar rollstuhlgerechte Wohnung zu finden. Zur Unterstützung gibt es adira.de: das erste Online-Portal für rollstuhlgerechten und barrierefreien Wohnraum. Hier lassen sich kostenlos entsprechende Wohnungen finden und ebenso inserieren. Dank einer neuen Schnittstelle kann die eigene Vermiet-Software zudem direkt und kostenfrei mit dem Portal verbunden werden.

Das Portal adira.de ermöglicht es Menschen mit Behinderung in ganz Deutschland, nach barrierefreiem und rollstuhlgerechtem Wohnraum zu recherchieren. Das Portal ist kostenlos und die Bedienung barrierefrei gestaltet. Sein Angebot schlägt eine wichtige Brücke – von Menschen mit Behinderung, die bislang kaum passenden Wohnraum finden, zu Vermieter*innen, die ihre barrierefreien Wohnungen nur schwer an Menschen mit entsprechendem Bedarf vermitteln können. Wer selbst Wohnraum vermietet, kann adira.de unkompliziert nutzen und das Angebot inserieren. Ab dem 1. April können Vermieter*innen ihre Wohnungen zudem über eine Schnittstelle, die in ihre Vermiet-Software eingebunden wird, auf dem [adira](http://adira.de)-Portal veröffentlichen.

„Das Veröffentlichen von Wohnungsanzeigen ist jetzt genauso einfach wie überall sonst. Außerdem sind wir im Gegensatz zu allen anderen komplett kostenlos. Und die Vermieter können



Foto: adira.de

Unter www.adira.de können Interessierte barrierefreie Mietwohnungen finden und auch selbst inserieren – komplett kostenfrei.

sicher sein, das Richtige zu tun – nämlich Menschen, die darauf angewiesen sind, zu barrierefreiem Wohnraum zu verhelfen“, sagt [adira](http://adira.de)-Projektleiter Malte Gärtner. Das Portal ist unter www.adira.de aufrufbar. Bei Fragen oder für mehr Informationen kann das [adira](http://adira.de)-Projektteam unter

0511 5104 281 oder kontakt@adira.de kontaktiert werden.

adira.de ist ein Projekt des Blinden- und Sehbehindertenverbands Niedersachsen e.V. und wird von verschiedenen Projektpartner*innen, darunter dem SoVD in Niedersachsen, unterstützt.

Landesverbandstagung 2023 des SoVD in Niedersachsen

Tagesordnung

Die 21. Landesverbandstagung des SoVD-Landesverbands Niedersachsen e.V. findet am 17. und 18. Juni 2023 im H4 Hotel Hannover Messe (Laatzten) statt.

Begrüßung

Grußwort des Sozialministers
Grußwort des Bundesverbands

Plenarsitzung Teil I: Berichte

Feststellen der Anwesenheit
Ehrung der Verstorbenen

1. Genehmigungen
 - 1.1 Genehmigung der Geschäfts- und Wahlordnung
 - 1.2 Genehmigung der Tagesordnung
2. Wahl Protokollführer*in
3. Bestätigung der Kommissionen
 - 3.1 Organisations- und Satzungskommission
 - 3.2 Gesellschaftspolitische Kommission
 - 3.3 Wahl- und Mandatsprüfungskommission
4. Berichte
 - 4.1 Geschäftsbericht: „Mutig und sicher: Die Zukunft gemeinsam gestalten“
 - 4.2 Gesellschaftspolitischer Bericht: „Stark und nachhaltig: Für mehr soziale Gerechtigkeit“
 - 4.3 Finanzbericht
5. Revisionsbericht
6. Aussprache zu den Berichten
7. Entlastung des Vorstands
8. Wahl Wahlleiter*in

Plenarsitzung Teil II: Anträge

9. Berichte der Kommissionen und Beschlussfassung über die Anträge
 - 9.1 Satzung Landesverband (Neufassung), Schiedsstellenordnung, Satzung Kreisverband, Satzung Ortsverband
 - 9.2 Satzungsanträge
 - 9.3 Organisationsanträge

Plenarsitzung Teil III: Wahlen

10. Bericht der Wahl- und Mandatsprüfungskommission
11. Wahlen
 - 11.1 Landesvorsitzende*r
 - 11.2 Zwei stellvertretende Landesvorsitzende
 - 11.3 Landesschatzmeister*in
 - 11.4 Landesfrauensprecher*in
 - 11.5 Landesschriftführer*in
 - 11.6 Vier BZA-Sprecher*innen bzw. stellvertretende BZA-Sprecher*innen
 - 11.7 Elf Beisitzer*innen entsprechend der Vorschläge der BZAen
 - 11.8 Vier Revisor*innen sowie ein*e 1., 2., 3., 4. Vertreter*in
 - 11.9 Ein*e Vorsitzende*r und zwei Beisitzer*innen der Landesschiedsstelle sowie drei Stellvertreter*innen
 - 11.10 Delegierte und Ersatzdelegierte zur Bundesverbandstagung

Plenarsitzung Teil IV: Anträge, SoVD-Resolution

12. Gesellschaftspolitische Anträge
 - 12.1 Verabschiedung der SoVD-Resolution „Wohnen, Armut & Co.: Maßnahmen zur Rettung des Sozialstaats“
13. Ehrungen
14. Schlussworte

Vorteil für SoVD-Mitglieder: Pflegezusatzversicherungen zu günstigen Konditionen

Für den Pflegefall vorsorgen

Für die pflegerische Versorgung – sei es ambulant oder stationär – fallen hohe Kosten an. Nicht immer können die notwendigen Ausgaben durch Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung gedeckt werden. Daher ist eine zusätzliche private Pflegeversicherung fast immer sinnvoll. SoVD-Mitglieder können sich zu diesem wichtigen Thema kostenfrei bei der VerbandsversicherungsService GmbH (VVS) beraten und passende Versicherungsprodukte empfehlen lassen.

Erwerbstätige zahlen einen bestimmten Anteil ihres Bruttoeinkommens in die gesetzliche Pflegeversicherung ein. Diese gewährt Leistungen, wenn der Pflegefall eintritt – beispielsweise wenn eine tägliche Unterstützung durch einen Pflegedienst notwendig wird oder Pflegebedürftige in ein Pflegeheim umziehen müssen, weil sie den Alltag nicht mehr selbstständig bewältigen können. Die Pflegekosten sind im ambulanten Bereich jedoch sehr hoch und im Zuge der allgemeinen Teuerungen nochmals gestiegen. Die gesetzliche Pflegeversicherung allein kann diese Ausgaben in der Regel nicht abdecken. So kostet ein Zimmer in einem Pflegeheim schon heute deutlich mehr, als die gesetzliche Pflegeversicherung übernimmt. Oftmals müssen Betroffene vorhandene Ersparnisse und Vermögenswerte aufbrauchen, um die Eigenanteile



Abbildung: Logo der VVS

Die VVS arbeitet als SoVD-eigene Maklerin.

für die pflegerische Versorgung finanzieren zu können.

Daher ist eine Absicherung des eigenen Pflegefalls sehr wichtig, idealerweise schon in jüngerem Alter. Pflegebedürftigkeit tritt nicht immer erst nach dem 80. Lebensjahr auf. Etwa eine Million Pflegebedürftige in Deutschland sind unter 65 Jahre alt. In jüngeren Lebensjahren ist der Abschluss einer Pflegezusatzversicherung zudem einfacher möglich und die Versicherungsbeiträge sind günstiger.

Im Rahmen einer SoVD-Kooperation mit der VVS können sich SoVD-Mitglieder kostenfrei

zum Thema Pflegezusatzversicherung beraten und Angebote erstellen lassen. Die VVS ist eine SoVD-eigene Maklerin. Sie arbeitet unabhängig von Versicherungskonzernen und kann Mitgliedern daher einen individuell passenden Versicherungsschutz empfehlen, der möglichst viele Leistungen umfasst und dabei so kostengünstig wie möglich ist.

Neben Pflegezusatzversicherungen berät die VVS auch zu weiteren Versicherungsprodukten für die individuelle Vorsorge. SoVD-Mitglieder können sich unter 05101 9922255 bei Jonar Reese, VVS-Büroleiter, melden und informieren.

Nachruf

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. trauert zusammen mit dem SoVD-Kreisverband Friesland und dem SoVD-Ortsverband Bockhorn um das langjährige Mitglied im Kreis- und Ortsvorstand

Manfred Rothenburg

Er verstarb am 18. Februar 2023 kurz vor seinem 82. Geburtstag. Rothenburg trat unserem Verband 1999 bei. Seit mehr als 20 Jahren leitete er als 1. Vorsitzender die Geschicke des Ortsverbands Bockhorn. Darüber hinaus engagierte er sich seit über 15 Jahren als Beisitzer im Vorstand des Kreisverbands Friesland. Manfred Rothenburg hat sich mit seiner langjährigen ehrenamtlichen Arbeit für unsere soziale Gemeinschaft große Anerkennung und Respekt verdient.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. wird dem Verstorbenen ein dankendes und ehrendes Andenken bewahren.

BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: April-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 11. und 25. April, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Equal Pay Day und Weltfrauentag: beeindruckendes Engagement in den Kreis- und Ortsverbänden des SoVD

SoVD-Aktive engagieren sich für Lohngerechtigkeit

In zahlreichen Kreis- und Ortsverbänden haben SoVD-Ehrenamtliche anlässlich des Equal Pay Day, Aktionstag für Entgeltgleichheit, am 7. März sowie zum internationalen Frauentag am 8. März Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, um auf die Benachteiligung von Frauen und mögliche Lösungen aufmerksam zu machen.

Frauen verdienen in Niedersachsen durchschnittlich 18,98 Euro brutto pro Stunde – Männer dagegen 23,23 Euro. Niedersachsenweit liegt die Lohnlücke damit noch immer bei 18 Prozent. Umgerechnet in Tage bedeutet das, dass Frauen 66 Tage umsonst gearbeitet haben. Deshalb fiel der Equal Pay Day, Aktionstag für Entgeltgleichheit, dieses Jahr auf den 7. März.

Frauensprecherinnen und viele weitere SoVD-Ehrenamtliche aus zahlreichen SoVD-Kreis- und -Ortsverbänden haben anlässlich des Equal Pay Day sowie zum Weltfrauentag am 8. März Veranstaltungen und Aktionen organisiert. Bei diesen machten sie auf die noch immer bestehenden Benachteiligungen von Frauen aufmerksam, die auch eine große Gefahr der Altersarmut mit sich bringen. Sie erläuterten außerdem die politischen Forderungen des SoVD für Gleichstellung, für den Abbau von Benachteiligungen und für die gezielte Verringerung der Lohnlücke. Die Ehrenamtlichen waren auf Marktplätzen, in Fußgängerzonen und an anderen gut besuchten Orten unterwegs oder sie organisierten vor Ort ein Frauenfrühstück mit Vorträgen und Diskussionen. Bei all diesen Gelegenheiten führten die Engagierten viele Gespräche über den SoVD und seine Arbeit.



Foto: SoVD Otterndorf

SoVD-Aktive beim internationalen Frauentag in Otterndorf



Foto: Angelika Buth

Der SoVD in Bergen verteilte Rosen zum Weltfrauentag.



Foto: Andreas Kunze

Ehrenamtliche aus dem Kreisverband Osnabrücker Land wiesen bei ihrer Aktion auf die höhere Armutsgefährdung von Frauen hin.



Foto: Heinz Kaatsch

Im Kreisverband Wolfenbüttel führten die Kreisfrauensprecherin und die Ortsfrauensprecherinnen eine gemeinsame Aktion durch.



Foto: Klaus Müller

Im Kreisverband Heidekreis nahmen am Frauenfrühstück mit Diskussionen viele Gäste aus der Politik und vom SoVD teil.



Foto: SoVD Neu Wulmstorf

Aktion des Ortsverbands Neu Wulmstorf zum Equal Pay Day



Foto: Annette Scholz

Frauenfrühstück des SoVD in Neu Wulmstorf zum Equal Pay Day



Foto: Volker Kampe

Auch der SoVD in Sievershausen veranstaltete ein Frauenfrühstück, bei dem Referentinnen Vorträge zu verschiedenen Themen hielten.

Angebot des SoVD-Kreisverbands Braunschweig

Offene SoVD-Telefonberatung am 26. April

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 26. April, von 10 bis 11.30 Uhr eine offene Telefonberatung.

Dann werden alle Fragen des Sozialrechts beantwortet – beispielsweise rund um die gesetzliche Renten-, Pflege- und Krankenversicherung oder zum Schwerbehinder-

tenrecht, Bürgergeld oder Wohngeld. Interessierte können sich kostenlos unter der Telefonnummer 0531 2 444 192 informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Ratsuchenden beraten. Im Anschluss können auch persönliche Gespräche oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Anonym werden besonders interessante Gespräche am 5. Mai von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung findet alle drei Monate statt.



Foto: Sascha Gramann

Kai Bursie ist Sozialrechtsexperte beim SoVD in Braunschweig.

Para-Eisschwimmerin Tina Deeken wird zur Behindertensportlerin des Jahres gekürt

Behindertensportlerin 2023

Auf einer glanzvollen Gala im GOP Varieté-Theater Hannover wurde die Triathletin und Para-Eisschwimmerin Tina Deeken am 16. März zur „Behindertensportlerin des Jahres“ 2023 in Niedersachsen gekürt. Fast ein Viertel der Menschen, die sich an der Wahl beteiligt hatten, stimmten für Deeken.

Im Beisein der niedersächsischen Innen- und Sportministerin Daniela Behrens und des Präsidenten des LandesSportBunds Niedersachsen André Kwiatkowski überreichte Karl Finke, Präsident des Behinderten-Sportverbandes Niedersachsen, der Siegerin die Siegerskulptur des Bildhauers Siegfried Neuenhausen mit den Worten: „Du bist mit deiner Tatkraft, deinem Durchhaltevermögen und deiner Leistungsfähigkeit für uns alle ein großes Vorbild!“ Vor 280 geladenen Gästen aus Sport, Politik und Wirtschaft nahm die 46-jährige Ausnahmesportlerin die Ehrung fast sprachlos entgegen.

„Tina begeistert nicht nur durch ihre außerordentlichen sportlichen Erfolge, sondern zu-



Foto: Lars Kaletta / BSN

Die Siegerin Tina Deeken (2.v.l.) mit Ehrengästen

sätzlich durch ihr Engagement für Inklusion und Umweltschutz“, betonte der Hockey-Weltmeister und diesjährige Laudator Timur Oruz bei der Verkündung.

Auch alle anderen Kandidat*innen wurden mit Glückwünschen und Anerkennung bedacht. Von den insgesamt 12.370 abgegebenen Stimmen

entfielen mehr als 24 Prozent auf Tina Deeken. Der Zweitplatzierte Norbert Hase erhielt über 19 Prozent der Stimmen. Für die Drittplatzierte Kirstin Linck hatten rund 18 Prozent der Wähler*innen gestimmt. Auf die Plätze vier, fünf und sechs kamen Christophe Schuler, Phil Grolla und Marcel Adam.

Personalmangel in der Verwaltung und die zum Teil drastischen Folgen

Lange warten auf den Bescheid

Um Menschen, die darauf warten, dass ihr Antrag bewilligt oder wenigstens endlich bearbeitet wird, geht es in der neuen Folge unseres Podcasts „SoVD to go“. In diesem Podcast spricht Landespressesprecher Matthias Veit mit Expertinnen und Experten über sozialrechtliche Fragen.

In der neuen Ausgabe berichtet Greta Lutterbach, Sozialrechtsberaterin im SoVD-Beratungszentrum Köln, welche drastischen Folgen es haben kann, wenn Behörden aufgrund von Personalmangel, hohen Krankenständen oder auch mangelnder Digitalisierung zu spät oder gar nicht über Anträge oder Widersprüche gegen negative Bescheide befinden. Greta Lutterbach erläutert, welche Ausmaße das inzwischen annimmt und wann aus ihrer Sicht eine Untätigkeitsklage in Betracht kommt.



Greta Lutterbach und Matthias Veit bei der Podcast-Produktion in der Landesgeschäftsstelle.

Menschen stellen Anträge oder wehren sich mit Hilfe des SoVD gegen negative Bescheide. Wenn diese Angelegenheiten nicht oder zumindest nicht rechtzeitig bearbeitet werden, kann das drastische Folgen haben. So berichtet Greta Lutterbach von einer Frau aus Eschweiler, die so lange auf die Bearbeitung eines Antrags auf Pflegegeld für ihren Mann warten musste, dass der Betroffene zwischenzeitlich verstarb. Veit und Lutterbach nehmen in dem Gespräch Bezug auf einen Bericht der WDR-

Servicezeit. Dort kam etwa eine Frau aus China zu Wort, die auf die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels wartet und Angst hat, aufgrund der Untätigkeit des zuständigen Amtes ihren Job zu verlieren. In einem weiteren vom WDR recherchierten Beispiel wartet ein junger Vater seit etlichen Monaten auf Bewilligung seines Antrags auf Elterngeld. Einer Frau im Sozialhilfebezug wurde die Wohnung gekündigt, weil das Amt die

Miete nicht überwiesen hatte – es hatte den Verlängerungsantrag der Sozialhilfe-Bezieherin noch gar nicht bearbeitet. Das Problem sei der Personalmangel in den Behörden, sagt die Sozialrechtsexpertin und führt weitere Beispiele aus ihrem Beratungsalltag an. Sie finden „SoVD to go“ überall da, wo man Podcasts hören kann und natürlich auf unserer Homepage unter <https://www.sovd-nrw.de/service/podcast>.

Dringender Appell an die NRW-Landesregierung

29-Euro-Ticket anbieten!

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussion um die Einführung eines 49-Euro-Tickets für alle hat der SoVD NRW seine Forderung nach einem zusätzlichen 29-Euro-Ticket gegenüber der Landesregierung bekräftigt.

„Das geringe Interesse an einem Monatsfahrtschein für 49 Euro spricht doch Bände“, erklärte Landesvorsitzender Franz Schrewe in einer Mitteilung an die Medien. Für so manche*n Gutverdiener*in würden die Mobilitätskosten mit dem 49-Euro-Ticket zwar sinken, Geringverdienenden werde ein Monatsfahrtschein in dieser Höhe aber nicht helfen.

Die Kompromisslösung wäre stattdessen ein Ticket für 29 Euro, dann würde sich auch der Streit um ein bezahlbares NRW-Sozialticket erübrigen: „Ein Sozialticket für bedürftige Gruppen darf nicht 40 Euro oder gar mehr kosten, dann hätte es den Namen nicht verdient“. Der Landesvorsitzende verwies auf die rund drei Millionen Menschen in NRW, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Diese seien besonders von den aktuellen Preissteigerungen im Alltag betroffen – und würden dann eben auf ihr Recht auf Mobilität verzichten: „Die Landesregierung muss daher jetzt schnell nachbessern, die Menschen erwarten eine bezahlbare Lösung und das zurecht.“



Screenshot

Die Forderungen des SoVD NRW zum 49-Euro-Ticket wurden in der Presse und im Internet aufgegriffen.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund informiert

Grundsicherung oder Wohngeld

Wer einen Anspruch auf Sozialleistungen wie beispielsweise Grundsicherung oder Wohngeld hat und mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten erreicht hat, erhält einen zusätzlichen Freibetrag bei diesen Leistungen. Das führt dazu, dass bei den Anspruchsberechtigten monatlich weniger Einkommen auf die Sozialleistungen angerechnet wird. Dadurch erhöhen sich die tatsächlichen Sozialleistungen. Auch kann dadurch erstmalig ein Leistungsanspruch entstehen.

Bei der Einkommensanrechnung werden auf die Sozialleistungen wie beispielsweise Grundsicherung oder Wohngeld 100 Euro von der monatlichen Bruttorente nicht angerechnet. Dazu kommen noch 30 Prozent der über dem Freibetrag liegenden Rente. Maximal werden jedoch 50 Prozent des Regelsatzes zur Grundsicherung nicht angerechnet. Der Freibetrag kann damit im Jahr 2023 maximal 251 Euro monatlich betragen.

Bei Rentnerinnen und Rentnern, die seit Juli 2021 einen Rentenbescheid erhalten haben, enthält dieser bereits eine

Aussage, ob die mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten erfüllt sind. Als Grundrentenzeiten berücksichtigt die Deutsche Rentenversicherung neben Pflichtbeitragszeiten aus einer Beschäftigung, Selbstständigkeit, Kindererziehung und Pflege auch Leistungen bei Krankheit und Rehabilitation und Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und Pflege. Für den Freibetrag zählen nicht nur die Grundrentenzeiten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch Zeiten aus verschiedenen Sicherungssystemen wie beispielsweise vergleichbare Zeiten in der

Alterssicherung der Landwirte oder in einem berufsständischen Versorgungswerk. Bei Rentnerinnen und Rentnern, die bereits im Juli 2021 Grundsicherungsleistungen oder Wohngeld bezogen, prüfte die zahlende Stelle bei der Berechnung ihrer Leistungen von sich aus den zusätzlichen Freibetrag. Ein Antrag bei der zahlenden Stelle ist nicht zu stellen. Weitere Informationen zum Grundrentenzuschlag gibt es auf der Themenseite der Deutschen Rentenversicherung Bund unter: www.deutsche-rentenversicherung.de.



Bitte vormerken: Landesverbandstagung

Unter dem Motto „Gemeinsam gegen einsam“ findet vom 1. bis 3. Juni die Landesverbandstagung (LVT) des SoVD NRW statt. Tagungsort ist – wie schon bei der letzten LVT 2019 – das Hotel Bredene in Essen. Auf der LVT wird der Landesvorstand neu gewählt werden. Inhaltlich stellt sich der Verband zugleich für die nächsten vier Jahre neu auf (Sozialpolitisches, Frauenpolitisches und Jugendpolitisches Programm). Außerdem dient die LVT zum Austausch mit Politik und Netzwerkpartnern. So werden bei der Auftaktveranstaltung zahlreiche hohe Vertreter und Vertreterinnen aus der NRW-Landespolitik, aus Institutionen und anderen Verbänden erwartet.

Die Stiftung Warentest hat die populärsten Irrtümer zur Witwenrente zusammengestellt

Bekommen Geschiedene wirklich nichts?

Stirbt die Ehepartnerin oder der Ehepartner, so hat der Hinterbliebene oft Anspruch auf eine Witwenrente (oder Witwerrente). Diese Rente kommt nicht von selbst. Rund 80 Prozent der Beziehenden sind weiblich. Die Stiftung Warentest hat die am weitesten verbreiteten Irrtümer zum Thema zusammengestellt.

Irrtum 1: Die Witwenrente gibt es automatisch

Nein. Sie muss bei der Deutschen Rentenversicherung beantragt werden. Dazu ist der Antrag „R0500“ auszufüllen. Das geht inzwischen auch online unter www.deutsche-rentenversicherung.de. Dort steht das Formular zum Herunterladen bereit. Wer nicht zurechtkommt, der kann sich an eine Beratungsstelle der Rentenversicherung wenden. Termine können unter Tel.: 0800/10 00 48 00 vereinbart werden.

Irrtum 2: Jeder hat Anspruch auf Witwenrente

Nein. Anspruch besteht nur, wenn die Ehe oder die eingetragene Lebenspartnerschaft mindestens ein Jahr bestanden hat. Ausnahme: Der Partner, oder die Partnerin stirbt infolge eines Unfalls, dann besteht auch bei kürzerer Dauer Anspruch. Außerdem muss der oder die Verstorbene die Mindestversicherungszeit von fünf Jahren erreicht, also Anspruch auf eine eigene Rente erworben haben. Dies ist nicht nötig, wenn es ein Arbeitsunfall war.

Irrtum 3: Die Witwenrente bleibt immer gleich

Nein. Sie ändert sich mehrfach. Zunächst bekommt die oder der Hinterbliebene für drei Monate nach dem Sterbemonat die volle Rente, also 100 Prozent. Erst danach gibt es nur noch eine anteilige Rente – also die „kleine“ oder die „große“ Witwenrente. War der Partner oder die Partnerin noch nicht im Ruhestand, so gibt es mit dem Todestag die Witwenrente. Außerdem wird sie durch Rentenanpassungen erhöht.

Sobald jemand, der oder die nur eine „kleine“ Witwenrente bekommt, die Altersgrenze erreicht (sie liegt im Jahr 2023 bei 46 Jahren), kann er oder sie die „große“ Witwenrente bekommen. Aber auch diese muss bei der Rentenversicherung beantragt werden. Sie kommt nicht automatisch.

Irrtum 4: Witwenrente gibt es lebenslang

Nicht unbedingt. Hinterbliebene, die eine „kleine“ Witwenrente nach neuem Recht erhalten, müssen nach 24 Monaten ohne diese Leistung auskom-

men. Unabhängig davon, welche Art von Rente jemand bekommt, endet die Zahlung bei einer neuen Eheschließung. In solchen Fällen kann aber eine Abfindung in Höhe des 24-Fachen einer monatlichen durchschnittlichen Zahlung aus der Witwenrente des vorhergehenden Jahres beantragt werden. Diese Abfindung fällt geringer aus, wenn jemand eine kleine Rente nach neuem Recht bekommt. Wer zum Beispiel schon 20 Monate lang Witwenrente bezogen hat, bekommt als Abfindung nur das 4-Fache einer Monatszahlung.

Irrtum 5: Der Hinzuverdienst ist unbegrenzt

Nein. Je nach Höhe des eigenen Einkommens kann die Hinterbliebenenrente gekürzt werden. Der Freibetrag für den Zuverdienst liegt bis zum 1. Juli 2023 in Westdeutschland bei 950,93 Euro, in Ostdeutschland bei 937,73 Euro. Gehören Kinder mit Anspruch auf Waisenrente zum Haushalt, so erhöht sich der Betrag je Kind um 201,71 Euro. Auch Minijobs werden mit der Altersrente ad-



Foto: ajr_images / Adobe Stock

Die Witwenrente war in früheren Zeiten, als Frauen selten berufstätig waren, die einzige finanzielle Absicherung im Alter.

diert. Liegt der Betrag über der Freigrenze, so wird die Witwenrente gekürzt.

Am besten rechnet die Rentenversicherung Betroffenen vor, welche Einkünfte angerechnet werden und welche nicht. Unterschiede gibt es etwa bei Betriebsrenten und Kapitaleinkünften.

Irrtum 6: Geschiedene bekommen nichts

Stimmt so nicht. Grundsätzlich besteht nach einer Scheidung zwar kein Anspruch. Es gibt aber Ausnahmen. Und zwar:

- wenn die Ehe vor dem 1. Juli 1977 geschieden wurde,

- wenn der oder die überlebende Partner*in nach der Ehescheidung zu Lebzeiten des früheren Ehepartners oder der Ehepartnerin nicht wieder geheiratet hat,
- wenn im letzten Jahr vor dem Tod noch Unterhalt bezahlt wurde oder ein entsprechender Anspruch bestand und
- wenn die Ehepartnerin oder der Ehepartner bis zum Tod die Mindestversicherungszeit von fünf Jahren erfüllt hat oder zum Beispiel durch einen Arbeitsunfall ums Leben gekommen ist oder bereits eine Rente bezogen hat.

Quelle: wb

Unter diesen Bedingungen ist die Lernförderung bei Kindern eine außergewöhnliche Belastung

Kosten für Nachhilfe mit Attest absetzbar

Nachhilfe-Unterricht oder therapeutische Behandlungen können teuer sein – doch leidet ein Kind an ADS, ADHS, Legasthenie oder Dyskalkulie, lassen sich die Kosten unter bestimmten Umständen von der Steuer absetzen. Der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) zeigt, worauf es ankommt und welche weiteren Kosten absetzbar sind.

Seit April 2020 untersucht das Deutsche Schulbarometer die aktuelle Lage an Schulen. Die Befragung von gut 1.000 Lehrkräften an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im letzten Jahr ergab: Zahlreiche Lehrkräfte bemerkten deutliche Lernrückstände ihrer Schüler*innen. Zudem berichteten viele über einen deutlichen Anstieg von Konzentrations- und Motivationsproblemen.

Für Kinder mit Lernschwierigkeiten sind die Folgen der Kita- und Schulschließungen während der Corona-Krise mitunter besonders hart. Immerhin: Beruht die Lernschwierigkeit auf einer Krankheit, zählen die hiermit verbundenen Aufwendungen zu den Krankheitskosten und können als außergewöhnliche Belastungen abgesetzt werden.

Zu den bekanntesten Lernschwächen zählen die Lese-Rechtschreib-Schwäche (Legasthenie), das erschwerte Erlernen des Rechnens (Dyskalkulie), das Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS) und die Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung (ADHS).

Hat ein Kind eine Lernschwäche und beruht diese auf einer Krankheit, zählen die damit verbundenen Ausgaben zu den Krankheitskosten und können als außergewöhnliche Belastungen abgesetzt werden. Zumindest dann, wenn man mit seinen Kosten, die zu den außergewöhnlichen Belastungen zählen, die zumutbare Belastungsgrenze überschreitet.

Das heißt: Wenn die Lernschwierigkeit des Kindes von einem Amtsarzt oder dem

Medizinischen Dienst (MD) der Krankenversicherung als Krankheit attestiert ist, können Eltern die Kosten, die nicht von der Krankenkasse übernommen werden, in ihrer Steuererklärung eintragen.

Wenn das Kind nachweislich ADS, ADHS, Legasthenie, eine Dyskalkulie oder eine andere amtsärztlich attestierte Lernschwierigkeit hat, können Eltern folgende Kosten absetzen:

- Kosten für Arzt und Medikamente,
- Kosten für Nachhilfe durch einen qualifizierten Nachhilfelehrer,
- Kosten für eine Privatschule, wenn diese aufgrund der Lernschwierigkeit aus medizinischer Sicht besucht werden muss,
- Kosten für eine psychotherapeutische Behandlung oder die notwendige auswärtige



Foto: highwaystarz / Adobe Stock

Bei einer ärztlich bescheinigten Ursache kann der Nachhilfeunterricht für lernschwache Schüler*innen versteuert werden.

Unterbringung des Kindes in einer Spezialeinrichtung,

- Kosten der Begleitung des Kindes zu den entsprechenden Therapiemaßnahmen, inklusive der Fahrtkosten.

VLH-Tipp: Aus steuerlicher Sicht ist es sinnvoll, die Lernschwäche des eigenen Kindes amtsärztlich als Krankheit

nachweisen zu können. Diesen Nachweis muss das Finanzamt immer anerkennen.

Und: Das amtsärztliche Attest muss vor dem Beginn der Fördermaßnahmen eingeholt werden. Ein nachträglich erstelltes Attest wird nicht berücksichtigt.

Quelle: VLH



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Bergkamen

Ortsverband Bergkamen-Mitte

Wahlen gab es auf der Jahreshauptversammlung zwar keine, dafür aber eine Überraschung. Denn Bundestagsabgeordneter Hubert Hüppe (siehe Foto, hinterer Tisch, dritter von links), selbst SoVD-Mitglied, nutzte die Gelegenheit, zwischen zwei Sitzungswochen in „seinem“ Ortsverband vorbeizuschauen. In seinem Grußwort betonte Hüppe die Wichtigkeit der Arbeit des SoVD und seiner ehrenamtlich aktiven Mitglieder.

In Zeiten schrumpfender Mitgliederzahlen stehe der Ortsverband mit 630 Mitgliedern noch ziemlich gut da, berichtete Ortsvorsitzender Gerd Bolchowski. Leider würden viele junge Menschen nicht den Weg zum SoVD finden, dabei könne der Verband ganz unabhängig vom Alter helfen: „Es kann heute jeden treffen, sei es Krankheit, Arbeitslosigkeit, Schwerbehinderung, Rentenanlagen und vieles mehr.“ Gerade da habe der SoVD Bera-

tungskompetenz und sei auch politisch aktiv, also eine gute Hilfe für alle Betroffenen.

Auch die Geselligkeit und die Pflege des Miteinanders habe einen hohen Stellenwert im SoVD-Ortsverband. So stünden weiterhin die monatlichen Spielenachmittage auf dem Programm wie auch die Muttertagsveranstaltung mit Spargelausflug, eine achttägige Urlaubsfahrt ins Erzgebirge, ein umfassendes Referat über die Pflege und vieles mehr.



Ortsverband Rödinghausen

ten vorgetragen. Die musikalische Unterhaltung gestaltete Werner Backhaus mit seinem Akkordeon.

Referenten wieder einzuladen. Anschließend wurde in fröhlicher Runde Kaffee getrunken.

Ortsverband Bielefeld-Außen / Schildesche

Am 21. Februar fand die erste, gut besuchte Versammlung im neuen Jahr statt. Dr. Hawerkamp vom Heimatverein Schildesche hielt einen Vortrag über die Entstehung von Schildesche, der alle begeisterte. Es wurde der Wunsch geäußert, den

Ortsverband Waldbröl / Rupichterath-Oberberg

Das erste gemeinsame Kaffeetrinken 2023 in den Räumlichkeiten der AWO war, wie auf dem Foto zu sehen, ein voller Erfolg. Der Vorstand würde sich freuen, beim nächsten monatlichen Treffen alle wiederzusehen und dazu noch neue Gäste begrüßen zu dürfen.



Ortsverband Waltrop

Ortsverband Rödinghausen

Anfang März fand eine Veranstaltung mit Kreisfrauensprecherin Gisela Möller statt. Aktuelles Thema war der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Außerdem wurde die Grundsicherung für Kinder diskutiert. Zum Schluss wurden Flyer zur Unterstützung der Frauenarbeit verteilt.

Ortsverband Waltrop

Am 8. Februar feierten 39 Jekken im Ortsverband Karneval bei Kaffee und „Berlinern“. Zur Unterhaltung wurden zahlreiche Anekdoten und Geschich-



Ortsverband Waldbröl

Neue Adresse

Das Sozialberatungszentrum des SoVD Essen ist Ende März umgezogen und befindet sich nun in der Friedrich-Ebert-Straße 4-8 in 45127 Essen. Damit ist es nun in zentraler Lage (Nähe Limbecker Platz) und barrierefrei erreichbar, auch ein Behinderten-WC ist vorhanden. Kontakt per Tel.: 0201/23 19 68 oder E-Mail an: essen@sovd-nrw.de.

Rein digital

Ab sofort können Bürger*innen ihren Einkommensteuerbescheid direkt in ELSTER zugestellt bekommen. Voraussetzung ist die vorherige elektronische Einwilligung im Online-Portal „Mein ELSTER“ oder im Rahmen einer erteilten Vollmacht an eine*n Steuerberater*in. Noch innerhalb dieses Jahres wird die Möglichkeit zur digitalen Bekanntgabe um die Gewerbesteuer- und Körperschaftsteuerbescheide erweitert. *Quelle: Finanzverwaltung NRW*

5 Termine

Ortsverband Bielefeld-Außen / Schildesche

18. April, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung im Cafe Olsen.

Ortsverband Marl

5. April, 15 Uhr: Mittwochstreff im Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl. Auch Gäste sind herzlich willkommen!

Ortsverband Wellensieck

27. April, 16 Uhr: Jahreshauptversammlung im AWO Mehrgenerationenhaus, Heisenbergweg 2, 33613 Bielefeld. Anmeldung erbeten bis 18. April bei Helga Sack, Tel.: 05206/92 39 876.

Ortsverband Waldbröl / Rupichterath-Oberberg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat: gemeinsames Kaffeetrinken in den Räumen der AWO Waldbröl, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldbröl.

www.sovd-nrw.de



Foto: eyetronic / Adobe Stock

Nachruf

Der SoVD Bielefeld und der gesamte Landesverband trauern um

Uwe Schneck.

Er erlag am 7. Februar seinem Krebsleiden.

Uwe Schneck war seit 1994 Mitglied im SoVD und hat den Verband über Jahrzehnte mitgeprägt. Von 2000 bis 2022 war er Vorsitzender des Ortsverbandes Bielefeld-Milse, zuletzt auch stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Bielefeld.

Uwe Schneck war außerordentlich engagiert und wusste andere Menschen mit seiner zupackenden Art und seinem feinen Humor zu begeistern und mitzunehmen. Auch Aktionen des Landesverbandes hat er mehrfach aktiv unterstützt, zuletzt im September 2021 im Rahmen der Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten“, die in der Bielefelder Innenstadt Station gemacht hatte

Wir vermissen ihn sehr und sprechen allen Menschen aus seinem engsten Umfeld, Familie, Freunde, unser tiefes Beileid aus.



Nachruf



Der Ortsverband Wellensieck trauert um

Kurt Berger,

der am 14. Februar verstarb.

Er hat unsere Arbeit im Vorstand über Jahre mitgeprägt, als Revisor und als Schatzmeister. Seit seinem Eintritt 1986 hielt er dem SoVD die Treue. Zuletzt war Kurt Beisitzer bei uns im Vorstand. Wir verlieren mit ihm ein treues Mitglied und einen guten Freund.

Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Helga Sack, 1. Vorsitzende



Nachruf

Am 10. Februar starb unser langjähriges Mitglied

Klaus Röder

plötzlich und unerwartet im Alter von 83 Jahren. Wir trauern mit seinen Angehörigen.

Klaus Röder war für den SoVD Herne in verschiedenen Ehrenämtern tätig. Lange Jahre war er 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Wanne-Eickel. Bis zum Schluss bekleidete er das Amt des Beirates sowohl im Ortsverband Herne/Wanne-Eickel als auch im Kreisverband Herne.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Kreisvorstand



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern sowie allen Jubilar*innen wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bergisches Land: Hannelore Böhm (90), Elisabeth Gründhammer (93), Hans Schifers (99).

KV Bielefeld: Felicitas Wersin (90), Ingelore Fortmann (90), Klara Hartmann (90), Hannelore Isenberg (91), Christa Beckord (92).

KV Bochum-Hattingen: Irmgard Rosner (90), Ottokar Dörr (92), Gisela Clauss (93).

KV Dortmund-Lünen: Mehmet Demiruk (90), Erwin Kirsche (90), Gertrud Friebe (91), Helmut Dziwis (94), Ingeborg Jeuschede-Wolf (95), Theodor Netthöfel (98).

KV Düsseldorf: Robert Dam-

browski (90), Helene Houfer (92), Gerhard Bertram (96), Johann Kunz (97), Josefa Schulz (98).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Rosemarie Salewski (91).

KV Essen: Günter Grey (90), Ludger Lohmann (96).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Anneliese Blischke (92), Werner Schemkes (92), Werner Buchhaupt (93), Helmut Steinweg (99).

KV Hamm-Unna-Münster: Katharina Globert (90), Martha Mertin (90), Ilse Schriewer (90), Erika Tiemann-Nass (90), Hannelore Graf (91), Willi Gruß (91), Paula Steckel (92), Elfriede Küpper (93), Günter Roggenkamp (98).

KV Herford: Hanna Ronning (90), Herbert Kruse (91), Alfred Meier (92), Brunhilde Schulz (93), Hermann Maschmann (97), Hildegard Kuschel (98).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Horst Meyers (91), Anna Schwarzenberg (92), Elisabeth Deising (94).

KV Lippe: Margit Frodermann (92), Margaretha Pehlke (94), Gerhard Wiemer (95).

KV Lübbecke: Helene Kemner (90), Albert Reddehase (90), Elisabeth Siebeking (90), Willi Steinkamp (90), Erna Braun (91), Frieda Wilhelmy (91), Anneliese Gülker (92), Heinrich Südmeier (92), Eberhardt Hitzeroth (94), Martin Horstmeier (94), Ilse Piel (96), Hilde Nelke (97), Marie Schmidt (97), Sophie Schmidt (98), Wilhelm Gerke (99).

KV Märkischer Kreis/ Siegen-Olpe-Wittgenstein: Eva Schmolke (91), Waltraud Schwarz (91), Herbert Fischer (92), Gertrud Weiland (92), Egon Mai (93), Alfred Hoppe (95), Gertrud Rehfish (95), Josefina Schmidt (95), Gertrud Harte (96), Ruth Weigel (97).

KV Minden: Maria Jamitzky (90), Ruth Ohlemeier (90), Gerhard Reimann (90), Helene Diekmann (94), Helga Pape (94), Gertrud Giese (95).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Irmgard Gries (93), Hildegard Nagel (94), Anneliese Kutella (99).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Siegfried Paul (91), Edeltraut Raebel (92), Ruth Steiner (96).

KV Witten: Johannes Espenhahn (91), Waldemar Gauck (91), Hans-Egon Hübner (91), Erna Meyer (91), Horst-Eckhardt Arndt (92).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Gisela Boryslawski (Essen), Regina Wagner (Gelsenkirchen), Edit Korth (Herford), Erich Helms, Karl-Heinz Tiemeier (Lübbecke), Dieter Tadajewski (Märkischer Kreis), Hartmut Gildner (Minden), Helmut Schopp (Westfalen Ost), Gerhard Niemczyk, Guido Schulz (Witten).

45 Jahre: Ilse Berg (Siegen-Olpe-Wittgenstein), Wolfgang Riese (Dortmund), Karl-Heinz Giebels (Düsseldorf), Anette Brinkmeier (Lübbecke), Hans-Georg Hoffmeister (Witten).

50 Jahre: Friedhelm Externbrink (Hamm-Unna).

60 Jahre: Anton Sandfort (Gütersloh), Günter Kleine (Lübbecke).

65 Jahre: Dietrich Discher (Düsseldorf).

75 Jahre: Waltraud Bödeker (Köln).



Sozialberatung

Sofern eine persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder telefonisch Termine in den SoVD-Beratungszentren vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der

SoVD NRW auch weiterhin telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211/38 60 30.

Alle weiteren Kontaktdaten und Informationen finden sich im Internet auf der SoVD NRW-Homepage unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e.V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211/38 60 31 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030/72 62 22 141, E-Mail:

redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

Vorgezogener Rentenbezug für den Jahrgang 1961 – diese Möglichkeiten gibt es

Schwerbehindert früher in Rente

Wer dieses Jahr 62 Jahre alt wird, sollte sich spätestens jetzt mit der Planung der Altersrente befassen. In diesem Beitrag wird erklärt, welche Möglichkeiten es für einen vorgezogenen Bezug gibt. Der erste Teil beschäftigt sich mit den Möglichkeiten bei Schwerbehinderung.

Wenn Sie Jahrgang 1961 sind, liegt Ihr gesetzliches Renteneintrittsalter bei 66 Jahren und sechs Monaten. So lange müssen Sie arbeiten – oder die Zeit anders überbrücken – wenn Sie erst zur sogenannten Regelaltersgrenze in den Ruhestand einsteigen möchten.

Für diese „normale“ Altersrente sind lediglich fünf Jahre Versicherungszeit in der Deutschen Rentenversicherung vonnöten. Wenn Sie aber nicht bis zur Schallmauer von 66 Jahren und sechs Monaten warten möchten, haben Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit die Option, eine vorgezogene Altersrente in Anspruch zu nehmen.

Für die breite Bevölkerung stehen hier drei verschiedene

Varianten zur Auswahl, von denen Sie wahrscheinlich nur eine oder zwei realisieren können. Wichtig für Sie zu wissen sind aber schon einmal zwei Punkte: Ohne Abschläge können Sie frühestens mit 64 Jahren und sechs Monaten in die Altersrente. Keinen Tag früher.

Der frühestmögliche Rentenbeginn mit finanziellen Abstrichen fällt auf Ihren 63. Geburtstag. Zumindest ohne Schwerbehinderung. Mit „Behindertenausweis“ geht es schon mit 61 Jahren und sechs Monaten. Doch das kostet richtig Geld.

Die sogenannte Altersrente für schwerbehinderte Menschen bietet den bestmöglichen und flexibelsten Weg in

die vorgezogene Altersrente. Sie haben die Chance, abschlagsfrei in die Rente zu gehen. Maximal zwei Jahre vor Ihrer Regelaltersgrenze – also mit 64 und sechs Monaten.

Sie können auch noch früher raus aus dem Arbeitsleben, aber jeder zusätzliche Monat kostet dann 0,3 Prozent Ihrer Bruttorente. Wenn Sie das Ganze auf maximal drei Jahre ausdehnen, führt das zu einem Abschlag von 10,8 Prozent (36 Monate x 0,3 Prozent). Den behalten Sie dann auch bis an Ihr Lebensende. Auf der Habenseite steht, dass Sie bereits mit 61 Jahren und sechs Monaten in die Altersrente kommen. Früher geht nicht.

Neben einem aktuellen Schwerbehindertenausweis müssen Sie für diese Rententart noch eine weitere Voraussetzung erfüllen: 35 Versicherungsjahre in der Deutschen Rentenversicherung müssen auf Ihrem Rentenkonto vereinigt sein. Das bedeutet nicht, dass Sie 35 Jahre lang gearbeitet haben müssen. Auch andere Zeiten zählen – zum Beispiel die Kindererziehung.

Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, ist die Altersrente für schwerbehinderte Menschen nicht zu schlagen, wenn Sie vorzeitig in den Ruhestand wechseln möchten.

Teil 2 folgt in der Mai-Ausgabe der Mitgliederzeitung.



Guter Austausch im Kieler Landtag (v. L.): Alexander Jankowsky, Thomas Losse-Müller und Alfred Bornhalm.

Im Gespräch mit SPD-Politiker Thomas Losse-Müller

Große Übereinstimmung

SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm und Landesgeschäftsführer Alexander Jankowsky tauschten sich mit dem Oppositionsführer und SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden im Kieler Landtag, Thomas Losse-Müller, über sozialpolitische Fragen aus.

Das Gespräch mit Thomas Losse-Müller erwies sich als für beide Seiten sehr interessant. In den aktuellen sozialpolitischen Fragen konnten große Übereinstimmungen festgestellt werden. Dabei war der Themenbogen von der Gemeindegewinnung („Vor-Ort-Für-Dich-Kraft“) bis hin zur „sozial- und klimaverträglichen Mobilitätswende“ umfangreich und vielfältig.

Dass der Oppositionsführer interessiert ist an der Arbeit des schleswig-holsteinischen SoVD zeigte sich in seiner Bekundung, ein Praktikum in der Sozialberatung des Landesverbandes zu absolvieren.

Sozialberaterin verabschiedet sich in den Ruhestand

Tschüss, Agnes Wiese!

Ein bekanntes Gesicht des Sozialberatungszentrums in Heide und der Außenstelle in St. Michaelisdonn geht in Rente: Seit dem 1. Juli 2007 war Agnes Wiese im Sozialberatungszentrum Dithmarschen beschäftigt.

Als Bürogehilfin fing Agnes Wiese 2007 beim SoVD an, ab 2010 war sie zuständig für die Antragstellung bei der gesetzlichen Rentenversicherung, für das Schwerbehindertenrecht und für die Pflegeversicherung. Seit Juli 2019 betreute sie dann die Außenstelle in St. Michaelisdonn.

Jetzt ist Agnes Wiese im Beisein des Kreisvorsitzenden Hans-Otto Umlandt feierlich in den „Unruhezustand Rente“ verabschiedet worden.

In ihrer künftig neu gewonnenen Freizeit möchte Agnes Wiese viel Fahrrad fahren und verreisen.

Die Leiterin des Sozialberatungszentrums, Christina Ludwig, gab ihrer nun ehemaligen Kollegin mit auf dem Weg: „Liebe Agnes, solltest du mal Langeweile verspüren, darfst du jederzeit wieder anfangen.“



Hans-Otto Umlandt wünscht Agnes Wiese alles Gute für den Ruhestand.



Foto: DragonImages / Adobe Stock

Früher in Rente gehen bedeutet in der Regel deutliche finanzielle Abstriche in Kauf zu nehmen. Es gibt aber Ausnahmen.

Ehrenamt Sozialrichter*innen

Der SoVD Schleswig-Holstein berät seine Mitglieder nicht nur in sozialrechtlichen Fragen. Auch an den Sozialgerichten im Land wirken zurzeit 100 ehrenamtliche Richterinnen und Richter für den SoVD und sorgen für eine gerechte Rechtsprechung.

Für das kommende Jahr sucht der Landesverband wieder neue Kandidat*innen für dieses spannende Ehrenamt. Dieses Mal geht es um die Fachgebiete Bürgergeld, Schwerbehinderung sowie die Sozialversicherung – also

um Auseinandersetzungen mit Krankenkasse oder Rentenversicherung.

Sie sind neugierig geworden? Voraussetzung ist, dass Sie zum 1. Januar 2024 Mitglied im SoVD sind und das 73. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und natürlich, dass Sie Interesse am Sozialrecht haben. Weitere Kenntnisse sind willkommen, aber nicht erforderlich.

Im Spruchkörper Bürgergeld müssen Sie außerdem selbst sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein oder im Leistungsbezug von Arbeitsagentur

oder Jobcenter. Wenn Sie der Spruchkörper zur Sozialversicherung reizt, müssen Sie irgendwann in Ihrem Leben einmal Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt haben. Und beim Thema Schwerbehinderungs- und Entschädigungsrecht reicht ein Grad der Behinderung von 30.

Bei Interesse melden Sie sich bitte per E-Mail an: sozialpolitik@sovd-sh.de oder unter der Telefonnummer: 0431/65 95 94 22.

Wir beantworten dann gern alle weiteren Fragen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Appen



Ortsverband Kiel-Schwentine



Ortsverband Aventoft

Ortsverband Appen

Der Ortsverband Appen ehrte im Rahmen seiner Mitgliederversammlung langjährige Mitglieder. Unter den Jubilar*innen war Bernd Mordhorst, der sich 25 Jahren ehrenamtlich für den Ortsverband eingebracht hat – 24 Jahre davon als Vorsitzender. Schatzmeisterin Renate Pingel ist seit fünf Jahren ehrenamtlich aktiv. Außerdem wurden geehrt: Jürgen Ockelmann (25 Jahre Mitgliedschaft), Helga Kopmann und Lothar Gätjens (jeweils 20 Jahre). 10 Jahre dabei sind Christa Grabsch, Walburg Schmidt und Magda Schulte.

derfasching in Aventoft für tolle Stimmung. In der voll besetzten Turnhalle genossen die Kinder mit Eltern, Großeltern sowie Freunden und Bekannten auch das Büfett mit den von Mitgliedern selbst gebackenen Torten und Kuchen. Nach der großen Polonaise gab es den üblichen Kamelle-Regen. Manuela Nielsen, die Jugendsprecherin des Ortsverbandes, führte mit „Grünschnabel“ durch den Nachmittag.



Ortsverband Itzehoe

ner Armbrust, Jürgen Dwenger, Margrit Reese sowie Dörte und Herbert Siwotek.

Ortsverband Itzehoe

Rund 800 SoVD-Einkaufstaschen hat der Ortsverband Itzehoe gemeinsam mit dem Kreisverband Steinburg im örtlichen Supermarkt verteilt. Mit den Beuteln erhielten die Passant*innen unter anderem einen SoVD-Einkaufs-Chip sowie Flyer mit Infos über den Verband.

Ortsverband Steinbergkirche

Der erstmals durchgeführte Tanztreff unter dem Motto „Abrocken – das können wir auch (noch)!“ kam bei allen Teilnehmer*innen sehr gut an. Ziel dabei war die freie Bewegung mit Musik in ungezwungener Atmosphäre. Die geplanten zweieinhalb Stunden zwischen



Ortsverband Steinbergkirche



Ortsverband Kronshagen

Kaffeezeit und Abendessen vergingen wie im Flug.

Ortsverband Kronshagen

Anstelle der Weihnachtsveranstaltung hatte der Ortsverband Anfang des Jahres ein Fest unter dem Motto: „Wir warten

auf den Frühling“ organisiert. Nach dem Essen legte DJ Siggie auf und es wurde kräftig das Tanzbein geschwungen. Die Teilnehmer*innen sammelten außerdem für die Tafel in Kronshagen.

Fortsetzung auf Seite 13



Ortsverband Bergenhusen



Ortsverband Schafstedt



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Oering



OV Rendsburg-Neuwerk



Ortsverband Heide



Ortsverband Elmshorn / Sparrieshoop



Ortsverband Niebüll

Fortsetzung von Seite 12

Ortsverband Oering

Seit 20 Jahren engagiert sich Birgit Arps ehrenamtlich im Ortsverband Oering. Dafür erhielt sie auf der Jahreshauptversammlung eine Ehrenmedaille. Mitglied Margret Lühje-Kruse ist seit 15 Jahren dabei, Uwe Arps erhielt die Ehrung für 10 Jahre Vorstandsarbeit. Außerdem wurde das Ehepaar Monika und Hans-Siegfried Maschmann für ihre 30-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Ortsverband Rendsburg-Neuwerk

Harry Schlegel, Vorsitzender im Ortsverband Rendsburg-Neuwerk und seit 20 ehrenamtlich für den SoVD aktiv, wurde auf der Jahreshauptversammlung für seine Leistungen ausgezeichnet. Neben der Urkunde und einer Anstecknadel über-

reichten ihm sein Stellvertreter Lothar Kißmehl und Schatzmeister Michael Spengler einen gut gefüllten Präsentkorb. (Auf dem Foto, v. li.: Harry Schlegel, Michael Spengler und Lothar Kißmehl.)

Ortsverband Heide

Einen anschaulichen Vortrag erlebten die Mitglieder des Klönnachmittages im Ortsverband Heide. „Torfbacken, was ist denn das?“ Referent Mars Dieter Timm vom Förderverein „Torfbacken e. V.“ aus Süderholm veranschaulichte anhand von Schautafeln die schwere körperliche Arbeit bei der Torfgewinnung.

Ortsverband Niebüll

Gute Stimmung herrschte bei den 110 Mitgliedern auf der Jahreshauptversammlung in Niebüll. Neben einem Auftritt

des Orchesters des Harmonika Clubs Niebüll e. V. wurden zahlreiche Mitglieder ausgezeichnet, unter anderem auch Rolf Wiegand, der sich bereits seit 20 Jahren ehrenamtlich im Verband engagiert.

Ortsverband Elmshorn / Sparrieshoop

Rund 120 Teilnehmer*innen konnte der Vorsitzende Dieter Wenskat bei der ersten gemeinsamen Hauptversammlung der zusammgelegten Ortsverbände Elmshorn und Sparrieshoop begrüßen. Insgesamt kommt der Verband durch die Fusion zum Ortsverband Elmshorn/Sparrieshoop auf über 2.700 Mitglieder.

Ein besonderes Geschenk erhielt das Ehepaar Karin und Gerd Hagemann auf der Versammlung. Beide haben gemeinsam jahrelang die

Spielenachmittage betreut – aufgrund einer Erkrankung von Karin Hagemann ist dies zurzeit leider nicht mehr möglich. Gerd Hagemann freute sich über die Blumen und ein Präsent, auch stellvertretend für seine Frau. (Auf dem Foto, vorne, v. li. Gerd Hagemann und Vorsitzender Dieter Wenskat.)

Kreisverband Dithmarschen

Ein ehrgeiziges Ziel: 2.000 zusätzliche Mitglieder will der Kreisverband Dithmarschen bis zum Jahresende dazugewinnen – dann wären es über 25.000. Dieses und weitere Ziele erarbeiteten die hauptamtlich Beschäftigten zusammen mit dem Kreisvorstand und Vertreter*innen der 48 Ortsverbände auf einer Arbeitstagung in Büsum. Schon jetzt ist Dithmarschen der größte SoVD-Kreisverband Deutschlands.

Ortsverband Hennstedt

Über 100 Gäste waren nach der langen Corona-Pause zum Grünkohlessen des Ortsverbandes Hennstedt mit von der Partie. Der Vorsitzende Heinz Martin Bock konnte bei der traditionellen Neujahrsveranstaltung unter anderem Pastorin Swantje Luthe, Amtsvorsteher Manfred Lindemann sowie den Ehrevorsitzenden des Ortsverbandes, Carsten Schultz-Pepperkorn, begrüßen.

Ortsverband Wesselburen

Vorsitzender Olaf Petersen freute sich, dass fast 150 Gäste zum traditionellen Grünkohlessen des SoVD Ortsverbandes gekommen waren. Für gute Unterhaltung sorgte Henning Gußmann mit seinem Programm. Alle Beteiligten waren sich einig, dass es ein schöner Abend war.



Kreisverband Dithmarschen



Ortsverband Hennstedt

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats März sind:

- Sylvia Böttcher (Kreisverband Ostholstein),
- Dagmar Gotthardt (Kreisverband Pinneberg),
- Heidrun Peters (Kreisverband Plön),
- Dirk Warkentin (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde),
- Detlev Kircher (Kreisverband Segeberg),
- Renate Alexander (Kreisverband Schleswig-Flensburg),
- Ulrich Baschke (Kreisverband Steinburg).

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der SoVD hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter*innen.

Für das Jahr 2023 lautet unser Wahlspruch:
**„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
 Werden Sie Mitglied!“**

Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot, die persönliche Arbeit seiner ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdlisches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Der Landesvorstand dankt allen Werbenden herzlich für ihren Einsatz und bittet sie darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken!

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Heinrich Beck,
Ehrenvorsitzender im Ortsverband Barmstedt;

Horst Kähler,
langjähriger Beisitzer und stellvertretender Schatzmeister im Ortsverband Neumünster.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.



Interview

„Viele neue Mitglieder werden vom Arzt zu uns geschickt“

Allein in Schleswig-Holstein engagieren sich über 3000 Frauen und Männer ehrenamtlich für den SoVD – hauptsächlich in den rund 330 Ortsverbänden, die es im ganzen Bundesland gibt. Wir sprechen jeden Monat mit einer Repräsentantin oder einem Repräsentanten, um die Vielfalt des Ehrenamtes in Schleswig-Holstein zu zeigen. Dieses Mal ist Volker Schladetsch zu Gast. Seit sage und schreibe 28 Jahren führt er den Ortsverband in Averlak.

__Halo Herr Schladetsch, Sie engagieren sich seit Ihrer Schulzeit ehrenamtlich. Im Laufe der Jahre haben Sie verschiedene Ämter mit Leben gefüllt. Warum eigentlich?

Wenn man sich einsetzt, kommt oftmals etwas Positives zurück. Das ist Grund genug, sich ehrenamtlich zu betätigen. Die Frage nach dem „Warum“ hat sich mir auch nie gestellt. Sie sagen es: Schon in der Schulzeit war ich bei der Rotes-Kreuz-Jugend aktiv. Dann kamen Feuerwehr und Kommunalpolitik dazu. 1995 auch der SoVD. Das ist hier auf dem Dorf aber normal, wir haben eine lebendige Dorfgemeinschaft. Ohne Ehrenamt geht es nicht.

__Und 1995 sind Sie in den SoVD eingetreten?

Nein, schon ein Jahr früher, gemeinsam mit meiner Frau. Aber 1995 habe ich das Amt des Vorsitzenden bei uns in Averlak übernommen. Denn mein Vorgänger Franz Antoine ist zu diesem Zeitpunkt schwer erkrankt. Zum Glück ging es ihm später wieder besser, sodass ich viel von seiner Erfahrung profitieren konnte.

Damals, also 1995, hatte der Ortsverband nur noch 36 Mitglieder. Heute sind es rund 480, weil wir als SoVD einfach mehr anbieten und gute Arbeit vor Ort leisten.

__Sie sind seit 28 Jahren Vorsitzender. Was sind Ihre Aufgaben im Ortsverband?

Wichtig ist mir zu sagen: Wir sind nur so erfolgreich, weil wir im Vorstand ein wirklich gutes Team sind. Wir ziehen alle an einem Strang. Und dann hat jeder seine Aufgaben, die wir uns auf-



Volker Schladetsch

teilen. Ich als Vorsitzender bin vor allem Bindeglied zwischen den Mitgliedern und unserer Sozialberatungsstelle in Heide. Denn gerade unsere älteren Vereinsmitglieder rufen bei Problemen erst einmal im Ortsverband an – also bei mir. Kleinere Dinge kann ich manchmal selbst übernehmen, zum Beispiel Hilfe beim Antrag zum Schwerbehindertenausweis. Alles andere regeln die Kolleginnen und Kollegen in Heide. Aber ich stelle oft den Kontakt her.

__Wie viele Stunden kommen da in der Woche zusammen?

Irgendwas ist jeden Tag, und natürlich ist der Zeitaufwand unterschiedlich. Aber auf fünf Stunden pro Woche komme ich bestimmt.

__Was ist Ihrer Meinung nach die wichtigste Aufgabe des SoVD in Schleswig-Holstein?

Sicherlich die Sozialberatung. Es gibt so viele Menschen, die mit der komplizierten Sozialgesetzgebung einfach nicht mehr klar kommen. Die brauchen einfach Unterstützung. Und da kommen wir ins Spiel. Viele neue Mitglieder werden sogar von ihrem Arzt

zu uns geschickt.

Aber natürlich ist gerade hier vor Ort auch die Arbeit der Ortsverbände extrem wichtig. Bei uns kommen die Menschen zusammen. Bei uns kommen neue Mitglieder über Mund-zu-Mund-Propaganda in den Verband. Wir organisieren Tagesreisen, damit gerade alleinstehende Menschen unter die Leute kommen. Das wird sehr gut angenommen.

__Gibt es etwas, über das Sie sich im Rahmen Ihres Ehrenamts ärgern?

Ja, wenn Menschen undankbar sind. Gerade gegenüber dem Ehrenamt. Unsere Arbeit ist nicht selbstverständlich. Die meisten Leute wissen das auch zu schätzen, aber es gibt auch einige, über die man sich manchmal ärgert.

Blöd ist auch, wenn sich Mitglieder zu Veranstaltungen angemeldet haben und dann einfach nicht auftauchen. Ohne Absage.

Aber wie gesagt: Die allermeisten Menschen sind überaus dankbar für unsere ehrenamtliche Arbeit und zeigen das dann auch. Darüber freue ich mich immer sehr – und das ist doch der eigentliche Antrieb im Ehrenamt. Wenn man den Leuten etwas Gutes entgegenbringt, bekommen man – in aller Regel – auch Gutes zurück.

__Wie lief denn die Arbeit in Ihrem Ortsverband während der akuten Corona-Zeit?

Natürlich war das schwierig, weil wir keine Veranstaltungen machen konnten. Unsere Jahreshauptversammlung hatten wir zum Glück eine Woche vor dem ersten Lockdown 2020 über die Bühne gebracht. Aber danach? Nichts war mehr möglich.

Wir haben versucht, weiterhin für die Mitglieder da zu sein, haben unter anderem einen Hilfsdienst aufgebaut. Zum Beispiel, um Einkäufe zu erledigen. Das wurde aber gar nicht nachgefragt. Ein Zeichen dafür, dass die Dorfgemeinschaft bei uns in Averlak funktioniert.

Jetzt, nach Corona, merkt man, dass die Leute wieder raus ins Leben möchten. Unsere Veranstaltungen sind fast so gut besucht wie früher. Auch der Mitgliederzuwachs geht wieder los. Darüber freuen wir uns sehr.



Auszeichnungen

Das SoVD-Ehrenschild erhielten folgende Mitglieder:

für 20-jährige Funktionärstätigkeit

Elfriede Link (Ortsverband Fockbek),
Rolf Wiegand (Ortsverband Niebüll);

für 25-jährige Funktionärstätigkeit

Sabine Lojewski (Ortsverband Boostedt),
Bernd Mordhorst (Ortsverband Appen).

Der Vorstand gratuliert herzlich.



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117.** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patient*innen kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 04331/70 84 882. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 04631/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.
- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, montags bis samstags, 14–20 Uhr: 0800 / 11 10 333.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800 / 01 17 722.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802 / 49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431 / 98 81 240.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431 / 98 81 620.